

Roger Engelmann und Silke Schumann

Kurs auf die entwickelte Diktatur

Walter Ulbricht, die Entmachtung Ernst Wollwebers
und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes 1956/57

Bitte zitieren Sie diese Online-Publikation wie folgt:

Roger Engelmann und Silke Schumann: Kurs auf die entwickelte Diktatur. Walter Ulbricht, die Entmachtung Ernst Wollwebers und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes 1956/57 (BF informiert 1/1995). Hg. BStU. Berlin 1995.
<http://www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-97839421305544>

Mehr Informationen zur Nutzung von URNs erhalten Sie unter

<http://www.persistent-identifizier.de/>

einem Portal der Deutschen Nationalbibliothek.

BF informiert 1/1995

Der Bundesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
10106 Berlin
E-Mail: publikation@bstu.bund.de

Die Meinungen, die in dieser Schriftenreihe geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen der Autoren wieder. Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

Schutzgebühr für diese Lieferung: 5,00 €

Berlin 1995

ISBN 978-3-942130-55-4

urn:nbn:de:0292-9783942130 5544

Inhalt

Darstellung	3
Dokumente	28
Dokument 1: Redebeitrag Walter Ulbrichts auf dem 29. Plenum des Zentralkomitees am 13. November 1956 (Auszug)	29
Dokument 2: Sitzung des Kollegiums des Ministeriums für Staatssicherheit am 29. Dezember 1956 (Auszug)	31
Dokument 3: Ergänzung zum Protokoll der Kollegiumssitzung am 29. Dezember 1956	34
Dokument 4: Befehl 11/57 des Ministers für Staatssicherheit vom 14. Januar 1957	35
Dokument 5: Sitzung des Kollegiums des Ministeriums für Staatssicherheit am 7. Februar 1957	36
Dokument 6: Sitzung des Kollegiums des Ministeriums für Staatssicherheit am 8. Februar 1957	48
Dokument 7: Beschluß des Politbüros vom 9. Februar 1957	50
Dokument 8: Gespräch des Ministers für Staatssicherheit Ernst Wollweber mit seinen Stellvertretern Bruno Beater und Martin Weikert am 10. Februar 1957 (nach einem Bericht Beaters vom 15. Februar 1957)	52
Dokument 9: Sitzung des Kollegiums des Ministeriums für Staatssicherheit am 12. Februar 1957 (Auszug)	56
Dokument 10: Bericht des Politbüros auf dem 32. Plenum des Zentralkomitees am 10. Juli 1957 (Auszug)	62
Dokument 11: Bericht des Politbüros auf dem 35. Plenum des Zentralkomitees am 3. Februar 1958 (Auszug)	66
Dokument 12: Redebeitrag Wollwebers auf dem 35. Plenum des Zentralkomitees am 3. Februar 1958	72
Abkürzungsverzeichnis	81

Darstellung

Die Ende 1956 einsetzenden Auseinandersetzungen zwischen Ulbricht und dem Minister für Staatssicherheit Ernst Wollweber, die mit dessen Rückzug aus dem Amt und Ausschluß aus dem Zentralkomitee der SED endeten, haben in mehrfacher Hinsicht Schlüsselbedeutung für die Geschichte der SED-Herrschaft.¹ Sie sind Ausdruck des Übergangs von der kurzen „Tauwetterperiode“, die im Frühjahr 1956 nach dem XX. Parteitag der KPdSU und der 3. Parteikonferenz der SED eingesetzt hatte,² zu einer neuerlichen Verhärtung der Herrschaftsstrukturen. Sie gehen außerdem einher mit der umfassenden Übernahme der Leitungsfunktion der SED gegenüber dem MfS, die in der Vergangenheit zu einem wesentlichen Teil von den sowjetischen Beratern wahrgenommen worden war, und mit einer grundlegenden Neubestimmung und Neuordnung der Arbeit des Staatssicherheitsdienstes. Schließlich zeigen sie Bedingungen und Rituale eines der entscheidenden Machtkämpfe innerhalb der Führungselite des SED-Regimes. Jüngere Veröffentlichungen haben schon Einblicke in dieses Geschehen eröffnet, besonders ein 1990 publiziertes autobiographisches Fragment von Wollweber aus dem Jahre 1964.³ Dieses zeichnet in erster Linie ein Persönlichkeitsbild Ulbrichts und hebt den Aspekt der Machtauseinandersetzung zwischen den beiden Kontrahenten hervor. Die nunmehr in den Archivbeständen der SED und des MfS aufgefundenen Quellen unterstreichen den Wert dieses Dokuments, beleuchten aber ungleich stärker die politisch-strukturelle Dimension der Vorgänge im Kontext der SED-Herrschaftsgeschichte.

Die berühmte, am 25. Februar 1956 auf einer internen Sitzung des XX. Parteitages der KPdSU gehaltene Rede Chruschtschows „Über den Personenkult und seine Folgen“ löste im Machtgefüge des SED-Regimes eine relativ begrenzte Wirkung aus. Ulbricht, der Hauptverantwortliche für den bisherigen stalinistischen Kurs der SED, geriet zwar unter Druck, war aber politisch wendig genug, der neuen Linie Rechnung zu tragen, ohne eine wirkliche Entstalinisierung einzuleiten. Unter seiner Federführung formulierte das Polit-

¹ Der vorliegende Text ist die überarbeitete und stark erweiterte Fassung der Dokumentation der Autoren: Der Ausbau des Überwachungsstaates. Der Konflikt Ulbricht–Wollweber und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes der DDR 1957, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 43 (1995), Heft 2, S. 341–378.

² Vgl. Josef Gabert und Lutz Priß (Hrsg.): SED und Stalinismus. Dokumente aus dem Jahre 1956, Berlin 1990; Frank Stern: Dogma und Widerspruch. SED und Stalinismus in den Jahren 1946 bis 1958, München 1992; Dierk Hoffmann, Karl-Heinz Schmidt und Peter Skyba (Hrsg.): Die DDR vor dem Mauerbau. Dokumente zur Geschichte des anderen deutschen Staates 1949–1961, München 1993, S. 233–276.

³ Ernst Wollweber: Aus Erinnerungen. Ein Porträt Walter Ulbrichts, dokumentiert von Wilfriede Otto, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 32 (1990), S. 350–378. Hierauf basieren auch die entsprechenden Passagen in: Jan von Flocken und Michael F. Scholz: Ernst Wollweber. Saboteur, Minister, Unperson, Berlin 1994, S. 168–198.

büro der SED, daß aus der Diskussion „über Fragen des Personenkults, über die Fragen der Korrektur von Fehlurteilen, der Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit in anderen Ländern“ nicht der Schluß zu ziehen sei, „daß wir in gleicher Weise, also im mechanischen, schablonenhaften Sinne, eine Übertragung dieser Maßnahmen der Bruderparteien auf unsere Bedingungen vornehmen sollen“.⁴ „Überspitzungen, die zu einer ungerechtfertigten Verurteilung von Menschen führten“, habe man in der DDR keinen freien Lauf gelassen, „sobald diese Sachen sichtbar wurden“. Politische Prozesse in der Art des Rajk- oder Kostoff-Prozesses⁵ seien hier nicht vorgekommen, „und demzufolge auch nicht so tiefgreifende Korrekturen durchzuführen“.⁶ Zudem habe die Partei schon im Jahre 1953 begonnen, „gewisse Tendenzen der Sicherheitsorgane [zu korrigieren], sich über die Partei- und die Staatsorgane zu erheben, sich der Kontrolle zu entziehen“.

Daß Ulbricht die Entmachtung Zaisers und die stärkere Anbindung des Staatssicherheitsdienstes an die SED im Jahre 1953 als Beleg für ein Bemühen der Partei ins Feld führte, die Herrschaftspraxis in der DDR zu verrechtlichen, war ebenso geschickt wie abwegig. Die Frage der „Gesetzlichkeit“ der Sicherheitsorgane hatte in der Abrechnung mit Zaiser eine völlig untergeordnete Rolle gespielt.⁷ Und in der internen „Auswertung“ des 15. Plenums des ZK durch die Parteiorganisation der Staatssicherheit war dem gestürzten Minister für Staatssicherheit von einem Abteilungsleiter sogar übertriebener Legalismus vorgeworfen worden.⁸

In den Wochen nach dem XX. Parteitag zielten alle Bemühungen Ulbrichts auf eine Begrenzung der Auswirkungen von Chruschtschows „Geheimrede“. In seiner Lage mußte er

⁴ Die leninistische Geschlossenheit unserer Partei, Artikel des Politbüros des ZK der SED, in: Neues Deutschland vom 29.4.1956, zitiert nach: Gabert/Prieß (Hrsg.): SED und Stalinismus, S. 134–145, hier 139.

⁵ 1949 wurden der Außenminister der Ungarischen Volksrepublik, László Rajk, und der ZK-Sekretär der Bulgarischen Kommunistischen Partei, Traitscho Kostoff, in reinen Willkürverfahren zum Tode verurteilt und hingerichtet.

⁶ Gabert/Prieß (Hrsg.): SED und Stalinismus, S. 140.

⁷ Auf dem 15. Plenum des ZK, 24.–26.7.1953, deutete lediglich Grotewohl das Problem zaghaft mit dem Satz an, die Arbeit der Staatssicherheit habe „dazu geführt, Unsicherheit in der Bevölkerung hervorzurufen und die Rechtssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik zu gefährden“; Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (künftig: SAPMO-BA), Zentrales Parteiarchiv der SED (künftig: ZPA), IV 2/1/119, Bl. 50.

⁸ Der Leiter der Abteilung XIII (Sicherung des Verkehrswesens) des SfS, Artur Paczinski, auf der erweiterten Kreisleitungssitzung am 19.8.1953, die „die Lehren der 15. Tagung des ZK der SED für die Kreisparteiorganisation VII c/1“ zu ziehen hatte: „Wir wurden von Zaiser falsch geleitet und geführt. Wahrscheinlich ist es so, daß er uns bewußt auf eine falsche Ebene geführt hat und sich geschickt hinter der demokratischen Gesetzlichkeit versteckt hat. [...] Ich erinnere mich, mit welcher Betonung Gen. Zaiser immer die Einhaltung der demokratischen Gesetzlichkeit herausgestellt hat. Er hat jeden Mitarbeiter, der in irgendeiner Weise dagegen verstoßen hat, hart bestraft.“ Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen (künftig: BStU), Zentralarchiv (künftig: ZA), Kreisleitung der SED (künftig KL-SED) 1072, Bl. 195.

daran interessiert sein, „Fehlerdiskussionen“ sowie Debatten über mögliche Reformen oder gar über politische Verantwortungsträger, die – das konnte er ahnen – vor seiner Person nicht Halt gemacht hätten, zu verhindern. Er mußte aber sehr bald erkennen, daß sich vor allem unter den Intellektuellen, aber auch an der Basis und im Apparat der Partei die Erwartung konkreter Konsequenzen entwickelte. Auch im Politbüro kristallisierte sich eine Gruppe – Schirdewan, Grotewohl und Oelßner – heraus, die gewillt war, einige Schritte in Richtung „Demokratisierung“ zu tun, und dabei offenbar von Chruschtschow unterstützt wurde.⁹ Nach der 3. Parteikonferenz der SED (24.–30.3.1956), auf der Schirdewan den Delegierten Chruschtschows „Geheimrede“ vortrug,¹⁰ mußte Ulbricht widerwillig auf einen konzilianteren Kurs umschwenken. Am 19. April 1956 trat unter seinem Vorsitz erstmals die „Kommission des Zentralkomitees zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern“ zusammen, deren Arbeit in den folgenden Wochen zur Entlassung von zahlreichen politischen Strafgefangenen führte – darunter nicht nur ehemalige Mitglieder der SED, sondern auch der Blockparteien und Anhänger der SPD sowie Personen, die als „Kriegsverbrecher“ verurteilt worden waren.¹¹ Die Staatssicherheit war in die Tätigkeit dieser Kommission durch die Beteiligung von Ernst Wollweber und Erich Mielke intensiv eingebunden.¹² Schon im Vorfeld hatte das MfS eine Überprüfung aller Straffälle ehemaliger Funktionäre und Mitglieder bzw. Sympathisanten der SPD eingeleitet.¹³

⁹ Vgl. Karl Schirdewan: *Aufstand gegen Ulbricht*, 2. Aufl., Berlin 1994, S. 76–102. Außerdem Stern: *Dogma und Widerspruch*, S. 172–182.

¹⁰ Schirdewan: *Aufstand*, S. 85. In der gedruckten Fassung des Protokolls der Parteikonferenz ist dies selbstverständlich nicht enthalten.

¹¹ Vgl. Josef Gabert (Hrsg.): *Zur Entlassung werden vorgeschlagen. Wirken und Arbeitsergebnisse der Kommission des Zentralkomitees zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern 1956*, Berlin 1991. Vgl. auch Anm. 124.

¹² Staatssicherheitschef Wollweber war berufenes Kommissionsmitglied; Mielke nahm ohne nominelle Mitgliedschaft an den Sitzungen der Kommission teil und wurde (mit Friedrich Ebert) in die Unterkommission berufen, die sich mit der Entlassung von ehemaligen SPD-Mitgliedern zu befassen hatte. Weitere Kommissionsmitglieder waren neben Ulbricht die Politbüromitglieder Karl Schirdewan, Hermann Matern und Friedrich Ebert, der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Erfurt, Hans Kiefert, der Volkskammerabgeordnete Helmut Lehmann und der stellvertretende Generalstaatsanwalt Bruno Haid. Die stellvertretende Vorsitzende der Zentralen Parteikontrollkommission Herta Geffke war (wie Mielke) ständiger Gast der Kommission, ohne reguläres Mitglied zu sein; Protokoll der 1. Sitzung der Kommission; ebenda, S. 14–16.

¹³ Erich Mielke an die Leiter aller Bezirksverwaltungen vom 6.4.1956: *Berichterstattung über Strafsachen, zur Durchführung wichtiger Maßnahmen, die sich aus den Beschlüssen der 3. Parteikonferenz ergeben*; BStU, ZA, Dokumentenstelle (künftig: DSt) 101571. Als zu überprüfender Personenkreis werden hier genannt: ehemalige Funktionäre des Parteiapparats, Wirtschaftsfunktionäre, Kulturfunktionäre, sonstige Staatsfunktionäre und Offiziere der bewaffneten Organe sowie „Agenten“ der Ostbüros der SPD, des DGB, des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften und der „Falken“. Termin war der 10.4.1956.

Am 11. Mai 1956 gab Ulbricht auf einer Tagung des Parteiaktivs im MfS eine neue, doppeldeutige Orientierung für den Staatssicherheitsdienst.¹⁴ Er konzedierte, daß „bestimmte Schwächen und Fehler“ sowie „Überspitzungen“ zukünftig in der Arbeit der Staatssicherheit vermieden werden müßten, die „Linie“ sei dabei aber „fest und konsequent“ weiterzuführen.¹⁵ Die Mitarbeiter müßten stärker differenzieren. Nicht jeder Großbauer, der nicht in der Lage sei, sein Soll abzuliefern, sei ein Saboteur, nicht jeder Kleinbürger, der über Versorgungsprobleme schimpfe, ein Staatsfeind. Die Untersuchungsabteilungen des MfS dürften keinen Druck mehr auf Richter und Staatsanwälte ausüben, es dürfe nicht mehr vorschnell verhaftet werden. Einschüchterungen hätten zu unterbleiben. Die Tätigkeit der Sicherheitsorgane müsse künftig gewährleisten, daß in der DDR eine „Atmosphäre der demokratischen Gesetzlichkeit“ einkehre.¹⁶ Gleichzeitig verwahrte sich Ulbricht nach wie vor gegen die Vorstellung, die DDR müsse sich an Entstalinisierungsmaßnahmen anderer sozialistischer Länder orientieren: Schließlich habe man zu Stalins Zeiten in der DDR „solche Prozesse, wie in Polen, [...] nicht geführt“.¹⁷ Sein eigentliches Anliegen war völlig anderer Art: Die Staatssicherheit – betonte der 1. Sekretär – sei „bei uns jetzt noch notwendiger als bisher“.¹⁸ Er diagnostizierte in der gegebenen Situation eine neue Taktik des Gegners, Stimmungen in intellektuellen Kreisen und der Partei für seine Ziele auszunutzen. Ausgangspunkt verbreiteter Diskussionen seien die „Fehler des Genossen Stalin“, dann kämen die politischen Gefangenen in der DDR, der 17. Juni, „die ganze Kette der Rias-Argumentation“. Im Kampf „zwischen den zwei Systemen in Deutschland“, so Ulbricht, „versucht der Gegner auf diese Weise bei uns einzudringen“. Partei und Staatssicherheit aber seien auf diese „neuen Methoden und Formen“ nicht vorbereitet. Speziell das MfS habe diese Erscheinungen unzureichend wahrgenommen und die Drahtzieher nicht identifizieren können. „Das heißt, mitten im Lande kann uns der Gegner überraschen und wir merken nichts davon.“¹⁹

Zu diesem Zeitpunkt gab es noch keine grundsätzlichen Differenzen zwischen Ulbricht und seinem Minister für Staatssicherheit. Symptomatisch ist jedoch, daß Wollweber westliche Aktivitäten noch ganz klassisch als geheimdienstliche Zersetzungsbearbeitung deutete,²⁰

¹⁴ Rede Ulbrichts auf der Parteiaktivtagung des MfS am 11.5.1956; BStU, ZA, Sekretariat des Ministers (künftig: SdM) 2366, Bl. 20–34.

¹⁵ Ebenda, S. 20.

¹⁶ Ebenda, Bl. 30 f.

¹⁷ Ebenda, Bl. 29.

¹⁸ Ebenda, Bl. 34.

¹⁹ Ebenda, Bl. 24–26.

²⁰ Siehe Wollwebers Ausführungen auf der 3. Parteikonferenz (24.–30.3.1956); Protokoll der Verhandlungen der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1956, Bd. 2, S. 947–958.

während die Ängste des SED-Chefs sich schon deutlich auf die Gefahr einer unkontrollierbaren Dynamik ideologischer Auseinandersetzungen in der SED konzentrierten.

Ende Mai 1956 erlitt Wollweber einen Herzinfarkt und lag bis September im Krankenhaus. Er war nicht im Dienst, als in Posen Ende Juni Unruhen ausbrachen, die das notorische 17.-Juni-Trauma bei Ulbricht und der Sicherheitsabteilung des ZK wieder virulent werden ließen.²¹ Die politische Unruhe in Polen dauerte bis Oktober 1956 an und führte zur Machtübernahme des als „Titoisten“ verfeimten ehemaligen Parteichefs Wladislaw Gomulka, der erst im August aus dreijähriger Haft freigekommen war – ein aus der Sicht Ulbrichts ebenso unglaublicher wie bedrohlicher Vorgang. Wollweber, der sich in dieser Zeit wegen seines schlechten Gesundheitszustandes zu einem Kuraufenthalt in Polen aufhielt,²² eilte zur ZK-Tagung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei am 19./20. Oktober 1956, auf der die Wahl Gomulkas zum 1. Sekretär stattfand, und führte Gespräche mit verschiedenen hohen Funktionsträgern. Wenig später informierte er Ulbricht – quasi aus erster Hand – über die Ereignisse.²³ Nach Angaben Wollwebers verstieg sich der 1. Sekretär dabei faktisch zu der Feststellung, die polnische Staatssicherheit habe versagt, weil sie die Machtübernahme von Gomulka nicht verhindert habe. Bezeichnenderweise ließ er sich in dieser Auffassung noch nicht einmal von der Entgegnung Wollwebers beirren, damit hätte die Staatssicherheit gegen den Willen des Zentralkomitees handeln müssen.²⁴

Endgültig mußte sich der 1. Sekretär der SED in seinen Befürchtungen bestätigt fühlen, als kurz nach dem polnischen Umbruch die politische Situation in Ungarn außer Kontrolle geriet.²⁵ Nicht allein die blutigen Kämpfe und die Radikalität, mit der zum Schluß die „volksdemokratische Ordnung“ und die Blockzugehörigkeit des Landes in Frage gestellt wurden, machte Ungarn für die deutschen Stalinisten zum Musterfall aktueller „konterrevolutionärer“ Gefahren, sondern vor allem die Rolle, die im vorausgegangenen Liberalisierungsprozeß intellektuelle Wortführer gespielt hatten, vor allem der Petöfi-

²¹ Wollweber schreibt hierzu: „Ich hatte die ganze Zeit mit der Schwierigkeit zu tun, daß er [Ulbricht] immer etwas Unheilvolles sah, daß uns bevorsteht.[...] Die Sicherheitsabteilung des ZK unter Leitung von Gustav Röbbelen verbreitete ausgesprochene Panikstimmung, von der er nicht unbeeinflußt war. [...] Während ich im Regierungskrankenhaus lag, war in Poznan [Posen] der Putsch der Konterrevolution. Das mußte ihn naturgemäß alarmieren. Ich merkte allerdings davon unmittelbar nichts, konnte mir aber vorstellen, wie es jetzt wieder bei ihm aussah.“ Wollweber: *Erinnerungen*, S. 361 f.

²² Wollweber war somit insgesamt von Ende Mai bis Ende Oktober nicht im Dienst. Vgl. Wollweber: *Erinnerungen*, S.362–365; v. Flocken/Scholz: *Wollweber*; S. 169–173. Die Kur machte er im Städtchen Kudowa im Glatzer Bergland.

²³ Vgl. Wollwebers Bericht ohne Datum (Ende Oktober 1956), wahrscheinlich für Ulbricht bestimmt; SdM 1201, Bl. 424–433. Entspricht in Inhalt und Tenor weitgehend den wesentlich knapperen Ausführungen in Wollweber: *Erinnerungen*, S. 362–364.

²⁴ Wollweber: *Erinnerungen*, S. 363 f.

²⁵ Zur Entwicklung der Ereignisse Ende Oktober /Anfang November: György Litván und János M. Bak (Hrsg.): *Die ungarische Revolution 1956. Reform, Aufstand, Vergeltung*, Wien 1994, S. 61–106.

Kreis und Georg Lukács, Kultusminister in der Regierung Imre Nagy. Solche Gefahren der ideologischen „Aufweichung“ witterte Ulbricht auch in der DDR. Schon am 27. Oktober 1956, noch bevor die ungarische Revolution von sowjetischen Truppen blutig niedergeworfen worden war, zog Ulbricht aus den Ereignissen die Lehre, „daß die Werktätigen und ihre Staatsmacht wachsamer sein müssen, um die Zersetzungsarbeit, die von bürgerlichen und faschistischen Elementen unter der Losung ‚Freiheit‘ durchgeführt wird, zu unterbinden“.²⁶

Unter dem frischen Eindruck der Kämpfe in Ungarn und in der Angst, auch in der DDR könnte jederzeit eine ähnliche Situation entstehen, beschloß das Politbüro der SED am 8. November 1956 hastig „Maßnahmen zur Unterdrückung konterrevolutionärer Aktionen“, einen Stufenplan für den Bürgerkriegseinsatz, der gleichzeitig das bis 1989 bestehende System der Einsatzleitungen schuf.²⁷ Auf Vorschlag Ulbrichts sah der Beschluß für die 1. Etappe des Ausnahmezustandes vor, die Volkspolizei und Kampfgruppen, zusätzlich zu denjenigen bewaffneten Verbänden (Grenzpolizei, Bereitschaftspolizei, Transportpolizei), die ohnehin Teil des MfS waren, unter die zentrale Befehlsgewalt des Ministers für Staatssicherheit zu stellen.²⁸ Diese Planungen bedeuteten zweifellos eine Stärkung der Stellung des Staatssicherheitsdienstes und zeigen, welche Bedeutung Ulbricht den „Tscheakisten“ im Falle von Bürgerkriegsauseinandersetzungen zumaß. Darüber hinaus bemerkenswert ist diese Regelung, weil es zwischen Ulbricht und Wollweber gerade erst zu den erwähnten Meinungsverschiedenheiten über die polnischen Ereignisse und die Rolle, die dabei die dortige Staatssicherheit gespielt hatte, gekommen war. Daß neben dem Verteidigungsminister Willi Stoph und dem Innenminister Maron, nicht Wollweber, sondern sein 1. Stellvertreter Erich Mielke für die Durchführung dieses Politbürobeschlusses verantwortlich gemacht wurde,²⁹ könnte allerdings ein erstes Indiz für den bereits sinkenden Stern des Staatssicherheitschefs sein.

Wenig später kam es zwischen Ulbricht und Wollweber zu massiven Auseinandersetzungen über einige Kampfgruppenübungen, die der SED-Chef für notwendig, der Minister für Staatssicherheit dagegen für übertrieben und schädlich hielt, weil sie „erst Unruhe

²⁶ Neues Deutschland vom 27.10.1956, zitiert nach Stern: Dogma und Widerspruch, S. 194.

²⁷ Vgl. Joachim Krüger: Votum für bewaffnete Gewalt. Ein Beschluß des SED-Politbüros vom November 1956, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 34 (1992), Heft 4, S. 75–85. Weiterführend: Thomas Auerbach: Vorbereitung auf den Tag X. Die geplanten Isolierungslager des MfS, hrsg. vom BStU, Abt. Bildung und Forschung, Berlin 1994.

²⁸ Krüger: Votum für bewaffnete Gewalt, S. 81–83. Im Falle einer weiteren Eskalation war in der 2. Etappe der massive Einsatz der NVA und der Übergang der zentralen Befehlsgewalt an den Minister für Nationale Verteidigung sowie in einer 3. Etappe das Eingreifen der sowjetischen Streitkräfte vorgesehen.

²⁹ Ebenda, S. 85.

schaffen" würden.³⁰ Dieser Disput veranlaßte Wollweber, Ulbricht vorzuschlagen, nicht nur die Befehlsgewalt über die „bewaffneten Kräfte" für den Fall von Unruhen dem Minister des Innern zuzuordnen, sondern gleich auch noch die MfS-Einheiten der Grenz-, Bereitschafts- und Transportpolizei in das Innenressort einzugliedern. Ulbricht nahm die Vorschläge auf, gab sie aber offenbar in den Führungsgremien der SED als seine eigenen aus.³¹ Zudem flankierte er den Vorstoß mit einer Kritik an Wollweber wegen angeblicher Versäumnisse bei der Umsetzung des Politbürobeschlusses vom 8. November 1956 und leitete damit die politische Demontage des Ministers für Staatssicherheit ein.³² Wollweber selbst bewertet diesen Vorgang in seinen Erinnerungen: „Das war noch kein offener Angriff, aber ein Teil der leitenden Genossen merkte, daß zwischen uns ‚ein Knoten auf dem Draht' war, was bisher nicht nach außen, auch nicht mal im Rahmen des Politbüros, in Erscheinung trat."³³

Offenbar hatte Wollweber für den Geschmack des 1. Sekretärs in der letzten Zeit zu oft eine Position der Zurückhaltung und des kühlen Taktierens vertreten, während dieser ein schnelles und hartes Zuschlagen für angebracht hielt.³⁴ Der sich anbahnende Konflikt zwischen den beiden Protagonisten ist daher nicht so sehr als Machtrivalität zu interpretieren, sondern Ausdruck unterschiedlicher Grundeinstellungen, die Ulbricht zunehmend als unvereinbar empfand. Auf dem 29. Plenum des ZK am 12. November 1956 wurde deutlich, daß der Parteichef eine grundsätzliche Richtungsänderung in der Arbeit der Staatssicherheit anvisierte. Die Veränderung der politischen Großwetterlage nach den ungarischen Ereignisse hatte ihn wieder in die Offensive gebracht. Unverhohlen kündigte er eine neuerliche Verschärfung der politischen Repression an: Nach dem XX. Parteitag seien „manche Genossen der Staatssicherheit so vorsichtig" geworden, „daß sie nicht mehr die Kraft" gehabt hätten, gegen bestimmte Feinde des Staates energisch vorzugehen. Es komme jetzt darauf an, sie zu ermuntern, ihre Pflicht zu erfüllen „und unter den veränderten Bedingungen auch manches in ihrer Arbeitsmethode [zu] verbessern".

³⁰ Vgl. Wollweber: Erinnerungen, S. 361 f.: „Ich war z. B. für große Kampfgruppenübungen in Berlin, aber ich war gegen Kampfgruppenübungen in Grenzkreisen oder, wie es in Frankfurt (Oder) war, dagegen, daß eine Kampfgruppenübung darin bestand, das Rathaus zu verteidigen."

³¹ Ebenda, S. 362. Auf seiner Sitzung vom 18.–20.12.1956 beschloß das Politbüro die Ausgliederung der Grenz-, Bereitschafts- und Transportpolizei aus dem MfS und die Übertragung der zentralen Befehlsgewalt über alle bewaffneten Verbände für die 1. Stufe des Ausnahmezustandes an den Minister des Innern; SAPMO-BA, ZPA, J IV 2/2/519, Bl. 10 und 25.

³² Auszug aus dem Protokoll der 12. Sitzung der Sicherheitskommission beim ZK der SED; BStU, ZA, SdM 407, Bl. 62. Hier ist von den Versäumnissen, nicht aber von einer in Aussicht genommenen Ausgliederung der bewaffneten Verbände aus dem MfS die Rede. Da diese Frage aber dann auf der folgenden Sitzung des MfS-Kollegiums ausführlich besprochen wurde, kann man davon ausgehen, daß sie auch in der Sicherheitskommission thematisiert worden war; Protokoll der Kollegiumssitzung vom 11.12.1956; BStU, ZA, SdM 1551, Bl. 124–128.

³³ Wollweber: Erinnerungen, S. 362.

³⁴ Ebenda, S. 362–367.

Ulbricht ließ keinen Zweifel daran, welchen Kurs er künftig steuern würde: Er lasse nicht zu – sagte er mit Blick auf Polen und Ungarn –, daß durch Fehlerdiskussionen „irgendwelche Zersetzungsarbeit“ in die Partei oder die Staatsorgane hineingetragen werde (Dokument 1).

Spätestens nach dem 29. Plenum beabsichtigte Ulbricht, die Staatssicherheit auf eine offensivere Bekämpfung politisch-ideologischer Abweichung auszurichten. Er beanstandete Ende November 1956 auf einer Funktionärskonferenz der SED, daß dem MfS die Schaffung eines „feindlichen Zentrums“ durch Studenten der Humboldt-Universität Berlin und die „ungesunden“ und „feindlichen Diskussionen“ unter leitenden Wirtschaftsfunktionären im Bezirk Halle entgangen seien.³⁵ Zum Schlüsselvorgang für die Neuorientierung der Arbeit der Staatssicherheit wurde jedoch der Fall Harich.

Wolfgang Harich, stellvertretender Cheflektor im Aufbau-Verlag, hatte sich intensiv an den nach dem XX. Parteitag der KPdSU einsetzenden Reformdiskussionen unter Parteiintellektuellen beteiligt. Er fungierte als intellektueller Kopf einer losen Gruppierung im Umfeld des Aufbau-Verlags und der Kulturzeitschrift „Sonntag“, die nach Wegen zu einer konsequenten Entstalinisierung der DDR suchte.³⁶ In mehreren Memoranden formulierte er politische Vorstellungen zur Reform von SED und DDR eingebettet in eine offensive Wiedervereinigungsstrategie.³⁷ Seine Überlegungen übermittelte er an den sowjetischen Botschafter Puschkin und diskutierte sie auch in West-Berlin mit Ansprechpartnern in der SPD und mit westlichen Pressevertretern in Hamburg. Für Ulbricht waren die nationalkommunistischen Ideen Harichs das „Programm der Konterrevolution“ schlechthin; er befürchtete, daß sie insbesondere in der studentischen Jugend eine große Wirkung entfalten könnten, und drängte Wollweber, ihn möglichst schnell zu verhaften. Dieser war ge-

³⁵ Die Behauptungen waren aus der Luft gegriffen und wurden von Erich Mielke „im persönlichen Gespräch“ zurückgewiesen. Vgl. Protokoll des 1. Sekretärs der Kreisleitung der SED im MfS, Alfred Schönherr, über die Bemerkungen Ulbrichts auf der Konferenz der 1. Kreissekretäre der SED am 22.11.1956; BStU, ZA, SdM 1200, Bl. 170.

³⁶ Vgl. Wolfgang Harich: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Zur nationalkommunistischen Opposition 1956 in der DDR, Berlin 1993. Ferner: Gustav Just: Zeuge in eigener Sache, Frankfurt/Main 1990; Walter Janka: Spuren eines Lebens, Berlin 1991, S. 408–429; ders.: Die Unterwerfung, München, Wien 1994.

³⁷ Vgl. die Schriften: Über die Besonderheiten des deutschen Weges zum Sozialismus, sowie: Über die Aufgaben der SED im Kampf für die Festigung ihrer Reihen, für die sozialistische Demokratisierung der DDR und für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage der Demokratie, des Sozialismus, der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit und der Freundschaft mit allen Völkern; BStU, ZA, SdM 1480, Bl. 12–58. Eine weiteres Memorandum Harichs trägt den Titel: Die wichtigsten Grundsätze für das Dokument über den besonderen Weg zum Sozialismus; erwähnt im Schreiben Mielkes an Ulbricht vom 17.12.1956; ebenda, Bl. 12.

lassener als der Parteichef und zögerte die Verhaftung aus ermittlungstaktischen Gründen hinaus.³⁸

Zu einer weiteren Auseinandersetzung zwischen Ulbricht und Wollweber kam es über den Text der Pressemitteilung zur Verhaftung Harichs, der eine Vorwegnahme des Ermittlungsergebnisses enthielt, die der Minister für Staatssicherheit für politisch unklug hielt und die tatsächlich in intellektuellen Kreisen zu erheblicher Mißstimmung führte.³⁹ Für Ulbricht war der Fall Harich keineswegs nur eine politische Strafsache, sondern ein Politikum ersten Ranges, dessen Behandlung eine entscheidende Rolle in seiner Strategie zur Beendigung des politischen „Tauwetters“ und zur Wiederherstellung der eigenen unangefochtenen Machtposition, nicht zuletzt auch innerhalb der SED-Führung, spielte. Über den 1. Stellvertreter Wollwebers, Erich Mielke, verschaffte er sich daher direkten Zugang zu den Ermittlungsakten, teilweise noch bevor Wollweber selbst sie zur Kenntnis bekommen hatte.⁴⁰ Mielke war es aufgrund des prekären gesundheitlichen Zustandes seines Chefs in der zweiten Jahreshälfte 1956 ohnehin gelungen, eine Machtposition aufzubauen, die eine Beeinträchtigung der Autorität des Ministers darstellte. Die direkte Verbindung zwischen ihm und Ulbricht war offensichtlich eingespielt und für beide gleichermaßen vorteilhaft. Der 1. Sekretär hatte in Mielke einen unkomplizierten, mit großen Vollmachten ausgestattet und gleichzeitig von wenig politischen Skrupeln belasteten Ansprechpartner in der Leitung des MfS. Für diesen wiederum bedeutete der direkte Zugang zum Parteichef unmittelbaren Machtzuwachs und vielleicht auch schon berechtigte Hoffnungen auf Realisierung weitergehender Ambitionen.

Wollweber zog aus diesen Vorgängen die Konsequenz. Durch eine Meldeordnung wollte er die Zügel seines Apparates wieder stärker in die Hand nehmen und verkündete dieses Vorhaben im Kollegium⁴¹ seines Ministeriums am 29. Dezember 1956 (Dokument 2).

³⁸ Wollweber, *Erinnerungen*, S. 366: „Ich bat um die Genehmigung, noch 14 Tage bis zur Festnahme zu warten, ihn ruhig noch nach Westberlin fahren zu lassen, die von ihm beabsichtigte Reise nach Hamburg vornehmen zu lassen.“

³⁹ Ebenda, S. 367. Der Geheime Informator (zum Begriff siehe Anm. 47) „Kurt“ (Kulturfunktionär Klaus Gysi) berichtete an das MfS: „Bei der gesamten Intelligenz und einem Teil der Lehrerschaft gibt es erregte Diskussionen über die Formulierung des Kommuniqués [zur Verhaftung Harichs] im Neuen Deutschland. Man stößt sich am diffamierenden Ton und sagt, daß das Urteil schon im Kommuniqué enthalten ist. Man ist der Meinung, daß der Artikel an die Zeiten Berijas erinnert und versteht nicht, warum man nicht den Bericht sachlich und nüchtern aufgebaut hat.“ Treffbericht von Oberfeldwebel Gütling (HA V/1) vom 4.12.1956; BStU, ZA, AIM 3803/65, Arbeitsvorgang, Bd. 2, Bl. 57.

⁴⁰ Unmittelbar nach der Verhaftung Harichs gab Mielke aus dessen Wohnung beschlagnahmtes Material an Ulbricht, das Wollweber noch nicht gesehen hatte; Wollweber: *Erinnerungen*, S. 366. Außerdem sandte Mielke z. B. am 14. und 17.12. die in Anm. 37 genannten Dokumente an Ulbricht. Mielke an Ulbricht am 17.12.1956; BStU, ZA, SdM 1480, Bl. 12 f.

⁴¹ Kollegien waren Beratungsgremien leitender Mitarbeiter, die auf der Grundlage eines Ministerratsbeschlusses vom 17. Juli 1952 in Ministerien und Staatssekretariaten gebildet wurden. Das Kollegium des MfS setzte sich Anfang 1957 aus dem Minister, seinen Stellvertretern und dem 1. Sekretär der

Freimütig betonte er, daß die Umgehung seiner Person durch Mielke bei der Berichterstattung zum Fall Harich und in einem weiteren Fall den Anlaß hierzu gegeben hätten. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß er über alle wichtigen Vorkommnisse, insbesondere jene, die an die Parteiführung berichtet würden, informiert sein müsse, denn – das habe Ulbricht ausdrücklich erklärt – nicht seine Stellvertreter, sondern ausschließlich er selbst sei dem Politbüro für die Arbeit der Staatssicherheit verantwortlich. Mielke rechtfertigte sein Verhalten mit der Abwesenheit Wollwebers und betonte, daß „solche wichtigen Sachen“ dem 1. Sekretär „sofort und unmittelbar“ zugestellt werden müßten (Dokument 3).

Im Januar 1957 erließ Ernst Wollweber die angekündigte Meldeordnung in Form von drei Befehlen. Die am 4. Januar erlassenen Befehle 7/57 und 8/57 regelten das Meldewesen innerhalb des Staatssicherheitsdienstes und gegenüber dem Ministerium des Innern.⁴² Zehn Tage später erging der Befehl 11/57 (Dokument 4) über Meldungen des MfS an die Staats- und Parteiführung. Im Kern besagten die darin enthaltenen Regelungen, daß Informationen an den Vorsitzenden des Ministerrates, den 1. Sekretär des Zentralkomitees und an die Mitglieder der Sicherheitskommission⁴³ des ZK über den Minister persönlich zu erfolgen hätten und er über Meldungen seiner Stellvertreter an Mitglieder des Politbüros oder Sekretäre des ZK detailliert zu informieren sei.

Angesichts der Vorgeschichte mußte sich Wollweber darüber im klaren sein, daß sein Befehl 11/57 von Ulbricht als Kampfansage aufgefaßt werden würde. Um sich rückzuversichern, legte er ihn daher seinen sowjetischen Beratern zur Stellungnahme vor. Nach Auskunft von Wollweber lautete ihre Antwort, sachlich sei er berechtigt, aber er könne falsch ausgelegt werden. Die „Freunde“ verzichteten jedoch auf einen Einspruch.⁴⁴

Erich Honecker, als Sekretär der Sicherheitskommission des ZK, in der Parteiführung für das Ministerium für Staatssicherheit zuständig, erkannte sofort die Brisanz der neuen Bestimmung und übersandte das Dokument mit dem Bemerkten an Ulbricht: „Meines Erach-

Kreisleitung der SED im MfS zusammen. Vgl. Geschäftsordnung für das Kollegium beim Staatssekretär des Staatssekretariats für Staatssicherheit vom 6.7.1954 (auch nach der Wiederanhebung zum Ministerium am 24.11.1955 entsprechend bis zum 30.9.1957 gültig); BStU, ZA, SdM 1574, Bl. 3–6.

⁴² BStU, ZA, DSt 100170.

⁴³ Die Sicherheitskommission wurde dem Beschluß des Politbüros vom 8.9.1953 zufolge als „Kommission für Sicherheitsfragen“ gegründet. Protokoll der Sitzung des Politbüros vom 8.9.1953 sowie Anlage 8; SAPMO-BA, ZPA, J IV 2/2/322, Bl. 6 und 90 f. Das erste im Militärischen Zwischenarchiv des Bundesarchivs in Potsdam (künftig: BA, MZA P) überlieferte Protokoll einer Sitzung der Sicherheitskommission stammt vom 6.7.1954 (VA-01/39543). Mitglieder der Sicherheitskommission waren 1957 Walter Ulbricht, Otto Grotewohl, Karl Maron, Hermann Matern, Karl Schirdewan, Willi Stoph, Ernst Wollweber und als Sekretär Erich Honecker. Die Funktionen der Sicherheitskommission gingen mit Bildung des Nationalen Verteidigungsrates im Jahre 1960 auf diesen über. Beschluß des Politbüros vom 8.12.1959; BStU, ZA, SdM 408, Bl. 354 f., hier 355.

⁴⁴ Wollweber: Erinnerungen, S. 368 f.

tens ist der Befehl unhaltbar und sollte geändert werden.”⁴⁵ Nach einer relativ langen Frist von 14 Tagen, die wohl in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß Ulbricht vor weiteren Schritten noch das machtpolitisch so wichtige 30. Plenum des Zentralkomitees (30.1.–1.2.1957) hinter sich bringen wollte, rief er am 6. Februar den Minister für Staatssicherheit und die Mitglieder seines Kollegiums zu sich⁴⁶ und geißelte den Befehl 11/57 als den Versuch Wollwebers, sich über Partei und Regierung zu stellen – ein im Kontext kommunistischen Herrschaftsverständnisses extrem schwerwiegender Vorwurf. Anschließend nutzte er die Gelegenheit, der Staatssicherheit grundlegende Mängel bezüglich der Informationstätigkeit, der Konspiration, der Bekämpfung von „feindlichen Stützpunkten“ und Untergrundgruppen, der Bekämpfung „feindlicher Einflüsse“ in der chemischen Industrie und der Arbeit mit „Geheimen Mitarbeitern“ und „Geheimen Informatoren“⁴⁷ vorzuwerfen. Ein Dokument, das den Inhalt dieser „Abmahnung“ unmittelbar wiedergibt, konnte nicht gefunden werden, doch sind die Ausführungen Ulbrichts aus dem Bericht Wollwebers vor dem Kollegium des MfS zu ersehen (Dokument 5).

Auf dem 30. Plenum des Zentralkomitees der SED wurden unter Federführung des 1. Sekretärs die ungarischen und polnischen Ereignisse sowie die verschiedenen „abweichlerischen“ Diskussionen des Jahres 1956 in intellektuellen Kreisen der DDR⁴⁸ in den Kontext einer „Aufweichungstaktik des Imperialismus“ eingeordnet.⁴⁹ Für die Staatssicherheit bedeutete dies, daß sie sich auf die diagnostizierten neuen Methoden des „Klassenfeindes“ zur „ideologischen Zersetzung“ durch „revisionistische,

⁴⁵ Honecker an Ulbricht vom 22.1.1957; BStU, ZA, SdM 1480, Bl. 61.

⁴⁶ Es ist nicht ganz klar, ob wirklich alle Kollegiumsmitglieder bei der Aussprache bei Ulbricht anwesend waren.

⁴⁷ Als (Geheime) „Informatoren“ und „Geheime Mitarbeiter“ wurden in den fünfziger Jahren die inoffiziellen Mitarbeiter im MfS bezeichnet. „Geheime Mitarbeiter“ bildeten eine besondere Kategorie der inoffiziellen Mitarbeiter, die wegen ihrer guten Verbindungen zu Personen, deren Tätigkeit die Staatssicherheit als „feindlich“ einschätzte, besonders wichtige Informationen beschaffen konnten. Richtlinie 21 des Staatssekretärs Mielke vom 20.11.1952 über die Suche, Anwerbung und Arbeit mit Informatoren, geheimen Mitarbeitern und Personen, die konspirative Wohnungen unterhalten, S. 2; BStU, ZA, DSt 101097, publiziert in: Die Inoffiziellen Mitarbeiter. Richtlinien, Befehle, Direktiven, hrsg. vom BStU, Abt. Bildung und Forschung, Berlin 1992, Bd. 1, S. 13–55.

⁴⁸ Neben Diskussionen im Umfeld des Aufbau-Verlags und der Redaktion des „Sonntag“ vor allem die Thesen von Kurt Vieweg, Fritz Behrens und Arne Benary, aber auch die Diskussionen und Proteste an der Humboldt-Universität zu Berlin und anderen Hochschulen. Vgl. Analyse der Feindtätigkeit innerhalb der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz, ohne Datum (1958); BStU, ZA, DSt 102107. Als Zusammenfassung zu diesem Themenkomplex immer noch nützlich: Martin Jänicke: Der dritte Weg. Die antistalinistische Opposition gegen Ulbricht, Köln 1964, S. 104–160; Außerdem Stern: Dogma und Widerspruch, S. 230–239 und passim.

⁴⁹ Vgl. stenographisches Protokoll des 30. Plenums des ZK, 30.1.–1.2.1957, Bericht des Politbüros vorgetragen von Erich Honecker; SAPMO-BA, ZPA, IV 2/1/170, Bl. 6–53, hier 30–40; Referat von Walter Ulbricht; ebenda, Bl. 54–85, hier 77–85.

opportunistische und liberalistische Anschauungen” einzustellen hatte.⁵⁰ Hinzu kam die Aufforderung an die Adresse des MfS, wieder härter zuzuschlagen. Ulbricht betonte, daß nach der 3. Parteikonferenz der SED „in Verbindung mit der Milderung der Spannungen und der Konzentrierung der Abwehr auf die auswärtigen feindlichen Agenturen die Wachsamkeit nachgelassen” habe. Die Staatssicherheit habe „lange Zeit überhaupt niemanden mehr verhaftet”. Solche Erscheinungen seien „nicht normal” und der Gegner habe das auszunutzen versucht; er sei „frech geworden”.⁵¹

Diese Grundlinie der Kritik des SED-Chefs zeigte sich jetzt auch wieder im Vorstoß gegen Wollweber, war aber vermischt mit anderen Kritikpunkten, die sich auf offensichtliche und zwischen den Kontrahenten weitgehend unstrittige Defizite in der Arbeit des MfS bezogen, deren Kenntnis Ulbricht entweder aus dem Apparat der Staatssicherheit – über den Sektor Staatssicherheit in der Abteilung Sicherheitsfragen des ZK – oder aus dem Kreis der Kollegiumsmitglieder erhalten hatte.⁵²

In der Auseinandersetzung um den Befehl 11/57 erhielt Wollweber von keinem der anwesenden Stellvertreter auch nur die geringste Schützenhilfe. Dies ist jedoch nicht lediglich als politischer Opportunismus vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Kräftekonstellation im Politbüro zu werten, die es Ulbricht – nach der Durststrecke des Jahres 1956 – erlaubte, wieder zunehmend unangefochten zu agieren. Die Haltung der Stellvertreter entsprach auch ihrer ureigenen Interessenlage, denn durch den Befehl wäre ihre Stellung geschwächt worden.⁵³ Diese Interessenlage erklärt möglicherweise auch, warum ausgerechnet der Vertreter der MfS-Parteiorganisation im Kollegium, Alfred Schönherr,⁵⁴ als einziges Kollegiumsmitglied die Berechtigung des Befehls zunächst verteidigte.⁵⁵ Sein Status blieb durch ihn unberührt.

⁵⁰ Vgl. Richtlinie der SED-Kreisleitung im MfS zur Auswertung des 30. Plenums des ZK in den Grundorganisationen vom 14.2.1957; BStU, ZA, KL-SED 364, Bl. 1001–1003.

⁵¹ Stenographisches Protokoll des 30. Plenums des ZK, 30.1.–1.2.1957, Schlußwort Walter Ulbrichts; SAPMO-BA, ZPA, IV 2/1/171, Bl. 85–107, hier 101.

⁵² Daß sich das MfS mit diesen Problemen schon befaßt hatte, erwähnen Markus Wolf und Wollweber auf der Kollegiumssitzung am 12.2.1957 (Dokument 9).

⁵³ Schon im Dezember 1956 war eine Mehrheit von ihnen gegen die Meldeordnung gewesen; vgl. Dokument 2.

⁵⁴ Alfred Schönherr (1909–1986), 12.3.1956–19.5.1957 1. Sekretär der Kreisleitung der SED im MfS, 20.5.–30.11.1957 Leiter der Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle, 1.12.1957–3.3.1958 Stellvertreter Operativ der Bezirksverwaltung Frankfurt/Oder.

⁵⁵ Vgl. Dokument 5; außerdem Wollweber: Erinnerungen, S. 369. Generalmajor Weikert, der die Meldeordnung im Dezember befürwortet hatte, fehlte bei den entscheidenden Kollegiumssitzungen am 7. und 8.2.1957, möglicherweise war er auch bei dem vorausgehenden Gespräch mit Ulbricht nicht dabei gewesen. Weikert führte zwar noch den Titel eines „Stellvertreters”, leitete aber seit Mai 1956 keinen aus mehreren sogenannten „Linien” bestehenden Stellvertreterbereich mehr, sondern die Verwaltung Groß-Berlin.

Wollweber war nicht bereit, einfach zu Kreuze zu kriechen. Als Erich Mielke und Otto Walter⁵⁶ dem Kollegium eine Beschlußvorlage zur Aufhebung des Befehls unterbreiteten, die – in Anlehnung an die Position Ulbrichts – die Formulierung enthielt, der Befehl widerspreche „den Prinzipien über das Verhältnis der Organe der Staatssicherheit zur Partei“, verweigerte er seine Zustimmung. Wollweber setzte, obwohl auch Bruno Beater⁵⁷ und Markus Wolf⁵⁸ in die gleiche Kerbe schlugen, eine Formulierung durch, die es ihm ermöglichte, den Befehl für ungültig zu erklären, ohne Ulbrichts Verdikt zu unterschreiben. Denn dies wäre dem Eingeständnis einer Verfehlung gleichgekommen, der der Geruch des Hochverrats gegen die führende Rolle der Partei anhaftete (Dokument 6).

Laut Wollwebers Erinnerungen kam es etwa zeitgleich bei einer Unterredung zwischen dem sowjetischen Botschafter Puschkin und Ulbricht, zu der auch der Chefberater des MfS, Generalleutnant Jewgenij Pitowranow⁵⁹, hinzugezogen wurde, zu einer heftigen Auseinandersetzung, weil sich dieser offenbar ebenfalls weigerte, die Deutung des 1. Sekretärs der SED zu akzeptieren.⁶⁰ Für Pitowranow bedeutete der Zusammenstoß mit dem SED-Chef das Ende seiner Deutschland-Mission, wenig später wurde er abberufen.⁶¹ Auch für den KGB-Obersten Wassilij Iljitsch Bulda, der – vermutlich als Stellvertreter Pitowranows – regelmäßig an Kollegiumssitzungen des MfS teilgenommen hatte, war der Eklat anscheinend Anlaß zur Abberufung. Er erschien im Kollegium in der Folgezeit nur noch in Begleitung von anderen sowjetischen Beratern,⁶² ab April überhaupt nicht mehr und am 27. Juni 1957 wurde er verabschiedet und kehrte nach Moskau zurück.⁶³

⁵⁶ Otto Walter, (1902–1983), Juli 1953–9.2.1957 Stellvertreter des Staatssekretärs bzw. Ministers, 9.2.–31.10.1957 2. Stellvertreter des Ministers, 1.11.1957–1.1.1964 1. Stellvertreter des Ministers.

⁵⁷ Bruno Beater (1914–1982), 1955–1964 Stellvertreter des Ministers, 1964–1982 1. Stellvertreter des Ministers.

⁵⁸ Markus Wolf (geb. 1923), 1953–1986 Stellvertreter des Staatssekretärs bzw. Ministers und Leiter der Hauptverwaltung A (Spionage, äußere Spionageabwehr, „aktive Maßnahmen“ im Operationsgebiet).

⁵⁹ Jewgenij Petrowitsch Pitowranow (geb. 1915) war in der Nachkriegszeit der für den Auslandsnachrichtendienst zuständige stellvertretende Minister des MGB, von Oktober 1951 bis Dezember 1952 im Zusammenhang mit der letzten stalinistischen Säuberungswelle („Ärzteverschwörung“) inhaftiert, nach dem Tode Stalins im März 1953 von Berija zum stellvertretenden Leiter der Spionageabwehr berufen, galt als Protegé von Malenkow (angeblich war P. mit seiner Nichte verheiratet); Angaben bei Pawel Anatoljewitsch Sudoplatow und Anatolij Sudoplatow: Der Handlanger der Macht. Enthüllungen eines KGB-Generals, Düsseldorf 1994, S. 383, 391. Anschließend war P. von 1953 bis 1957 Chef des KGB-Apparats in Ost-Berlin im Range eines Generalleutnants und Stellvertreter für Sicherheitsfragen des sowjetischen Botschafters Puschkin.

⁶⁰ Wollweber: Erinnerungen, S. 369 f.

⁶¹ Das geht hervor aus dem Schreiben Wollwebers an Ulbricht vom 28.3.1957; BStU, ZA, SdM 1200, Bl. 151; außerdem Wollweber, Erinnerungen S. 369 f.

⁶² Es handelte sich hierbei um Oberst Chatschik Oganessian bzw. Oberst Patrakejew. Vgl. Protokolle der Kollegiumssitzungen 1957; BStU, ZA, SdM 1552.

⁶³ Wollweber: Erinnerungen, S. 369 f. Protokoll der Kollegiumssitzung am 24.6.1957; BStU, ZA, SdM 1552, Bl. 185–199, hier 198. Der 1915 geborene Bulda, seit 1953 Berater im MfS, wurde trotz dieser Vorgeschichte wegen seiner Verdienste für das MfS vor seiner Verabschiedung durch Politbüro-

Mit dem Beschluß des Politbüros vom 9. Februar 1957 (Dokument 7) wurde das Ministerium für Staatssicherheit enger an die SED angebunden. Erst jetzt kam es zu der formellen Festlegung, daß die Anleitung der Staatssicherheit durch die schon mehr als drei Jahre bestehende Sicherheitskommission zu erfolgen habe. Das Statut des Staatssekretariats für Staatssicherheit vom 15. Oktober 1953 besagte zwar schon, daß die „Beschlüsse und Direktiven des ZK bzw. des Politbüros“ Grundlage seiner Arbeit seien.⁶⁴ Auch steht außer Frage, daß die Sicherheitskommission früher bereits Anleitungsfunktionen gegenüber dem Staatssicherheitsdienst wahrgenommen hatte.⁶⁵ Doch ist unübersehbar, daß die sowjetischen Berater bisher eine dominante Rolle im MfS gespielt hatten.

In diesem Zusammenhang sind Äußerungen von Ulbricht von Bedeutung, die Wollweber in seinen Erinnerungen wiedergibt: Unmittelbar nach der schon erwähnten Auseinandersetzung in der Sache Harich Anfang Dezember 1956 warf Ulbricht im Gespräch mit Wollweber die Frage auf, wer denn eigentlich die Staatssicherheit anleite. Diese Frage sei zwar im Moment nicht aktuell, müsse aber bald in einer Weise geklärt werden, daß der Eindruck vermieden werde – so der Wortlaut der Aufzeichnungen Wollwebers –, „als wären wir gegen die sehr wertvolle Beratung der sowjetischen Freunde im Apparat der Staatssicherheit“.⁶⁶ Der Politbürobeschuß vom 9. Februar 1957 kann somit – mit der gebotenen Vorsicht – auch als Ausdruck der Verminderung des unmittelbaren Einflusses der „Freunde“ auf das MfS gewertet werden. Ein Indiz hierfür ist die Bemerkung Wollwebers im Kollegium am 12. Februar, daß früher „zahlreiche Berater die treibende Kraft bei der Lösung der Aufgaben“ gewesen seien, jetzt aber der Stab der Berater kleiner geworden sei und die Aufgaben daher selbständiger erfüllt werden müßten (Dokument 9).

Wollweber war offenbar von den sowjetischen Beratern zu einem gewissen Grad als Garant ihres Einflusses angesehen worden. Erwähnenswert erscheint in diesem Zusammenhang, daß sein Chefberater ihn in dieser Phase aufgefordert haben soll, doch jeden Tag ins Ministerium zu kommen, auch wenn er aufgrund seines Gesundheitszustandes nicht viel ausrichten könne.⁶⁷ Außerdem befand sich Wollweber mit der von Ulbricht vehement kritisierten, starken Ausrichtung des MfS auf die Arbeit in den Westen⁶⁸ nach eigenen

schluß mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Silber ausgezeichnet. Anlage 2 zum Protokoll der Sitzung des Politbüros am 15.6.1957; SAPMO-BA, ZPA, J IV 2/2/545, Bl. 7 f.

⁶⁴ BStU, ZA, SdM 1574, Bl. 1 f.

⁶⁵ Dies geht aus den Protokollen der Sicherheitskommission 1954–56; BA, MZA P, VA-01/39543–39554 und aus entsprechenden Materialien aus der Ablage des Ministers für Staatssicherheit hervor; BStU, ZA, SdM 407.

⁶⁶ Wollweber: Erinnerungen, S. 366. Der Satz ist dort syntaktisch falsch; er wurde hier dem Sinn nach umgestellt.

⁶⁷ Wollweber: Erinnerungen, S. 364 f.

⁶⁸ Zur Ausrichtung der Arbeit des MfS auf den Westen vgl. Wollwebers Grundsatzreferat in der Dienstbesprechung am 5.8.1955; BStU, ZA, SdM 1921, Bl. 43–77. Die entscheidende Passage lautet: „Die

Angaben im Einklang mit der Position der Berater,⁶⁹ was im Lichte der globalen Interessenlage der UdSSR durchaus nachzuvollziehen ist.⁷⁰ Geheimdienstliche Aktivitäten in West-Berlin und der Bundesrepublik standen, angesichts der sowjetischen Perzeption einer militärischen Bedrohung durch den Westen, bislang naturgemäß stärker im Zentrum der Aufmerksamkeit der „Freunde“ als etwa die Bekämpfung von „revisionistischen“ Debatte-zirkeln in intellektuellen Kreisen.⁷¹ Diese stellten fast durchwegs die DDR oder die sozialistische Entwicklung nicht als solche in Frage, sondern forderten entweder die nach der 3. Parteikonferenz erwartete Entstalinisierung ein oder vertraten reformerische Vorstellungen in Teilbereichen von Staat und Gesellschaft.⁷² Hierbei kollidierten sie mit Ulbrichts harter politisch-ideologischer Linie, überschritten aber nicht unbedingt den Spielraum, den die Sowjetunion damals bereit war, in ihrem Machtbereich zu gewähren, wie das polnische Beispiel zeigt.

Die vom Politbüro „empfohlene“ exemplarische Überprüfung der Bezirksverwaltungen der Staatssicherheit in Magdeburg und Postdam wurde vom 18. Februar bis zum 2. März 1957 unter der Leitung des gerade zum zweiten Stellvertreter des Ministers gekürten Generalmajor Otto Walter von einer hochrangigen „Brigade“ durchgeführt, die sich aus drei Leitungskadern des MfS und einem Funktionär der Sicherheitsabteilung des ZK zusammensetzte.⁷³ Auftragsgemäß bezog sich die Überprüfung hauptsächlich auf das Informationswesen, die „operativen Maßnahmen zur Zerschlagung der feindlichen Stützpunkte“, den Kampf gegen das Ostbüro der SPD⁷⁴ und die „Sicherung der volkseigenen Großbetriebe vor dem Einfluß westdeutscher Konzerne“.⁷⁵

Chefs der Bezirksverwaltungen müssen sich in Zukunft mindestens die Hälfte ihrer Zeit mit der Verstärkung der Aufklärungsarbeit in den politischen Zentren und der Verstärkung der Arbeit zum Eindringen in die feindlichen Agentenzentralen im Westen beschäftigen. Bei den Bezirksverwaltungen sage ich ausdrücklich, die Chefs 50 % das Gesicht dem Westen zu.“ Ebenda, Bl. 57.

⁶⁹ So jedenfalls die Darstellung Wollwebers, in: Wollweber: Erinnerungen, S. 372. Vgl. auch die Äußerung Wollwebers, er sei zur Ausrichtung der Arbeit auf den Westen gedrängt worden (Dokument 12), zu vermuten, von den sowjetischen Beratern.

⁷⁰ Grundlegend hierzu: Dietrich Geyer (Hrsg.): Sowjetunion. Außenpolitik 1955–1973, Köln 1976.

⁷¹ Vgl. z. B. das Referat Wollwebers über die Aufgabenstellung des MfS auf der Grundlage der Beschlüsse der Sicherheitskommission und Besprechungen mit leitenden Funktionären des sowjetischen, polnischen und tschechoslowakischen Staatssicherheitsdienstes. Protokoll der Dienstbesprechung am 22.3.1955; BStU, ZA, SdM 1921, Bl. 104–111.

⁷² Analyse der Feindtätigkeit innerhalb der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz, ohne Datum (1958); BStU, ZA, DSt 102107.

⁷³ Es handelte sich um den stellvertretenden Leiter der Hauptabteilung II (Spionageabwehr), Robert Mühlporfte, den stellvertretenden Leiter der Hauptabteilung III (Sicherung der Volkswirtschaft), Herbert Weidauer, den Leiter der Hauptabteilung V (Überwachung des Staatsapparates und Bekämpfung der „Untergrundtätigkeit“), Fritz Schröder, und Fritz Renckwitz, einen Mitarbeiter der Abteilung Sicherheitsfragen des ZK der SED. Vgl. BStU, ZA, SdM 1552, Bl. 83.

⁷⁴ Das Ostbüro der SPD wurde 1946 als Betreuungsstelle für sozialdemokratische Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone gegründet; später war es Sammelstelle für Nachrichten aus der DDR und stellte Propagandamaterial für die Verteilung in der DDR her. Das Ostbüro arbeitete auch mit konspi-

Selbstverständlich zeitigten die Kontrolleinsätze in ihrer Grundrichtung die Ergebnisse, die Ulbricht in seiner Kritik schon vorgegeben hatte.⁷⁶ So hielt das Kollegium in seiner Beschlußvorlage als wesentliches Ergebnis fest, daß bestehende feindliche Stützpunkte in der DDR „nicht rechtzeitig aufgedeckt und liquidiert“ würden, weil „das Informatorennetz nicht entsprechend zusammengesetzt“ sei.⁷⁷ Doch trotz der vorausgegangenen Fundamentalkritik von Ulbricht an der Leitung des MfS kam das Kollegium zu dem Schluß, daß die ausgegebenen Befehle, Direktiven, Richtlinien und Anweisungen im wesentlichen richtig seien. Die Mängel beständen in der Durchführung; in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen werde nicht immer danach gearbeitet.⁷⁸ Und Otto Walter betonte im Kollegium, daß eine „Aufweichung“ derjenigen Mitarbeiter, die sich mit der Erstellung von Informationen beschäftigten, nicht feststellbar gewesen sei,⁷⁹ obwohl Ulbricht gerade auf diesen Punkt so insistiert hatte und der Überprüfungsbericht sogar eine entsprechende Passage enthielt.⁸⁰

Diese Widersprüche hinderten die Sicherheitskommission des ZK nicht daran, in einem auf den 8. April 1957 datierten Beschluß pauschal zu konstatieren, daß die Überprüfung „ernsthafte Mängel und Fehler in der Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit“ aufgedeckt und damit die Kritik des Politbüros und des 1. Sekretärs des Zentralkomitees bestätigt habe. Die Tätigkeit konterrevolutionärer Kreise in der DDR sei von den Organen des MfS nicht genügend beachtet und „die neuen Methoden der imperialistischen Kräfte zur Verstärkung ihrer feindlichen Tätigkeit“ nicht richtig erkannt worden. Als Abhilfemaßnahmen verpflichtete die Sicherheitskommission das MfS vor allem zur Verwirklichung eines Systems der „Anleitung und Kontrolle“, das die „volle [territoriale] Verantwortung der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen“ gewährleiste, und zur Verbesserung der

rativen Methoden. Vgl. Wolfgang Buschfort: Das Ostbüro der SPD. Von der Gründung bis zur Berlin-Krise, München 1991.

⁷⁵ Protokoll der Kollegiumssitzung am 15.3.1957; BStU, ZA, SdM 1552, Bl. 82–102, hier 83.

⁷⁶ Bericht vom 15.3.1957 über den Brigadeinsatz des Ministeriums für Staatssicherheit Berlin zur Überprüfung einiger Hauptfragen der operativen Arbeit in den Bezirksverwaltungen Postdam und Magdeburg in der Zeit vom 18.2.–2.3.1957; SAPMO-BA, ZPA, 2/12/115, Bl. 139–157. Außerdem 1. Fassung des Berichts vom 14.3.1957; ebenda, Bl. 229–246.

⁷⁷ Beschlußvorlage des Kollegiums für die Verbesserung der Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit, ohne Datum; SAPMO-BA, ZPA, IV 2/12/119, Bl. 32–44, hier 32.

⁷⁸ Ebenda.

⁷⁹ Protokoll der Kollegiumssitzung am 15.3.1957; BStU, ZA, SdM 1552, Bl. 83.

⁸⁰ Vgl. Dokument 5; außerdem Wollweber: Erinnerungen, S. 369. Hier ist der Sachverhalt allerdings so dargestellt, als habe Ulbricht vor allem Angst vor der ideologischen „Aufweichung“ der Mitglieder von Politbüro und Sekretariat des ZK gehabt, die diese Berichte empfangen. Im Bericht über den Brigadeinsatz vom 15.3.1957 (vgl. Anm. 76) heißt es über die Mitarbeiterinnen der Informationsgruppen der beiden Bezirksverwaltungen u. a.: „Außerdem haben sie weder politische noch operative Erfahrungen. Daraus geht hervor, daß diese Genossinnen nicht über die notwendigen Qualitäten verfügen und darüber hinaus bei der ständigen Masse aller negativen Meldungen, mit denen sie sich befassen, durch dieselben sehr leicht beeinflusst werden können.“ SAPMO-BA, ZPA, IV 2/12/115, Bl. 145.

Arbeit mit den „Informatoren“. Der Parteiorganisation der SED im Ministerium für Staatssicherheit schärfte die Sicherheitskommission ein, künftig alle Mitarbeiter „im Geiste des grenzenlosen Vertrauens zur Partei zu erziehen“ sowie „einen energischen Kampf für die Durchführung der Beschlüsse der Partei und Regierung und gegen alle Tendenzen der Aufweichung“ in den eigenen Reihen zu führen.⁸¹

Um dem Apparat der Staatssicherheit diese politische Wegweisung nahezubringen, ließ die Sicherheitskommission für den 26. April im MfS eine Dienstkonferenz der leitenden Kader anberaumen. Als Hauptthema stand die „Untergrundtätigkeit der feindlichen Agenturen“ auf der Tagesordnung. Das Politbüro beschloß, Ulbricht, Honecker, Stoph und Maron zu dieser Konferenz zu entsenden, um die Bedeutung der Veranstaltung zu unterstreichen.⁸² Auch die sowjetischen Chefberater scheinen anwesend gewesen zu sein.⁸³ Wollweber hielt das Hauptreferat, das die Lehren aus der Kritik der Parteiführung darzulegen hatte und daher zwangsläufig über weite Strecken den Charakter einer Selbstkritik trug.⁸⁴ Mielke hingegen behauptete, daß er schon auf der Dienstkonferenz am 21. August 1956 – der Minister war zu dieser Zeit aus Krankheitsgründen abwesend – die richtige Linie ausgegeben und sich gegen Wollwebers Losung „Alles nach dem Westen“ ausgesprochen habe.⁸⁵ Gleichzeitig glänzte er mit detaillierten Analysen zur operativen Tätigkeit und profilierte sich durch linientreue und kämpferische Äußerungen.⁸⁶ Ulbricht, der gegen Ende der Dienstkonferenz sprach, kritisierte ebenfalls die „Arbeit nach dem Westen“. Seine Rede ließ deutlich erkennen, welche Veränderungen auf die Staatssicherheit zukommen würden: eine intensivere politisch-ideologische Schulung und allgemeine Bildung, eine bessere Verbindung von Informationstätigkeit und operativer Tätigkeit, eine

⁸¹ Beschluß der Sicherheitskommission vom 8.4.1957 zur Verbesserung und Änderung der Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit, Anlage 1 zum Protokoll der Sitzung der Sicherheitskommission am 3.4.1957; BA, MZA P, VA-01/39557, Bl. 4–6.

⁸² Protokoll der Politbürositzung am 23.4.1957; SAPMO-BA, ZPA, J IV 2/2/538, Bl. 7. Willi Stoph war Mitglied des Politbüros und Minister für Nationale Verteidigung, Karl Maron Mitglied des ZK und Minister des Innern. Beide waren auch Mitglieder der Sicherheitskommission.

⁸³ „Gleichzeitig nehmen auch die 26 Berater daran teil“, heißt es im Protokoll der Kollegiumssitzung des MfS am 16.4.1957; BStU, ZA, SdM 1552, Bl. 128–137, hier 131. Da es zu diesem Zeitpunkt mindestens dreimal soviele Berater im MfS gab, scheint es sich hier um den engeren Kreis der Chefberater der Leitung und der Diensteinheiten (Hauptabteilungen/selbständige Abteilungen und Bezirksverwaltungen/Verwaltungen) gehandelt zu haben.

⁸⁴ Manuskript der Rede Wollwebers auf der Dienstkonferenz am 26.4.1957; BStU, ZA, ZAIG 5604, Bl. 153–214.

⁸⁵ Das ist nicht völlig korrekt. Mielke sagte laut überliefertem Referatstext: „Wir fordern, daß Schluß gemacht wird mit dem allgemeinen Anwerben nach dem Westen. Jede B[ezirks]V[erwaltung] soll berichten, wo hat sie geworben von den Objekten [sic!], die sie von uns zugeteilt erhielt. [...] Lieber einmal mehr eine Absprache, als alles blindlings nach dem Westen schicken unter der Losung ‚alles nach dem Westen‘.“ BStU, ZA, ZAIG 4845, Bl. 17 f. Zu Wollwebers „Losung“ siehe Anm. 68.

⁸⁶ Manuskript der Rede Mielkes auf der Dienstkonferenz am 26.4.1957; BStU, ZA, ZAIG 5604, Bl. 216–238.

stärkere Präsenz in Großbetrieben und Verwaltungen, die Steigerung der Eigenverantwortung der territorialen Gliederungen des Apparats und die Stärkung der Parteiorganisation.⁸⁷

Die Dienstkonferenz vom 26. April 1957 markiert eine entscheidende Etappe in der Geschichte des Staatssicherheitsdienstes der DDR. Sie läutete als kollektives Ritual der „Kritik und Selbstkritik“ eine Phase ein, in der das MfS wieder auf eine stärkere innere Repression ausgerichtet wurde, allerdings unter neuen Bedingungen und mit feineren Mitteln als vor 1956. Der Vorstoß Ulbrichts ist daher keineswegs nur im Kontext des Machtkampfes mit Wollweber zu sehen, sondern muß als Initiative zur Effektivierung dieses zentralen Machterhaltungsapparates und zu seiner Anpassung an eine – nicht zuletzt durch den XX. Parteitag der KPdSU – veränderte politische und gesellschaftliche Situation gedeutet werden. Nach einer harschen Kritik an der Leitung des MfS wegen der mangelhaften Rezeption der Beschlüsse des 30. Plenums betonte Ulbricht, daß man die „Demokratisierung nicht von der Sicherung der Staatsmacht“ trennen dürfe, denn das hieße, „den Gegner eindringen zu lassen“. Er betonte: „Wenn wir den örtlichen Organen mehr Rechte geben, wenn wir die Rolle der Volksvertretung höher heben, die werktätigen Massen mehr heranziehen zur Mitarbeit, den Bürokratismus bekämpfen, dann müssen wir zur gleichen Zeit auch Sicherungsmaßnahmen treffen, damit nicht der Gegner Spalten findet, um von diesen Spalten aus die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu stören und zu zerstören.“⁸⁸ Hier gab Ulbricht eine Maxime aus, die später noch größere Bedeutung erlangen sollte als damals absehbar: Politische Lockerungen bedurften in der DDR immer der Flankierung durch eine noch intensivere und effizientere konspirative Herrschaftssicherung. Unter diesem Aspekt ist es als „Leistung“ Ulbrichts anzusehen, daß es ihm 1957 gelang, im Staatssicherheitsdienst einen Prozeß in Gang zu setzen, der einerseits die Beschleunigung der immanenten Effektivierung des Apparats und gleichzeitig eine stärkere Ausrichtung des MfS auf die politisch-ideologische Absicherung des SED-Regimes bedeutete.

Die auf die Dienstkonferenz folgenden Wochen waren durch die Bemühungen zur Umsetzung der politischen Vorgaben in Regelungen zur operativen Tätigkeit geprägt. Auf der Tagesordnung der Kollegiumssitzung am 7. Mai 1957 standen die Erarbeitung von Direktiven zur Bekämpfung des Untergrundes und der Feindtätigkeit unter der Jugend, neue Richtlinien für den Informationsdienst und die Arbeit der Kontrollinspektion des MfS sowie die Überarbeitung der Richtlinie 21 zur Arbeit mit Informatoren und Geheimen

⁸⁷ Rede Ulbrichts auf der Dienstkonferenz am 26.4.1957; SAPMO-BA, ZPA, NL 182/523, Bl. 1–20; in Auszügen abgedruckt bei: Hoffmann/Schmidt/Skyba: Die DDR vor dem Mauerbau, S. 290–294. Eine Variante dieses Textes in: BStU, ZA, SdM 2366, Bl. 42–55.

⁸⁸ Rede Ulbrichts auf der Dienstkonferenz am 26.4.1957; SAPMO-BA, ZPA, NL 182/523, Bl. 2 f.

Mitarbeitern.⁸⁹ Zu einer grundlegenden Neuordnung dieser Tätigkeitsbereiche kam es allerdings zum Teil erst sehr viel später, als das Kollegium hier in seinem demonstrativen Übereifer anvisierte.⁹⁰ Wichtiger waren im Moment zwei andere Veränderungen, die der 1. Sekretär der SED als besonders dringlich hervorgehoben hatte: „Entsprechend den Ausführungen des Genossen Ulbricht auf der zentralen Dienstkonferenz“ beschloß das Kollegium in der gleichen Sitzung, Dienstanweisungen zur Arbeit in „Schwerpunktobjekten“, also Großbetrieben und wichtigen Einrichtungen, und zur „Erhöhung der Verantwortung und Vollmachten“ der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen auszuarbeiten.⁹¹

In relativ kurzer Zeit kam es zum Erlaß von zwei Regelwerken, die für die organisatorische Entwicklung des MfS und seines Verhältnisses zur SED von zentraler Bedeutung waren. Mit der Dienstanweisung 16/57 „zur Verbesserung der operativen Arbeit in den Betrieben, Ministerien und Hauptverwaltungen, Universitäten, Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten sowie in den Objekten der Landwirtschaft“⁹² wurden Bestimmungen erlassen, die auf eine Ausweitung und Effektivierung des Netzes inoffizieller Mitarbeiter in den genannten Bereichen sowie die Stärkung auch der offiziellen Verbindungen der Staatssicherheit zur Parteileitung und den staatlichen Leitern des jeweiligen „Objektes“ zielten. In den zwei Ulbricht besonders am Herz liegenden Chemiegroßbetrieben Buna und Leuna⁹³ sah die Dienstanweisung die Bildung von eigenen, der Bezirksverwaltung Halle direkt unterstellten Objektdienststellen und in 60 weiteren wichtigen Betrieben die Einrichtung von Operativgruppen des MfS vor.

Besondere Bedeutung haben die Regelungen der Dienstanweisung 16/57 auch im Hinblick auf das Verhältnis zwischen den SED und Staatssicherheit. Nach dem derzeitigen Erkenntnisstand wurde dieses Verhältnis vor Ort hier erstmals detailliert definiert. Danach

⁸⁹ Protokoll der Kollegiumssitzung am 7.5.1957; BStU, ZA, SdM 1552, Bl. 139–153, hier 141.

⁹⁰ Sofort umgesetzt wurde die Neubestimmung der Arbeit der ehemaligen Kontrollinspektion: Befehl 225/57 des Ministers vom 3.7.1957 zur Schaffung der Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle; BStU, ZA, DSt 100198. Die Ausarbeitung einer neuen, wesentlich differenzierteren IM-Richtlinie dauerte bis Oktober 1958: Richtlinie 1/58 des Ministers vom 1.10.1958 für die Arbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern im Gebiet der DDR, in: Die Inoffiziellen Mitarbeiter. Richtlinien, Befehle, Direktiven, hrsg. vom BStU, Abt. Bildung und Forschung, Berlin 1992, S. 93–128. Eine umfassende Neuregelung der Informationstätigkeit erfolgte erst mit dem Befehl 584/60 des Ministers vom 7.12.1960 zur Verbesserung der Informationsarbeit des MfS; BStU, ZA, DSt 100299. Eine erste zentrale Vorgabe für die Bekämpfung der „Feindtätigkeit unter der Jugend“ kam gar erst 1963 zustande: Arbeitshinweise des Ministers vom 4.7.1963 zur politisch-operativen Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion und Untergrundtätigkeit unter jugendlichen Personenkreisen der DDR; BStU, ZA, DSt 100483.

⁹¹ Protokoll der Kollegiumssitzung am 7.5.1957; BStU, ZA, SdM 1552, Bl. 139–153, hier 141 f.

⁹² Dienstanweisung 16/57 des Ministers vom 30.5.1957; BStU, ZA, DSt 100996.

⁹³ Ulbricht sah hier insbesondere die „Konzernverbindungen“ zu den anderen ehemaligen IG-Farben-Tochterunternehmen im Westen als Bedrohung an. Referat auf der Dienstkonferenz des MfS am 26.4.1957; SAPMO-BA, ZPA, NL 182/523, Bl. 1–20, hier 11 f. Vgl. Hoffmann/Schmidt/Skyba: Die DDR vor dem Mauerbau, S. 292 f.

hatten die von der Parteileitung des „Objekts“ gegebene Einschätzung seiner politischen und wirtschaftlichen Lage und ihre konkreten operativen Hinweise dem Mitarbeiter des MfS „zur Organisierung seiner operativen Arbeit“ zu dienen. Dem 1. Sekretär der Parteileitung des jeweiligen „Objektes“ waren von seiten des MfS-Mitarbeiters „alle Hinweise zu geben, die für die politische Arbeit im Objekt und für die Einschätzung der Lage des Objektes von Bedeutung“ sein konnten. Dort, wo Objektdienststellen oder Operativgruppen eingerichtet wurden, erhielt der 1. Sekretär der Betriebsparteileitung der SED sogar die politische Federführung bei der Arbeitsplanung der Staatssicherheit.⁹⁴

Eine Stärkung der Rolle der Partei brachte auch die wenig später erlassene Dienstanweisung 17/57 „über die Erhöhung der Verantwortung und die Erweiterung der Vollmachten der Chefs der Bezirksverwaltungen und der Kreisdienststellenleiter“.⁹⁵ Die Übertragung der „vollen Verantwortung“ im Sinne des „Einzelleitungsprinzips“⁹⁶ an die Leiter der territorialen Gliederungen des MfS war nämlich gepaart mit der Bestimmung, daß sie ihre Arbeit nicht nur gemäß „den Beschlüssen der Partei, den Gesetzen und Verordnungen der Regierung, den Befehlen und Dienstanweisungen des Ministers oder seiner Stellvertreter“, sondern auch „entsprechend den Weisungen“ des 1. Sekretärs der örtlichen Bezirks- bzw. Kreisleitung durchzuführen hätten. Außerdem mußten die Arbeitspläne der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen mit dem jeweiligen 1. Sekretär abgesprochen werden.⁹⁷

Die territoriale Dezentralisierung der Leitungsverantwortung im MfS führte zu einer stärkeren Verzahnung mit den Parteiinstanzen und somit – zumindest auf dem Papier – zu einer stärkeren Durchsetzung der führenden Rolle der Partei. Sie bedeutete die Schwächung der Zentrale des MfS, zumal sie einherging mit dem Abfluß von fähigen Mitarbeitern in die Bezirke, den das Kollegium konsequenterweise parallel zur Ausarbeitung der Dienstanweisung 17/57 beschloß.⁹⁸ Für Wollweber bedeutete dieser Umbau persönlich einen zusätzlichen Machtverlust, da die Anleitung der Bezirksverwaltungen – vorher wie auch in späterer Zeit eines der selbstverständlichen Rechte des Ministers – vom Politbüro ausdrücklich seinem 2. Stellvertreter Otto Walter übertragen worden war (Dokument 7).

⁹⁴ Wörtlich heißt es diesbezüglich: „Die Aufgaben der Mitarbeiter der Staatssicherheit werden festgelegt entsprechend der von dem 1. Sekretär der Parteileitung gegebenen Einschätzung der politischen und wirtschaftlichen Lage des Objektes und der von der Parteileitung gegebenen politischen Aufgabenstellung. Über die Erfüllung des Arbeitsplanes ist dem 1. Sekretär zu berichten.“ Dienstanweisung 16/57 des Ministers vom 30.5.1957, S. 6 f.; BStU, ZA, DSt 100996.

⁹⁵ Dienstanweisung 17/57 des Ministers vom 18.6.1957; BStU, ZA, DSt 100989.

⁹⁶ Nach dem Einzelleitungsprinzip trug der jeweilige Leiter die persönliche Verantwortung für die Erfüllung der Aufgaben in seinem Arbeitsbereich. Er war seinen Mitarbeitern gegenüber weisungsberechtigt und verpflichtet, ihre Arbeit anzuleiten und zu kontrollieren.

⁹⁷ Dienstanweisung 17/57 des Ministers vom 18.6.1957, S. 2; BStU, ZA, DSt 100989.

⁹⁸ Vgl. Protokolle der Kollegiumssitzungen am 14.5.1957; BStU, ZA, SdM 1552, Bl. 144–153, hier 152, am 4.6.1957; ebenda, Bl. 166–174, hier 169 f. sowie am 27.6.1957; ebenda, Bl. 201–207, hier 206 f.

Wie schwach die Machtstellung Wollwebers im Frühsommer 1957 war, zeigt die Tatsache, daß er sich in der Kollegiumssitzung am 24. Juni sogar bereit erklärte, sein wichtigstes Leitungsinstrument, die Kontrollinspektion,⁹⁹ ebenfalls in die Hand von Walter zu geben.¹⁰⁰

Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, daß Oberst Patrakejew, derjenige sowjetische Berater, der in dieser Zeit die unmittelbaren Kontakte zur MfS-Leitung pflegte, der Dienstanweisung 17/57 zum Schluß die Zustimmung versagen wollte, obwohl er an den vorbereitenden Beratungen teilgenommen hatte. Er schlug vor, keine dienstliche Bestimmung zu erlassen, sondern lediglich ein – dienstrechtlich unverbindlicheres – Schreiben zu versenden. Erst eine Intervention bei Generalmajor Alexander Korotkow, dem Nachfolger Pitowranows als Chefberater des MfS¹⁰¹, machte den Weg für den Erlaß der Dienstanweisung frei.¹⁰² Welche Absichten hinter diesem Verhalten standen, ist schwierig zu deuten. Ob Patrakejew Wollweber stützen oder ob er den eigenen Machtverlust, der mit der größeren Eigenständigkeit der Bezirksverwaltungen zwangsläufig eintreten mußte,¹⁰³ abwenden wollte, kann auf der Basis der vorliegenden Quellen nur eine offene Frage bleiben.

Bevor Wollweber Anfang Juli 1957 in einen neuerlichen Erholungsurlaub gehen mußte, war er schon weitgehend entmachtet. Er hatte den Kampf an zwei Fronten verloren – gegen Ulbricht und seinen Adlatus Honecker auf der einen sowie gegen seine Stellvertreter Bruno Beater, Otto Walter und insbesondere Erich Mielke auf der anderen Seite. Welche Auswirkungen sein von Beater weitergetragener verbaler Ausbruch (Dokument 8) auf die Entschlossenheit Ulbrichts, ihn systematisch kaltzustellen, gehabt haben mag, kann nur schwer abgeschätzt werden. Wahrscheinlich war Wollwebers Sturz vom 1. Sekretär ohnehin schon beabsichtigt, dennoch dürfte es für Ulbricht ein zusätzliches Alarmsignal gewesen sein, daß der Minister zwei Stellvertretern gegenüber lautstark das autokratische Regiment des 1. Sekretärs der SED angeprangert und dabei den XX. Parteitag der KPdSU bemüht hatte. Ein Staatssicherheitschef, der über den 17.-Juni-Komplex räsonierte und den angesichts um sich greifender „Aufweichungstendenzen“ die Beweisführung beschäf-

⁹⁹ Nach der Dienstanweisung 17/56 des Ministers vom 4.8.1956 (in Vertretung gezeichnet durch Mielke) hatte die Kontrollinspektion u. a. folgende Aufgaben: Kontrolle der Beachtung von Befehlen, Dienstanweisungen, Richtlinien und anderen Anweisungen, Kontrolle der Kontrollbrigaden der Bezirksverwaltungen, Untersuchung bestimmter Einzelfragen im Auftrag des Ministers oder seiner Stellvertreter; BStU, ZA, DSt 100976.

¹⁰⁰ BStU, ZA, SdM 1552, Bl. 185–199, hier 195.

¹⁰¹ Vgl. das Verzeichnis der sowjetischen Berater beim MfS vom 12.9.1958: SAPMO-BA, ZPA, J IV 2/202/62.

¹⁰² Otto Walter an Wollweber vom 8.6.1957; BStU, ZA, SdM 1909, Bl. 179.

¹⁰³ Den Bezirksverwaltungen waren eigene sowjetische Berater zugeordnet, die wahrscheinlich nicht Patrakejew, sondern Korotkow unterstellt waren.

tigte, daß die „Tragödie“ mit der Staatssicherheit in den sozialistischen Ländern „keine Gesetzmäßigkeit“ sei, war gerade in dieser aus Ulbrichts Sicht heiklen Phase der Herrschaftssicherung fehl am Platze. Zusätzlich scheint auch die Befürchtung Ulbrichts ein Rolle gespielt zu haben, daß sein Rivale im Politbüro, Karl Schirdewan, in seinem Jugendfreund Wollweber für den Fall eines offenen Machtkampfes eine gute Stütze gefunden hätte. Eine regelrechte „Verschwörung“ zwischen Schirdewan und Wollweber ist aber für diese Zeit nicht nachweisbar, im Lichte der Quellen sogar unwahrscheinlich. Zu Gesprächen, die man in diese Richtung deuten könnte, ist es offenbar erst November 1957 gekommen, als Wollweber nicht mehr Minister war.¹⁰⁴

Es ist nicht möglich, in diesem Rahmen eine fundierte allgemeine Bewertung von Rolle und Persönlichkeit Ernst Wollwebers zu geben. Wollwebers Amtszeit als Minister für Staatssicherheit war wahrhaftig nicht von Nachsicht gegenüber „Feinden“ und „Verrätern“ gekennzeichnet, sondern durch geheimpolizeiliche Willkür und harte Repression.¹⁰⁵ Trotzdem ist deutlich, daß Wollweber – anders als sein 1. Stellvertreter Mielke – zuweilen auch Skrupel hatte. Das mag unter anderem auf den Einfluß seiner Lebensgefährtin Clara Vater zurückgehen, die die Mühen der Stalinschen Säuberungen in der Sowjetunion am eigenen Leibe schmerzhaft erfahren hatte.¹⁰⁶ Immerhin ist bemerkenswert, daß Wollweber schon 1954 gegenüber dem ZK eine Haftüberprüfung bei früheren Parteimitgliedern und ehemaligen Angehörigen der Volkspolizei anregte, die in der Vergangenheit „außerordentlich harte Strafen [...] für verhältnismäßig geringfügige Vergehen oder Verbrechen“ erhalten hätten.¹⁰⁷

Erich Mielke war sicherlich skrupelloser und politisch opportunistischer. Als der Stern Wollwebers zu sinken begann, wurde sein Ehrgeiz übermächtig, ihm als Minister nachzufolgen. Bezeichnend ist, daß er Honecker am Tag vor der entscheidenden Dienstkonferenz des MfS am 26. April 1957 eine Zusammenstellung eigener Äußerungen und Maßnahmen schickte, die beweisen sollte, daß die Kritik Ulbrichts an der Staatssicherheit zwar den Minister, nicht aber ihn treffe, da er die angesprochenen operativen Notwendigkeiten erkannt und teilweise auch schon berücksichtigt habe. Zudem habe er in der Krankheitsphase des Ministers für eine intensive „Auswertung“ der Parteivorgaben im MfS gesorgt, was

¹⁰⁴ Zur gemeinsamen Zeit von Wollweber und Schirdewan in der schlesischen KPD siehe v. Flocken/Scholz: Wollweber, S. 44 f. Zum Verhältnis der beiden außerdem Schirdewan: Aufstand, S. 92 f., 128–131 und Wollweber: Erinnerungen, S. 373–376.

¹⁰⁵ Vgl. v. Flocken/Scholz: Wollweber, S. 142–164, sowie Karl Wilhelm Fricke: Die DDR-Staatssicherheit. Entwicklung, Strukturen, Aktionsfelder, Köln 1984, S. 211 f. und passim; ders.: Akteneinsicht. Rekonstruktion einer politischen Verfolgung, Berlin 1995, S. 41–152.

¹⁰⁶ Vgl. v. Flocken/Scholz: Wollweber, S. 129, 150 f., 178, und Fricke: Die DDR-Staatssicherheit, S. 212.

¹⁰⁷ Wollweber an Anton Plenikowski, Abteilungsleiter Staatliche Verwaltung des ZK, vom 26.7.1954; BStU, ZA, SdM 1200, Bl. 303 f.

Wollweber nach seiner Rückkehr im Falle des 29. und 30. Plenums schuldig geblieben sei.¹⁰⁸

Warum Ulbricht ein Rücktrittsgesuch Wollwebers im Juni 1957 nicht einfach angenommen hat, sondern ihn in den Erholungsurlaub gehen ließ, um ihn unmittelbar darauf auf dem 32. Plenum des ZK an den Pranger zu stellen (Dokument 10), ist noch ungeklärt. Möglicherweise gab es bei einigen Mitgliedern des Politbüros und den „Freunden“ noch Widerstände gegen seine Entlassung.¹⁰⁹ Am 8. Oktober 1957 war es soweit: Das Politbüro entsprach „dem Wunsch des Genossen Wollweber, ihn krankheitshalber zu pensionieren“, und ernannte Erich Mielke zu seinem Nachfolger.¹¹⁰ Damit war die von Ulbricht initiierte Weichenstellung durch den Wechsel an der Spitze des MfS auch personell besiegelt.

Im Hinblick auf das MfS hatte Ulbricht sich damit auf der ganzen Linie durchgesetzt, doch auf der Ebene der Parteiführung stand die Ausschaltung der politischen Gegner seiner restaurativen Wende noch aus. Den Anfang machte Ulbricht schon auf dem 33. Plenum (16.–19.10.1957), indem er den für Kulturfragen zuständigen ZK-Sekretär Paul Wandel entließ. Im Dezember 1957 wurde der ZK-Sekretär für Wirtschaftsfragen Gerhart Ziller in den Selbstmord getrieben, nachdem er sich nach einer Vorstandssitzung der Wismut AG – zusammen mit dem ebenfalls für Wirtschaftsfragen zuständigen stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats Fritz Selbmann – zu einem alkoholisierten Ausfall gegen Ulbricht hatte hinreißen lassen. Diesen Vorfall deuteten Ulbricht und seine Wasserträger im ZK, allen voran Erich Honecker und Hermann Matern, als Tätigkeit einer fraktionellen Gruppierung um Schirdewan, Ziller und Wollweber. Es würde hier zu weit führen, auf die einzelnen Elemente und Implikationen des Machtkampfes einzugehen, den Ulbricht schließlich auf dem 35. Plenum des ZK Anfang Februar 1958 mit seinem endgültigen Sieg beendete. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang vor allem die stalinistische Inszenierung im ZK-Plenum, mit der Wollwebers Rolle als Minister für Staatsicherheit nachträglich in den Kontext einer politischen Verschwörung eingepaßt wurde (Dokument 11). Bezeichnenderweise holte Ulbricht zu diesem Zweck auf einmal den Denunziationsbericht Beaters hervor, der ein ganzes Jahr in seiner Schublade geschlummert hatte.¹¹¹ Auch in dieser Hinsicht kehrte Ulbricht – in etwas verfeinerter Form – zu den stalinistischen Usancen zurück.

Die Antwort Wollwebers, in der er seine Sicht der Dinge darlegt und den Hauptvorwurf der „fraktionellen Tätigkeit“ zurückweist, ist ein aufschlußreiches Dokument, das Einord-

¹⁰⁸ Mielke an Honecker vom 25.4.1957 mit Anlage; BStU, ZA, SdM 1896, Bl. 706–713.

¹⁰⁹ Vgl. Wollweber: Erinnerungen, S. 371–373.

¹¹⁰ Protokoll der Sitzung des Politbüros am 8.10.1957; SAPMO-BA, ZPA, J IV 2/2–562, Bl. 3.

¹¹¹ Dokument 8.

nung und Interpretation der zur Sprache kommenden Vorgänge erleichtert (Dokument 12). Interessant ist insbesondere der Schlagabtausch zwischen ihm und den Hardlinern Ulbricht, Matern und Verner zu dem über den Chefberater des MfS Pitowranow lancierten Signal an die sowjetische Führung, mit dem Wollweber – wohl um die Jahreswende 1956/57 herum – eine „Klärung“ der politischen Differenzen in der SED-Führung herbeiführen wollte. Daß diese Initiative Ulbricht von sowjetischer Seite zur Kenntnis gegeben wurde, verweist auf politische Konstellationen in Moskau, die für die Kritiker Ulbrichts ungünstig waren.¹¹² Schließlich bleibt zu erwähnen, daß Wollweber sich später doch noch „weichklopfen“ ließ und in dem üblichen stalinistischen Unterwerfungsritual seine Zustimmung zu den Vorwürfen des Politbüros erklärte.¹¹³

*

Die Vorgänge von 1956/57 hatten große Bedeutung für die weitere Entwicklung der Staatssicherheit. Eine entscheidende Rolle spielte dabei die von Ulbricht ins Zentrum seiner Argumentation gerückte Diagnose „neuer Feindmethoden“ der ideologischen „Aufweichung und Zersetzung“, die Ende der fünfziger Jahre zum Schlüsselbegriff der „politisch-ideologischen Diversion“ gerann¹¹⁴ und in dieser Form Perzeption und Tätig-

¹¹² Leider ist der Zeitpunkt der Weitergabe der Information an Ulbricht auf der Grundlage der vorliegenden Quellen nicht bestimmbar. Sudoplatow: Handlanger, S. 56, berichtet hierzu (mit Sicherheit stark verzerrt): „Wollweber hatte dem damaligen Chef des KGB, Serow, von Uneinigkeiten innerhalb der DDR-Führung erzählt [...]. Serow unterrichtete Chruschtschow über dieses Gespräch. Bei einem Essen, das mit erheblichen Alkoholeinfluß verbunden war, fragte Chruschtschow Ulbricht: ‚Was tun Sie mit einem Minister für Staatssicherheit, der uns über ideologische Divergenzen in Ihrer Partei unterrichtet?‘ [...] Ulbricht verstand die Botschaft.“

¹¹³ Einen ersten Schritt tat er schon am dritten Verhandlungstag des 35. Plenums (5.2.1958) als er anerkannte, daß er, ohne sich dessen bewußt zu sein, „objektiv eine fraktionelle Tätigkeit“ ausgeübt habe; SAPMO-BA, ZPA, IV 2/1/193, Bl. 68–73, speziell Bl. 69. In einer Erklärung vom 10.6.1958 ging er dann noch einen Schritt weiter und bekannte, „daß der Bericht des Politbüros über die Tätigkeit der fraktionellen Gruppe, der ich angehörte, vollkommen richtig war. Die Konzeption dieser fraktionellen Gruppe gefährdete die Einheit der Partei, hemmte die Entfaltung der Offensive auf der Grundlage der Beschlüsse des 30. Plenums, war ein Versuch, die Generallinie und die Parteiführung zu ändern und konnte von den Feinden der Arbeiterklasse ausgenutzt werden gegen die Partei.“ SAPMO-BA, ZPA, J IV 2/202/4/1.

¹¹⁴ Schon im Bericht des Politbüros auf dem 35. ZK-Plenum taucht der Terminus „materielle und ideologische Diversionsarbeit der Feinde“ auf (vgl. Dokument 11). In Unterlagen des MfS findet sich der Begriff „ideologische Diversion“ nach derzeitigen Erkenntnissen erstmals im Protokoll der Sitzung des Kollegiums am 20.2.1958. Unter dem Tagesordnungspunkt „Berichterstattung über die 35. Tagung des ZK“ wird folgende Definition gegeben: „Die ideologische Diversion ist die Methode des Feindes zur Zersetzung der Partei, um ihre führende Rolle beim Aufbau des Sozialismus zu beseitigen, zur Aufweichung der DDR und des ganzen sozialistischen Lagers.“ BStU, ZA, SdM 1554, Bl. 63. Auf dem V. Parteitag der SED im Juli 1958 sprach Mielke von „einem großen Plan der Aufweichung und ideologischen Diversion gegen die Länder des Sozialismus.“ Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der SED, Berlin 1959, S. 551. Spätestens 1960 bürgerte sich der Ausdruck „politisch-ideologische Diversion“ ein. Ein einschlägiges Schreiben Bruno Beaters an die Leiter der Bezirksverwaltungen vom 21.11.1960 nennt folgende Erscheinungen der politisch-ideologischen Diversion: „Sozialdemokratismus, Opportunismus, Revisionismus“; BStU, ZA, DSt 101156.

keit des Staatssicherheitsdienstes bis zu seinem Ende bestimmte. Politisch abweichendes Denken und Handeln wurden grundsätzlich in den Kontext „imperialistischer Feindseligkeit“ eingeordnet und waren somit Hauptgegenstand konspirativer „Abwehr“.

Konsequenz dieser Ausrichtung war ein mit dem Beginn der Ära Mielke einsetzendes zügelloses Wachstum des Apparates der Staatssicherheit, der den „entwickelten Sozialismus“ der sechziger und siebziger Jahre¹¹⁵ kennzeichnen sollte. In den beiden letzten Amtsjahren Wollwebers war der Staatssicherheitsdienst erstmals seit seiner Gründung etwas geschrumpft.¹¹⁶ 1957 bestand er aus 14.442 hauptamtlichen Mitarbeitern. Im Jahre 1958 erhöhte sich die Mitarbeiterzahl wieder und wuchs dann kontinuierlich weiter.¹¹⁷ 1971 hatte sich der Kaderbestand verdreifacht und bis Mitte der achtziger Jahre dann nochmals auf über 90.000 Mitarbeiter verdoppelt.¹¹⁸ Gemäß der von Ulbricht 1957 ausgegebenen Maxime, daß „Entspannung“ mit noch größeren Anstrengungen der Herrschaftssicherung einhergehen müsse, betrieb Mielke gerade in Phasen der innen- und außenpolitischen Lockerung systematisch die Ausweitung und Qualifizierung seines Apparates und erreichte damit die zunehmende geheimdienstliche Durchdringung immer zahlreicherer „Schwerpunktbereiche“. Die „Gestaltung einer effektiven politisch-operativen Arbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen der DDR zum vorbeugenden Verhindern, Zurückdrängen [und] Überwinden von Auswirkungen der politisch-ideologischen Diversion“¹¹⁹ – und damit in letzter Konsequenz die geheimdienstliche Omnipräsenz – blieb für das MfS politische Zielvorgabe bis zum Ende der DDR.

¹¹⁵ Zur parteioffiziellen Periodisierung der DDR-Geschichte vgl. Hermann Weber: Die DDR 1945–1986, München 1988, S. 113.

¹¹⁶ Zum Personalabbau unter Wollweber vgl. Anm. 231.

¹¹⁷ Zur Kaderentwicklung 1953–1961 (ohne Wachregiment und ohne Grenz-, Bereitschafts- und Transportpolizei, die bis Februar 1957 auch zum MfS gehörten): 10.700 (1953), 12.823 (1954), 14.869 (1955), 14.764 (1956), 14.442 (1957), 15.686 (1958), 16.613 (1959), 18.029 (1960), 19.130 (1961). Der sprunghafte Zuwachs 1957–1958 ist allerdings teilweise durch die Hereinnahme der HV A (Auslandsspionage) in die Statistik bedingt. Vgl. Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden. MfS-Handbuch, hrsg. von Klaus-Dietmar Henke, Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß und Roger Engelmann, Teil IV/1), BStU, Berlin 1995, S. 37–44, 98 f. und statistische Beilage.

¹¹⁸ Ebenda, S. 98 f.

¹¹⁹ Die politisch-ideologische Diversion gegen die DDR, Lehrbuch, hrsg. von der Juristischen Hochschule (des MfS), Postdam 1988, S. 269.

Dokumente

Dokument 1

13. November 1956

Redebeitrag Walter Ulbrichts auf dem 29. Plenum des Zentralkomitees (Auszug)¹²⁰

Erlaubt mir noch ein Wort zur Staatssicherheit. Nach dem XX. Parteitag ist zeitweise eine solche Lage gewesen, daß manche Genossen der Staatssicherheit so vorsichtig wurden, daß sie nicht mehr die Kraft hatten, gegen bestimmte Feinde des Staates energisch vorzugehen. Es gab ernste Vorgänge über feindliche Tätigkeit, die nicht sofort gemeldet wurden. Früher hätte man das sofort gemeldet und Schlußfolgerungen daraus gezogen. Man hat also die Dinge gelassen und gesagt, jetzt ist das wahrscheinlich alles liberaler, jetzt wird bei dieser Sache nicht mehr viel passieren. Solche Stimmungen gab es.

Wir haben deshalb an die ersten Sekretäre¹²¹ Anweisung gegeben, daß die Genossen mit den Mitarbeitern der Staatssicherheit sprechen, daß sie sie unterstützen, damit die Staatssicherheit ihre Aufgaben voll erfüllt, die sie zu erfüllen hat, damit sie wissen, daß die Partei hinter ihnen steht und nicht, daß jemand anfängt zu sagen: Warten wir noch ein bißchen, wollen wir lieber doppelte Sicherheit nehmen, damit nichts passieren kann. Selbstverständlich können Fehler vorkommen, das kann passieren, aber in der gegenwärtigen Situation wäre der größte Fehler eine ungenügende Wachsamkeit, das wäre wahrscheinlich der größte Fehler. Wir bitten darum, daß sich die Genossen der Bezirksleitungen und der Kreisleitungen auch weiterhin mit der Arbeit der Parteiorganisationen¹²² und der Staatssicherheit beschäftigen, daß sie dafür sorgen, daß in diesen Parteiorganisationen ein hohes ideologisches Niveau ist und daß auch Fachfragen offen behandelt werden, also wenn bestimmte Mitarbeiter ihre Pflichten nicht erfüllen oder wenn es moralische Geschichten gibt, dann werden sie in der Parteiorganisation behandelt. Die Partei ist die Kraft, und auf diese Weise werden wir die weitere innere Festigung und Stärkung der Staatssicherheitsorgane erreichen.

Es gab mit einigen Genossen Diskussionen, die gesagt haben: Ja, aber die Staatssicherheit hat doch nicht nur Gutes gemacht, sondern auch bestimmte Fehler begangen. – Wir haben den Betreffenden folgendes geantwortet: Die Genossen im Staatsapparat, die Genossen der Partei und die Genossen der Staatssicherheit haben unter den Bedingungen des konzentrierten Angriffs aller ausländischen imperialistischen Agenturen eine riesige Arbeit

¹²⁰ Stenographisches Protokoll des 29. Plenums des ZK (12.–14.11.1956); SAPMO-BA, ZPA, IV 2/1/166, Bl. 119–149, hier 147 f.

¹²¹ Gemeint: Die 1. Sekretäre der territorialen Bezirks- und Kreisleitungen der SED.

¹²² Gemeint: Die Parteiorganisationen der SED in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen des MfS. Sie unterstanden den territorialen Bezirks- bzw. Kreisleitungen der SED. Vorläufige Bestimmungen über den Parteaufbau im Staatssekretariat für Staatssicherheit aufgrund des Politbürobeschlusses vom 23.2.1954, ohne Datum, S. 5 f. und 8; BStU, ZA, DSt 102102.

geleistet, sie haben die Deutsche Demokratische Republik, die Arbeiter-und-Bauern-Macht, mutig geschützt. Haben sie dabei Fehler gemacht? Jawohl, sie haben Fehler gemacht. Aber wir werden doch nicht etwa über Fehler diskutieren, umgekehrt, wir werden die Genossen der Staatssicherheit ermuntern, daß sie ihre Pflicht erfüllen und unter den veränderten Bedingungen auch manches in ihrer Arbeitsmethode verbessern, ihr ideologisches Niveau erhöhen. Aber wenn jemand sagt, weil in Ungarn oder in Polen die Lage so ist, dort wurden größere Fehler gemacht, daß wir deshalb bei uns die Diskussion darüber führen müssen, weil auch ein paar kleine Fehler gemacht worden sind, denen sagen wir: Genossen, wer das will, da steht die Frage vor dem Zentralkomitee. Wir werden nicht zulassen, daß irgendwelche Zersetzungsarbeit auf diese Weise in die Partei oder in die Staatsorgane hineingetragen wird. Das war unsere Antwort.

Wir haben in der Deutschen Demokratischen Republik nicht die Maßnahmen gehabt wie in Ungarn oder Polen, wir haben keine Staatssicherheits-Sondergerichte und sonst etwas gehabt, und wenn bei uns Maßnahmen durchgeführt worden sind, daß Verhaftungen erfolgen mußten, dann hat nicht¹²³ der einzelne so viel Rechte gehabt, wie das in volksdemokratischen Ländern der Fall war. Das muß man offen aussprechen, damit die Genossen wissen, was wirklich ist und daß man nicht solche Sachen zuläßt. Es sind einige Genossen freigelassen worden, die zu Unrecht verhaftet waren.¹²⁴ Man wird alles tun, um ihnen zu helfen. Sie sind rehabilitiert worden, aber wenn jetzt etwa einige versuchen, sozusagen von anderer Seite her zu unterminieren, das kann die Staatsmacht nicht vertragen. Man muß mit den Genossen ruhig und sachlich sprechen, sie überzeugen, wie die Lage ist und wie wir solche Dinge beurteilen, auch wie wir bestimmte Fehler beurteilen, die vorgekommen sind oder vorgekommen sein können. Das ist die Antwort auf diese Frage, die offenkundig notwendig geworden ist, weil es einige Diskussionen gab.

¹²³ Das Wort „nicht“ wurde nachträglich in den Text eingefügt, allerdings vermutlich an der falschen Stelle. Der Satz müßte richtig heißen: „dann hat der einzelne so viel Rechte gehabt, wie das in volksdemokratischen Ländern *nicht* der Fall war“.

¹²⁴ Die im April 1956 gegründete und unter Ulbrichts Vorsitz tagende Kommission des ZK der SED „zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern“ hatte bis zu ihrem Schlußbericht am 12.7.1956 die Entlassung von 86 in der DDR inhaftierten ehemaligen SED-Funktionären sowie die Rehabilitierung von 73 in der Sowjetunion verurteilten Genossen veranlaßt. Bis Anfang Juli 1956 wurden 691 wegen Agententätigkeit verurteilte ehemalige SPD-Mitglieder freigelassen, davon 367 seit Bestehen der Kommission. Außerdem überprüfte diese die Angelegenheiten von 400 inhaftierten ehemaligen Blockpartiefunktionären, ließ 11.698 Personen mit geringen Haftstrafen in Freiheit setzen und schaltete sich schließlich in die Freilassung sogenannter Kriegsverbrecher ein. Der Schlußbericht ist wiedergegeben in: Gabert (Hrsg.): Zur Entlassung werden vorgeschlagen, S. 101–106.

Dokument 2

29. Dezember 1956

Sitzung des Kollegiums¹²⁵ des Ministeriums für Staatssicherheit (Auszug)¹²⁶*Zum 2. Punkt*

der Tagesordnung begründet der Genosse *Minister* den Entwurf einer Meldeordnung, die den Mitgliedern des Kollegiums zur Stellungnahme zugegangen ist.

Ebenfalls weist er auf die Meldepflicht gegenüber dem Minister des Innern hin. Auch dafür wurde den Kollegiumsmitgliedern eine Vorlage zur Stellungnahme übergeben.¹²⁷

Schließlich begründet der Genosse *Minister* noch die Notwendigkeit, eine Richtlinie über die Information zu erarbeiten und in Kraft zu setzen.¹²⁸

In der Diskussion interessiert sich Genosse Generalleutnant *Mielke* erstmal für den Zweck des Befehls. Der Genosse *Minister* antwortet, daß die Meldeordnung regeln muß, wer wen [sic!] was und wann zu melden hat.

In der Diskussion bezweifelt Genosse Generalmajor *Wolf*¹²⁹, ob der Entwurf dieser Meldeordnung richtig ist. Vor allem sei es nicht richtig, daß man die Stellvertreter überspringt.

Genosse Generalleutnant *Mielke* weist ebenfalls darauf hin, daß es nicht richtig sei, daß die Hauptabteilungsleiter oder Abteilungsleiter direkt dem Minister melden.

Die Meldeordnung stehe nicht im Einklang mit der Dienstordnung.¹³⁰ Der Diskussionsredner hält es auch nicht für richtig, daß der Chefdienst¹³¹ unbedingt im Dienstgebäude anwesend sein muß.

¹²⁵ Siehe Anm. 41.

¹²⁶ Tagesordnungspunkt 2: Behandlung der Meldeordnung; Teilnehmer: Ernst Wollweber, Erich Mielke, Otto Last, Markus Wolf, Otto Walter, Martin Weikert, Hermann Gartmann, Josef Gutsche, Bruno Beater; entschuldigt: Alfred Schönherr; mit den Vermerken „Persönlich! Streng geheim!“ und „18/56“; BStU, ZA, SdM 1901, Bl. 1–13, hier 10–12. Parallele Überlieferung: ebenda, SdM 1551, Bl. 134–146. Die hier nicht wiedergegebenen Teile des Protokolls behandeln die Schwerpunkte der Arbeit des MfS in den ersten Monaten des Jahres 1957 (Tagesordnungspunkt 1) sowie das Geschenk an die sowjetischen „Freunde“ anlässlich des 40. Jahrestages der Oktoberrevolution.

¹²⁷ Vorlagen zu den späteren Befehlen 7/57 und 8/57. Nach bisherigem Kenntnisstand sind die Vorlagen nicht überliefert. Der Entwurf für den späteren Befehl 11/57 lag den Kollegiumsmitgliedern in dieser Sitzung offenbar nicht vor.

¹²⁸ Eine Vorlage für eine solche Richtlinie wurde wahrscheinlich erstmals in der Kollegiumssitzung vom 25.1.57 besprochen; Protokoll siehe BStU, ZA, SdM 1552, Bl. 10–22, hier Bl. 14–16.

¹²⁹ Siehe Anm. 58.

¹³⁰ Dienstordnung des Staatssekretariats für Staatssicherheit vom 17.9.1954; BStU, ZA, DSt 100935.

¹³¹ Gemeint: der „Chef vom Dienst“, der außerhalb der regulären Dienstzeiten die Leitung des Ministeriums wahrnahm. Nach dem späteren Befehl 7/57, S. 4 f., wurden für diese Aufgabe die Stellvertreter des

Genosse Generalmajor *Last*¹³² weist darauf hin, daß der Leiter der Bezirksverwaltung sich schon jetzt nicht verpflichtet fühlt, dem Stellvertreter des Ministers wichtige Ereignisse oder Feststellungen zu melden. Durch diese Meldeordnung wird die Autorität der Stellvertreter noch mehr geschwächt. Es gibt viele Falschmeldungen, die erst durch die Stellvertreter überprüft werden müssen.

Genosse Generalmajor *Walter*¹³³ schließt sich im wesentlichen den Vorrednern an und ist ebenfalls der Auffassung, daß man die Stellvertreter des Ministers nicht übergehen sollte und daß es nicht notwendig sei, daß der Chefdienst ständig im Dienstgebäude anwesend ist.

Genosse Generalmajor *Gartmann*¹³⁴ hält die Meldeordnung im wesentlichen für richtig, ist aber der Auffassung, daß man einen Mittelweg zwischen dem vorliegenden Entwurf und der Ausführung des Genossen Generalmajor Walter einschlagen sollte. Des weiteren vertritt er die Auffassung, daß der Chefdienst in der gegenwärtigen Situation nicht unbedingt im Dienstgebäude anwesend zu sein braucht.

Genosse Generalmajor *Weikert*¹³⁵ unterstreicht die Notwendigkeit der Errichtung einer zentralen Meldestelle. Er tritt weiter dafür ein, daß ein größerer Kreis für die Dienstausbübung als Chefdienst herangezogen wird und weist darauf hin, daß er in der Berliner Verwaltung den Kreis so groß gezogen habe, daß für den einzelnen keine bedeutende Belastung eintritt.

Genosse Generalleutnant *Mielke* spricht gegen die Auffassung des Genossen Generalmajor Weikert.

Genosse *Minister* weist abschließend darauf hin, daß es eine Reihe von Tatsachen gibt, die ihn veranlaßt haben, diese Meldeordnung, deren Verwirklichung er übrigens schon vor längerer Zeit gefordert habe, jetzt vorzulegen. Der Genosse Walter Ulbricht erklärt ausdrücklich, daß er dem Politbüro für die Arbeit der Staatssicherheit verantwortlich sei, nicht die Stellvertreter. Das bedeute aber, daß er rechtzeitig über alle wichtigen Dinge

Ministers sowie die Leiter von operativen Hauptabteilungen oder selbständigen Abteilungen herangezogen.

¹³² Otto Last (1906–1990), 1.9.1951–30.10.1957 Stellvertreter des Staatssekretärs bzw. Ministers, 1.11.1957–25.4.1960 Leiter der Objektverwaltung Wismut.

¹³³ Siehe Anm. 56.

¹³⁴ Hermann Gartmann (1906–1972), 1952–1957 Stellvertreter für militärische Angelegenheiten des Staatssekretärs bzw. Ministers für Staatssicherheit. Ihm unterstanden die Grenz-, Bereitschafts- und Transportpolizei (Bahnpolizei). Nachdem diese Verbände am 15. Februar 1957 in das Ministerium des Innern ausgegliedert worden waren, wurde Gartmann am 31.5.1957 ebenfalls dort hinversetzt.

¹³⁵ Martin Weikert (geb. 1914), 1.1.1953–31.10.57 Stellvertreter des Staatssekretärs bzw. Ministers, gleichzeitig seit etwa Mai 1956 Leiter der Verwaltung Groß-Berlin, 1.11.1957–31.10.1982 Leiter der Bezirksverwaltung Erfurt.

informiert sein muß. Es gebe gerade in der letzten Zeit eine Reihe von Tatsachen, wo er nicht informiert wurde. So wurde ihm nicht rechtzeitig Meldung erstattet über den Inhalt von Dokumenten, die bei der Festnahme von Harich beschlagnahmt wurden.¹³⁶ Dasselbe trifft zu bei einem Bericht über das Zentralamt für Statistik. Über die Beschlagnahme eines Tonbandes, das bei der Behandlung des Vorganges Harich eine Rolle spielt, wurde er ebenfalls nicht informiert.

Der Genosse *Minister* erklärte abschließend, er sei damit einverstanden, daß die Hauptabteilungsleiter und Abteilungsleiter seinen Stellvertretern melden. Die Stellvertreter und die Chefs der Bezirksverwaltungen müssen ihm unmittelbar und rechtzeitig über alle wichtigen Vorkommnisse (die im Befehlsentwurf aufgezeigt sind) Meldung machen.¹³⁷

Des weiteren ist der Genosse Minister der Auffassung, daß es richtig sei, daß der Chefdienst während der ganzen Dauer seiner Tätigkeit im Dienstgebäude anwesend ist.

Abschließend wurden die Genossen Kollegiumsmitglieder aufgefordert, bis zum 3.1.57 nochmals eine schriftliche Stellungnahme zum Entwurf über die Meldeordnung bei ihm abzugeben.

¹³⁶ Wollweber beschreibt diesen Vorgang in seinen Erinnerungen so: Walter Ulbricht habe ihn am Montag nach der Festnahme Harichs zu sich gebeten. Der 1. Sekretär sei im Besitz von Dokumenten gewesen, die das MfS bei dessen Verhaftung sichergestellt habe, die er, Wollweber, zu diesem Zeitpunkt jedoch noch nicht gekannt habe. Er habe noch nicht einmal von ihrer Beschlagnahme gewußt. Wollweber: Erinnerungen, S. 366. Fälschlicherweise datiert Wollweber allerdings die Festnahme Harichs, die am Donnerstag, den 29.11.1956 erfolgte, auf einen Samstag.

¹³⁷ Der spätere Befehl 7/57, S. 1, legte fest, daß sowohl die Leiter der Hauptabteilungen und selbständigen Abteilungen als auch die Leiter der Bezirksverwaltungen den zuständigen Stellvertretern des Ministers melden sollten, daß diese die Meldung jedoch „sofort“ mit ihrer Einschätzung an den Minister bzw. bei dessen Abwesenheit an den jeweiligen mit der Leitung beauftragten Stellvertreter weiterzugeben hätten.

Dokument 3

29. Dezember 1956

Ergänzung zum Protokoll der Kollegiumssitzung¹³⁸

Zum Tagesordnungspunkt 2: Behandlung des Entwurfs der Meldeordnung

Auf Seite 12 müßte nach dem 2. Absatz, der endet „... wurde er ebenfalls nicht informiert ...“ ein neuer Absatz eingefügt werden, der enthält:

„Genosse Mielke erklärte, daß dem Minister bekannt war, daß das Dokument aus dem Untersuchungsvorgang Harich vervielfältigt wird zum Zwecke der Zustellung für die Partei. Die Vervielfältigungen wurden an dem betreffenden Sonnabend um 17.00 Uhr beendet. Da der Genosse Minister sich bereits in Wolletz¹³⁹ befand, wurde das Dokument sofort dem 1. Sekretär des ZK der SED, Genossen Walter Ulbricht, zugestellt. Der Genosse Minister Wollweber erhielt das Dokument an dem betreffenden Montag um 8.00 Uhr in seinem Arbeitszimmer.“

Was die Abschrift eines Tonbandes bzw. den Bericht über die Akademie der Wissenschaften – nicht wie geschrieben wurde, Zentralamt für Statistik – betrifft, so verhält sich der Sachverhalt gleichfalls anders.

Genosse Mielke erklärte, daß er es für richtig hält, daß dem 1. Sekretär des ZK der SED sofort und unmittelbar solche wichtigen Sachen zugestellt werden, jedoch wäre es richtig gewesen, dem Gen[ossen] Minister das Dokument in Wolletz zuzustellen.

Genosse Beater nimmt auch dazu Stellung und erklärt, daß er dieses Dokument gemäß der Dienstordnung dem 1. Stellvertreter, der für Koordinierung verantwortlich ist, zur Verfügung gestellt hat, und daß es Angelegenheit des 1. Stellvertreters ist, dem Minister davon Kenntnis zu geben.

Zum Entwurf der Meldeordnung meint Genosse Beater, wenn die Stellvertreter eben keine solche Bedeutung haben, so kann man es offen sagen, die Stellvertreter abzuschaffen.

¹³⁸ Eingereicht von Erich Mielke spätestens am 14.2.1957 (Begleitschreiben Otto Walters am 14.2.1957); BStU, ZA, SdM 1901, Bl. 16 f. Parallele Überlieferung: ebenda, SdM 1551, Bl. 147 f.

¹³⁹ In Wolletz, einem Ort im Kreis Angermünde, unterhielt das MfS ein Wochenendheim für seine leitenden Kader. Vgl. Protokoll der Kollegiumssitzung am 3.1.1957; BStU, ZA, SdM 1552, Bl. 1–8, hier 7.

Dokument 4

14. Januar 1957

Befehl 11/57 des Ministers für Staatssicherheit¹⁴⁰

Um zu garantieren, daß Partei- und Staatsführung nur gründliche Informationen erhalten,

befehle ich:

Meldungen an den Vorsitzenden des Ministerrates, den 1. Sekretär des Zentralkomitees, an die Mitglieder der Sicherheitskommission¹⁴¹ des ZK werden durch mich persönlich weitergegeben, in Abwesenheit erfolgt die Weitergabe durch meinen 1. Stellvertreter.

Die Stellvertreter sind berechtigt, auf ihrer Linie¹⁴² Meldungen an die Mitglieder des Politbüros und Sekretäre des ZK weiterzuleiten. Erfolgen diese Meldungen mündlich, so ist durch den betreffenden Stellvertreter ein schriftlicher Vermerk für mich anzufertigen, aus dem ersichtlich ist, wer wann über was von wem informiert wurde.

Die Stellvertreter können einen Hauptabteilungsleiter bzw. Leiter einer selbständigen Abteilung¹⁴³ beauftragen, an Sekretäre bzw. Abteilungsleiter beim ZK Meldungen über bestimmte Vorkommnisse zu machen. Die Hauptabteilungsleiter bzw. Leiter der selbständigen Abteilungen haben entsprechende schriftliche Vermerke anzufertigen, die dem zuständigen Stellvertreter vorzulegen sind.

Dieser Befehl tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft. Alle entgegenstehenden Befehle, Anordnungen und Anweisungen sind damit aufgehoben.

F. d. R.

(Bein)¹⁴⁴

Oberstleutnant

Wollweber

¹⁴⁰ Mit Stempel „Geheime Verschlusssache“ und Vermerk „GVS 67/57“; BStU, ZA, DSt 100172.

¹⁴¹ Siehe Anm. 43.

¹⁴² Linie: Den Hauptabteilungen und selbständigen Abteilungen in der Zentrale des MfS waren Abteilungen und selbständige Referate mit dem gleichen Aufgabengebiet in den Bezirksverwaltungen nachgeordnet. Den Stellvertretern unterstanden jeweils direkt mehrere solcher Linien.

¹⁴³ Selbständige Abteilung: nicht Bestandteil einer Hauptabteilung, sondern dem Minister bzw. einem seiner Stellvertreter direkt unterstellt.

¹⁴⁴ Handschriftlich unterzeichnet. Richard Bein (geb. 1920), 1955–1957 Leiter der Abteilung Allgemeines bzw. der ihr nachfolgenden Organisationseinheit „Büro der Leitung“. Das Büro der Leitung hatte damals mehrere Aufgaben, unter anderem die eines zentralen Sekretariats und einer Rechtsstelle des MfS.

Dokument 5

7. Februar 1957

Sitzung des Kollegiums des Ministeriums für Staatssicherheit¹⁴⁵

Der Genosse Minister *Wollweber* faßte die hauptsächlichsten Punkte der Ausführungen des Genossen Walter Ulbricht über die Mängel und Schwächen der Arbeit der Staatssicherheit zusammen.

Von den Genossen

Generalmajor	<i>Wolf,</i>
[Generalmajor]	<i>Walter,</i>
[Generalmajor]	<i>Last,</i>
Generall[eu]tn[ant]	<i>Mielke,</i>
Oberst	<i>Beater,</i>
[Oberst]	<i>Schönherr</i>

wurden dann noch zusätzliche Bemerkungen zu obigem Hauptpunkt gemacht, so daß aus den Ausführungen des Genossen Walter Ulbricht folgende Schwerpunkte gemeinsam erarbeitet wurden:

1. Am 4. Januar 1957 wurde vom Minister der Befehl¹⁴⁶ erlassen, womit geregelt werden soll, *wer was an wen* meldet.

Dieser Befehl hat einen fehlerhaften Inhalt und stellt einen Versuch dar, sich über Partei und Regierung zu stellen.

2. Auch in konspirativer Hinsicht stellt dieser Befehl eine Verletzung der Konspiration dar.

W[alter] U[lbricht] mißt dieser Verletzung gegen die Konspiration aber weniger Bedeutung bei, sondern bemängelt in der Hauptsache die Punkte 1 und 2. Nach diesen Punkten wird verhindert, daß die Stellvertreter selbständig bei wichtigen Vorkommnissen sofort dem¹⁴⁷ ZK berichten können. Nur dem Minister und in Abwe-

¹⁴⁵ Tagesordnung: Diskussion über die am Vortag durchgeführte Besprechung bei Walter Ulbricht; Teilnehmer: Ernst Wollweber, Erich Mielke, Otto Last, Otto Walter, Markus Wolf, Bruno Beater, Alfred Schönherr; entschuldigt Martin Weikert; Beginn: 17.00 Uhr, Ende: 21.00 Uhr; mit Vermerken „Persönlich! Streng geheim!“ und „4/57“; BStU, ZA, SdM 1552, Bl. 27–38. Parallele Überlieferung: BStU, ZA, SdM 1900, Bl. 298–309.

¹⁴⁶ Gemeint ist der Befehl 11/57 (Dokument 4), Datumsangabe ist nicht korrekt.

¹⁴⁷ Handschriftliche Einfügung: „1. Sekr[etär] d[es]“.

senheit seinem 1. Stellvertreter ist es vorbehalten, dem¹⁴⁸ ZK Meldung zu erstatten. Dadurch wird eine Lage geschaffen, die, wenn das ZK genau so verfahren würde (hier bemerkte W[alter] U[lbricht], daß er absichtlich überspitzt, wenn er das Beispiel wählt) und die Meldungen an die Staatssicherheit nur über den 1. Sekretär erfolgten, dann würde eine kontinuierliche Zusammenarbeit völlig gestört sein.

3. Die Art der Zusammenstellung des Informationsdienstes¹⁴⁹ und die dazu notwendige Arbeit stellt eine Schwäche dar und nicht nur eine Schwäche, sondern sogar eine Schädigung der Partei. Damit würde die Hetze des Feindes legal verbreitet, und die damit beschäftigten Mitarbeiter müßten, wenn sie das monatelang durchführen, schwankend werden. Von diesen Mitarbeitern würde auch eine Unsicherheit in die eigenen Reihen der Staatssicherheit getragen werden.

Die Information ist primitiv und würde den neuen Erfordernisse[n] des Kampfes nicht gerecht werden. In diesem Zusammenhang führte der Gen[osse] W[alter] U[lbricht] das Beispiel der Meldung über *Nuschke*¹⁵⁰ an, womit er die Form kritisierte.

Im Apparat der Staatssicherheit würde z. Zt. die Auffassung vorherrschen, daß alles mit Meldungen und Informationen erledigt werden könne, wodurch der Kampf und die operative Arbeit ständig zurückgehen muß.

Bei dem jetzigen Zustand im Hinblick der Schwächen in der Informationssammlung, Zusammenstellung, des vielen Schreibens usw. hat es der Gegner leicht und braucht nur eine Sekretärin, um alle Geheimnisse zu erfahren.

Es ist eine Aufstellung zu erarbeiten, aus der hervorgehen muß, wer sich mit dem Zusammenstellen von Informationen befaßt, um zu überprüfen, inwieweit die hieran beteiligten Mitarbeiter noch fest geblieben sind oder ausgewechselt werden müssen.

4. In der Konspiration und Geheimhaltung bestehen große Mängel.

¹⁴⁸ Handschriftliche Einfügung: „dem 1. Sekr[etär] des“.

¹⁴⁹ Informationsdienst: Im Staatssekretariat bzw. Ministerium für Staatssicherheit zusammengestellte Berichte über Stimmungen und Probleme in Industrie, Handel und Landwirtschaft sowie über besondere Ereignisse, die in kompilierter und überarbeiteter Form schließlich an die Parteiführung gingen. Befehl 279/53 des Staatssekretärs vom 7.8.1953 zur Bildung von Informationsgruppen im Staatssekretariat für Staatssicherheit und den Bezirksverwaltungen; BStU, ZA, DSt 100072; Dienstanweisung 2/55 des Staatssekretärs vom 12.1.1955 betr. Informationsdienst; BStU, ZA, DSt 100937.

¹⁵⁰ Otto Nuschke (1883–1957), 1949–1957 Stellvertretender Ministerpräsident, 1948–1957 Vorsitzender der CDU der DDR. Die Meldung des MfS, auf die sich Ulbricht bezieht, stammt vom 31.1.1957. Möglicherweise führt der 1. Sekretär sie deshalb an, weil sie eine Kritik Nuschkes am Politbüro wiedergibt: „Nuschke äußerte sich in diesem Zusammenhang, daß die entsprechenden Stellen, besonders das Polit.-Büro, wieder einmal voreilig gehandelt hätten, ohne sich vorher von ‚Fachleuten‘ beraten zu lassen.“ Information aus dem Arbeitsbereich Be[at]er] Nr. 57/57, betr. Dr. Otto Nuschke; BStU, ZA, AOP 1194/57, Bl. 70.

5. Die Sicherung der Deutschen Demokratischen Republik entsprechend des verstärkten Kampfes der Feinde und der Umstellung der feindlichen Methoden ist nicht in Ordnung. Das ist nicht mit Meldungen zu bekämpfen, sondern mit entsprechend verstärkten Methoden der Staatssicherheit.

Während die Arbeit gegen Gehlen¹⁵¹ und die Geheimdienste im allgemeinen gut geht, werden die Stützpunkte und Untergrundgruppen in der DDR, wie z. B. Berlin, Leipzig, Dresden, Weimar usw. nicht aufgedeckt.

Die „Taktik des Aufweichens“ ist nicht früh genug erkannt worden.

Auch hat die „Entspannung“ in einer Weise in der Staatssicherheit Platz ergriffen, die man nicht mehr verantworten kann.

W[alter] U[lbricht] befürchtet nicht, daß der Prozeß *Harich* nicht in Ordnung geht. Das ist aufgedeckt und wird auch bearbeitet, wobei der Staatssicherheit hier auch der Zufall zu Hilfe kam. Vielmehr ist er besorgt um die Untergrundbewegungen, die sich in der DDR noch in verschiedenen Kreisen entwickeln und von der Staatssicherheit nicht gesehen werden. Dabei führte er de[n] Fall *Bloch*¹⁵² in Leipzig an. Von dem Gen[ossen] Honecker wurde ihm noch zugerufen, daß es schon wieder eine neue Plattform in der Humboldt-Universität¹⁵³ gibt. Der Gen[osse] Honecker erklärte, da[ß] deshalb auch im Politbüro beschlossen wurde, daß die Sicherheitsabteilung¹⁵⁴ selbst einiges überprüft, da sie von der Staatssicherheit keine Hinweise erhält.¹⁵⁵

6. In diesem Zusammenhang sprach W[alter] U[lbricht] seine Besorgnis auch über den Zustand und die feindlichen Einflüsse in der chemischen Industrie aus, dem [sic!]

¹⁵¹ Der Name Reinhard Gehlen (1902–1979) wird hier synonym für den Bundesnachrichtendienst (BND) gebraucht, den er seit seiner offiziellen Gründung 1956 leitete. Vorgänger des BND war die von Gehlen im Auftrag der USA aufgebaute „Organisation Gehlen“.

¹⁵² Ernst Bloch (1885–1977), Professor, 1949–1957 Direktor des Instituts für Philosophie an der Universität Leipzig. Zum „Fall Bloch“ siehe Hans-Uwe Feige: *Ketzer und Kampfgenosse – der Leipziger Ordinarius für Philosophie Ernst Bloch*, in: *Deutschland Archiv* 25 (1992), Heft 7, S. 697–717, und Guntolf Herzberg: *Ernst Bloch in Leipzig. Der operative Vorgang „Wild“*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 42 (1994), Heft 8, S. 677–693, sowie Michael Franzke (Hrsg.), *Die ideologische Offensive. Ernst Bloch, SED und Universität, Leipzig*, ohne Jahr.

¹⁵³ Möglicherweise spielt Honecker auf die Tatsache an, daß ein Professor der Humboldt-Universität während einer Vorlesung im Februar 1957 geäußert hatte, man müsse den westlichen Radiosender RIAS hören, um sich mit den Parolen des Gegners auseinanderzusetzen. *Analyse der Feindtätigkeit innerhalb der wissenschaftlichen u[nd] künstlerischen Intelligenz*, ohne Datum (1958), S. 75 f.; BStU, ZA, DSt 102107.

¹⁵⁴ Gemeint: Abteilung Sicherheitsfragen des Zentralkomitees der SED.

¹⁵⁵ Die einschlägigen Politbüro-, Sicherheitskommissions- und Sekretariatsprotokolle enthalten keinen Tagesordnungspunkt, unter dem eine Überprüfung der Humboldt-Universität hätte veranlaßt werden können.

man in der nächsten Zeit Herr werden muß. Dabei erkannte er an die erfolgreiche Tätigkeit im Hinblick auf die Bearbeitung der Intelligenz im allgemeinen.

7. Verändert muß werden der GM- und GI-Apparat.¹⁵⁶

Viele G[eheime] M[itarbeiter] und G[eheime] I[nformatoren] sind schon dekonspiriert. Dadurch ist verschiedenen gegnerischen Personen die Möglichkeit gegeben, über einen dekonspirierten G[eheimen] I[nformator] in der DDR Mitteilungen über die Staatssicherheit an das ZK heranzubringen, die desinformieren können. Sehr viele G[eheime] I[nformatoren], die zu sehr nach der Stimmung ausgefragt werden, besonders in den Kreisgebieten, müssen ja nach jahrelanger Tätigkeit für die Staatssicherheit zersetzt sein, weil sie vor lauter schlechter Stimmung schon selbst nicht mehr klar sehen können.

Die Informationsquellen müssen qualifizierter erarbeitet werden. In der Hauptsache muß sich das Sammeln von Informationen im Hinblick auf Provokationen, Streikabsichten, Studentenunruhen und vor allem auf die Stimmung und Pläne beim Gegner konzentrieren. Dabei sollten die ungarischen Vorkommnisse bei den Mitarbeitern der Staatssicherheit eine Lehre sein.

Nach den festgelegten Hauptpunkten gab der Genosse Minister die weitere Richtung der Diskussion an. Er schlug vor, daß die einzelnen Stellvertreter ihre Auffassung zu dem Standpunkt des Genossen W[alter] U[lbricht] darlegen sollten, um dann zu einer endgültige[n] Einschätzung und Festlegung der notwendigen Maßnahmen zu kommen. Hierzu erklärte der Gen[osse] Minister, daß er selbst eine andere Meinung zu dem Befehl hat und nochmals offen ausspricht, daß de[r] Inhalt des Befehls richtig ist. Für die Ausarbeitung des Befehl[s] waren bestimmte Ursachen vorhanden und um die Aufgaben, für die der Minister verantwortlich ist, erfüllen zu können, machte sich diese Regelung im Befehl notwendig.

Ich habe nicht die Absicht, diesen Befehl zurückzuziehen, abe[r] mir ist auch klar, daß die Ausführungen des Genossen W[alter] U[lbricht] mit sich bringen, daß dieser Befehl in der Praxis hinfällig geworden ist. Die vorgesehene Änderung, die ich mit diesem Befehl erreichen wollte, kann nicht eintreten.

Im Prinzip stimmt das, was der Gen[osse] W[alter] U[lbricht] über die Schwächen in der Arbeit gesagt hat. Man muß aber auch die positiven Seiten bei der Arbeit der Staatssicherheit sehen, wozu offen festgestellt werden kann, daß in der kritischen Zeit der Veränderung in Polen und der Konterrevolution in Ungarn die DDR fest den feindlichen Versu-

¹⁵⁶ Zu den Geheimen Informatoren und Geheimen Mitarbeitern der Staatssicherheit vgl. Anm. 47.

chen entgegengetreten ist und daß die Tätigkeit und die Maßnahmen der Staatssicherheit dabei nicht unwesentlich beigetragen haben.

Wenn die „Aufweichung“ in vielen anderen Stellen sehr stark in Erscheinung trat, kann man das von den Organen für Staatssicherheit nicht sagen, trotzdem nicht ungefährliche Reden gegen die Staatssicherheit gehalten wurden.

Trotz der liberalen Haltung der Justiz¹⁵⁷ wurde der Kampf gegen die Feinde von Seiten der Staatssicherheit weitergeführt.

Trotz all dem aber kann man sich nicht darüber hinwegtäuschen, um die Sicherung der DDR entsprechend den neuesten Bedingungen weiter zu verbessern, die Schwächen, die der Staatssicherheit anhaften, schnell zu beseitigen.

Politisch hat der Gen[osse] W[alter] U[lbricht] in seiner Charakteristik, besonders der Informationsabteilung¹⁵⁸ innerhalb der Staatssicherheit recht, aber praktisch ist das etwas überspitzt.

Eine Stelle, die Informationen erarbeitet, wird auch weiterhin gebraucht. Informiert muß das ZK und die Regierung weiter werden. Die Form des Zusammentragens sowohl wie des Schreibens und der Einschätzung sowie auch die Verteilung muß gründlich überdacht und präzisiert werden.

Was der Gen[osse] W[alter] U[lbricht] über die Dekonspiration gesagt hat, ist zwar in der Tat nicht so grob, wie er es darstellt, aber doch[er] änderungsbedürftig.

Die Information ist mehr zur Grundlage der durchzuführenden operativen Maßnahmen zu machen. Sie muß die Schwerpunkte aufzeigen, die Bewegungen des Gegners erkennen lassen und Vorkommnisse in der DDR richtig einschätzen.

Die Umstellung in dieser Richtung darf nicht nach sich ziehen, daß jetzt die Mitarbeiter diese Sache ausnutzen, um der Pflicht zur Information auszuweichen. Sie muß nach sich ziehen die Suche nach neuen qualifizierteren G[eheimen] I[nformatoren].

Man darf den Ernst der gestrigen Besprechung (6.2.57) nicht unterschätzen, muß wirklich alles daraus entnehmen, was der Arbeit hilft und fördert.

Der Genosse Wolf schlug vor, nicht über alles zu sprechen, sondern nur über das Wichtigste. Er bemängelte, daß in der Vergangenheit nicht genügend Rückschlüsse gezogen

¹⁵⁷ Vgl. stenographisches Protokoll des 30. Plenums des ZK, 30.1.–1.2.1957, Bericht des Politbüros, vorgetragen von Erich Honecker; SAPMO-BA, ZPA, IV 2/1/170, Bl. 6–53, hier 41, sowie Ulbrichts Schlußwort; ebenda, IV 2/1/171, Bl. 85–107, hier 101–102.

¹⁵⁸ Die Informationsgruppen wurden durch den bereits erwähnten Befehl 279/53 des Staatssekretärs am 7.8.1953 gegründet; BStU, ZA, DSt 100072. Das Staatssekretariat für Staatssicherheit zog damit die Konsequenz aus der mangelhaften Berichterstattung unmittelbar vor den Ereignissen des 17. Juni 1953.

wurden, die Arbeit kritisch – wissenschaftlicher zu beurteilen, um schneller Veränderungen der Methoden in der Abwehr und Aufklärung herbeizuführen.

Hierzu führte er einige Beispiele der Ergebnisse von Dienstbesprechungen in den Bezirken, denen er beiwohnte, an, wobei herauskam, daß die Sucht des Schreibens von allgemeinen Informationen sehr groß ist. Die gesamte Arbeit, den Feind zu finden und zu schlagen, ist nicht genug ausgerichtet, denn die Vorkommnisse werden nur registriert und die Täter nicht gefunden.

Ebenfalls hat die Objekt-Bearbeitung große Schwächen; man bearbeitet die in einem Objekt Beschäftigten nicht genügend in ihren Wohnorten, es fehlt die Kontrolle von Lokalen in den Wohngebieten und anderen Zusammenkünften.

Wenn jetzt andere Informationen, nämlich die, die die operative Arbeit betreffen, gefordert werden, wird es sich in Zukunft zeigen, daß die vorhandenen G[eheimen] I[nformatoren] dazu überhaupt nicht in der Lage sind.

Der Informationsdienst muß völlig umgestellt werden.

Der Ge[nosse] Wolf erklärte, daß er auf der Linie der Hauptverwaltung A in der Erziehung der Mitarbeiter immer darauf Wert gelegt hat, sich auf die Abwehr feindlicher Handlungen zu konzentrieren und die Aufklärung dazu zu benutzen.

Er führte an, daß er in Fragen des „kleinen Krieges“¹⁵⁹ die Leitung informiert hat, daß auch operative Maßnahmen zur Aufklärung solcher gefährlicher Pläne eingeleitet worden sind, und man soll nicht glauben, daß die Leitung Opfer einer eigenen falschen Einstellung geworden ist, sondern daß die Leitung schon im Prinzip richtig gesehen hat, dabei aber doch Mängel und Fehler unterlaufen sind.

Er erklärte dann noch, daß er für die Zurückziehung des Befehls ist und daß er ebenfalls die Ausführungen des Gen[ossen] W[alter] U[lbricht] so aufgefaßt hat, daß der Befehl das richtige Verhältnis zur Partei und Staatssicherheit behindere.¹⁶⁰

¹⁵⁹ Kleiner Krieg: begrenzter Krieg als Bedrohungsperzeption von SED und MfS. Vgl. Protokoll der Kollegiumssitzung am 28.1.1958 und Anlage 1: Veränderungen im Protokoll der Kollegiumssitzung vom 28.1.58; BStU, ZA, SdM 1900, Bl. 20–51 und 53–54, hier 47 und 54.

¹⁶⁰ Wolf bat am 2.3.1957 schriftlich darum, seinen Beitrag im Protokoll anders zu fassen. In einem Formulierungsvorschlag stellte er zunächst seine Zustimmung zu den Äußerungen Ulbrichts stärker als in der entsprechenden Passage des Protokolls heraus: „Er sehe in den Ausführungen des Genossen *Ulbricht* eine Bestätigung für die schon früher festgestellte Notwendigkeit, die Methoden der operativen Arbeit einer kritischen Überprüfung zu unterziehen, um sie rasch und effektiv zu verändern.“ Andererseits verwahrte er sich vor allem für seine eigene Person, aber auch im Hinblick auf das Kollegium, entschieden gegen die Kritik Ulbrichts: So behauptete er etwa, er habe schon früher darauf hingewiesen, daß der Möglichkeit der Einschleusung feindlicher Gruppen in die DDR zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet werde. Auch sei, soweit er das anhand der Arbeit seiner eigenen Linie (Hauptverwaltung A und Abteilungen XV der Bezirksverwaltungen) beurteilen könne, bei der Erziehung der Mitarbeiter immer Wert darauf gelegt worden, in den Mittelpunkt der operativen Arbeit die Aufdeckung feindlicher

Der Genosse Walter sprach sich präzise gegen den Befehl aus und schlug dem Gen[ossen] Minister vor, den Befehl für ungültig zu erklären.

Er bat den Gen[ossen] Minister, selbst zum Gen[ossen] W[alter] U[lbricht] zu gehen und ihm den gemeinsamen Beschluß des Kollegiums, den Befehl zurückzuziehen, mündlich mitzuteilen. Falls das nicht, dann dem Gen[ossen] W[alter] U[lbricht] den Beschluß schriftlich zu übermitteln.

Er führte weiter aus, daß auch während der Krankheit des Gen[ossen] Minister¹⁶¹ doch die Verhältnisse von den anderen Kollegiumsmitgliedern richtig eingeschätzt wurden, die auch alle Konsequenzen aus der kritischen Lage erkannten. Es ist auch richtig, wie der Gen[osse] Minister schon ausführte, daß die DDR standhaft in den Tagen der ungarischen Ereignissen [sic!] war. In diesem Zusammenhang muß aber auch gesagt werden, daß uns die Partei nicht eine Minute im Stich gelassen hat, daß sie uns das Rückgrat gestärkt hat, besonders die Gen[ossen] W[alter] U[lbricht] und O[tto] G[rotewohl]¹⁶².

Es hat sich aber gezeigt, daß besonders die Leiter der Bezirksverwaltungen eine zu lose Verbindung zu der Leitung des Ministeriums haben. Es ist auch richtig, wie der Gen[osse] Honeck[er] bei der Besprechung dazwischen warf, daß die Leiter der Bezirksverwaltungen den Minister belügen.

Das zeigt, daß wir in einigen Dingen nicht genügend energisch sind.

Zur Frage der Information muß beachtet werden, was der Genosse W[alter] U[lbricht] sagte, daß der Kreis der Wissenden zu groß ist und daß auch in der ungenügenden Aufspürung von Untergrundbewegungen, besonders in den genannten Städten, die Kritik berechtigt war.

Auf die Frage des Gen[ossen] Minister, was die Gründe des Vorschlages zur Zurückziehung des Befehls sind, antwortete der Gen[osse] *Walter* nochmals präzise und legte dabei seine Ansichten über die zwingenden Gründe zur Aufhebung des Befehls dar.

Tätigkeit zu stellen. Im Sommer 1956 sei etwa ausführlich über die Probleme des „kleinen Krieges“ und der „Aufweichtaktik“ gesprochen worden. „Man könne also nicht sagen, daß die Leitung Opfer einer eigenen falschen Einschätzung geworden ist, was nicht ausschließt, daß es in der Arbeit sehr grosse und ernste Mängel und Fehler gibt.“ Sein abschließendes Votum für die Zurückziehung des Befehls blieb inhaltlich unverändert; Bemerkungen zu dem Kollegiumsprotokoll vom 7.2.1957; BStU, ZA, SdM 1552, Bl. 40 f. Mit seiner Zeitangabe „Sommer 1956“ bezieht sich Wolf auf einen Zeitraum, in dem Wollweber mehrere Monate wegen Krankheit abwesend war.

¹⁶¹ Vgl. Anm. 22.

¹⁶² Otto Grotewohl (1894–1964), 1949–1960 Ministerpräsident, 1946–1964 Mitglied des Zentralsekretariats bzw. Politbüros der SED, 1954–1960 Mitglied der Sicherheitskommission der SED.

Auch der Genosse Last sprach sich für die Zurückziehung des Befehls aus und erläuterte ebenfalls nochmals die Gründe dazu. In der Hauptsache erwähnte er, daß die schon genannten Punkte im Befehl auf den Gen[ossen] W[alter] U[lbricht] so wirkten, als wenn wir uns über die Partei stellen wollen. Wir haben das übersehen und sich¹⁶³ [sic!] verpflichtet, das jetzt zu berücksichtigen.

Er führte nochmal [sic!] an, wie auch bei der Beratung zur Annahme des Befehls alle Kollegiumsmitglieder sich einmütig, bis auf die Genossen Gartmann und Weikert, dagegen aussprachen, da die Stellvertreter auch hierbei übergangen werden sollen und daß dieses Übergehen in der Vergangenheit, ganz besonders auf die Leiter der Bezirksverwaltungen, schädliche Auswirkungen hatte.¹⁶⁴ Sie haben die Anweisungen der Stellvertreter in nicht genügende[m] Maße respektiert und es wurde der Anschein erweckt, daß sich die Leitung selbst nicht einig ist.

Es gibt konkrete Beispiele, wie auch die Leiter der Bez[irks]-Verwaltungen vor schwierigen Entscheidungen zurückgewichen sind und im Falle des Oberst *Knoppe*¹⁶⁵, Magdeburg, sogar festzustellen war, wie er seine Pflicht, über wichtige Vorkommnisse zu informieren, sträflichst vernachlässigte.

Zur Frage der Information erklärte der Genosse *Last*, daß diese sehr oft auf Kosten der operativen Arbeit durchgeführt wurde, daß die Aufgaben im operativen Sinne gelitten haben, da[ß] die Informationen oft gar nicht mehr an die operativen Abteilungen gegangen sind, sondern hier oben zusammenliefen und dann oft abgelegt wurden, ohne richtig ausgewertet zu sein.

In der Frage der Informatorenwerbung hat sich gezeigt, daß in vielen Bezirksverwaltungen in den letzten Monaten viel mehr Informatoren abgelegt als geworben wurden. Das zeigt, daß die Leitung sich nicht genügend nach unten durchsetzt. Das ist eine große Schwäche und muß in der nächsten Zeit beseitigt werden.

Hier spielt die Frage der Rechenschaftslegung der Bezirkschefs¹⁶⁶ eine große Rolle und die Frage der Bestrafung bei verantwortungslosem Verhalten und Unterlassungen.

Genosse Minister liest, um den Kollegiumsmitgliedern nachzuweisen, einige Stellen der Dienstordnung vor und weist damit nach, daß die Leiter der Bezirksverwaltungen nach der Dienstordnung den Stellvertretern nach Linie verantwortlich sind.¹⁶⁷

¹⁶³ „sich“ handschriftlich unterstrichen.

¹⁶⁴ Last bezieht sich hier auf die Sitzung des Kollegiums am 29.12.1956 (Dokumente 2 und 3).

¹⁶⁵ Reinhold Knoppe (1908–1983), 1953–1962 Leiter der Bezirksverwaltung Magdeburg des MfS.

¹⁶⁶ Gemeint: Die Leiter der Bezirksverwaltungen des MfS.

¹⁶⁷ Dienstordnung des Staatssekretariats für Staatssicherheit vom 17.9.1954, S. 5 und 12 f.; BStU, ZA, DSt 100935.

Der Genosse Mielke wendet sich gegen die Behauptung des Ministers, daß dem Minister wichtige Meldungen vorenthalten worden sind und erklärt, daß er diese Meldungen dem Genossen W[alter] U[lbricht] deshalb sofort gegeben hat, weil er an den Gen[ossen] Minister nicht herankam, aber dann sofort nachträglich den Gen[ossen] Minister in Kenntnis setzte.

Zum Befehl erklärte er, daß es nicht richtig ist, solche Befehle herauszugeben, ohne genaue Abstimmung über die einzelnen Formulierungen im Kollegium erreicht zu haben.

Es wäre eine schlechte Sache, daß die Partei jetzt der Auffassung sein kann, daß sich die Leitung der Staatssicherheit über die Partei stellen wolle.

Genosse *Mielke* beantragte dann ebenfalls die Zurückziehun[g] des Befehls und Mitteilung darüber an den Genossen W[alter] U[lbricht].

Er schlägt dem Gen[ossen] Minister vor, daß der Minister selbst dem Gen[ossen] W[alter] U[lbricht] vortragen soll, um zur Entspannung der Situatio[n] beizutragen und zu einer persönlichen offenen Aussprache zu kommen.¹⁶⁸

Dann erklärte er zur Frage der Informationsabteilung, wie es dazu kam, diese Abteilung überhaupt zu schaffen und wie sich dann die weitere Arbeit entwickelte und welchen Stand sie jetzt hat. Dabei führte er an Hand der letzten Vorlage über den Umbau der Informationsabteilung¹⁶⁹ einige wesentliche Momente an, die durch den Gen[ossen] W[alter] U[lbricht] aufgezeigten Mängel [sic!] schon beheben sollten.

Die Ausführungen des Genossen *Schönherr* zeigten, daß er bis zur Besprechung beim Gen[ossen] W[alter] U[lbricht] für den Befehl war und angenommen hat, daß der Gen[osse] Minister gezwungen gewesen ist, diesen Befehl in dieser Art herauszugeben, um die Disziplin zu erhöhen und auch die Stellvertreter zu zwingen, an ihn wichtige Meldungen sofort zu geben.

¹⁶⁸ Am Rand der beiden vorausgehenden Absätze handschriftliche Anmerkung: „Aufweichung XX. Part[eitag]“.

¹⁶⁹ Die Vorlage wurde bislang nicht aufgefunden; wahrscheinlich ist sie auch nicht überliefert. Sie wurde am 25.1.1957 im Kollegium besprochen. Dort wurde entschieden, daß sogenannte operative Informationen, die Anlaß für neue oder veränderte Maßnahmen des MfS sein könnten, von den operativen Abteilungen direkt an die Abteilung Information gegeben, „Informationen besonderen Charakters“ aber über die Stellvertreter des Ministers an das Kollegium weitergeleitet werden sollten. Das Kollegium beschloß, zur Auswertung der operativ wichtigen Informationen ein besonderes Referat innerhalb der Abteilung Information zu bilden. Es stellte außerdem fest, daß die Abteilung Information nur eine Zusammenfassung eingegangener Informationen geben solle, Wertungen und Schlußfolgerungen aber allein den Mitgliedern des Kollegiums vorbehalten seien. Schließlich beauftragte das Kollegium *Mielke* mit der Abfassung einer Vorlage für die Sicherheitskommission, die die Weiterleitung von Informationsberichten an Mitglieder des Parteiparates regeln sollte. Protokoll der Kollegiumssitzung am 25.1.1957; BStU, ZA, SdM 1552, Bl. 10–22, hier 14–16.

Er schlägt vor, die Ursachen, die zur Herausgabe des Befehls führten, nochmals zu überprüfen und zu einer bereinigenden Aussprache zu kommen. Er erklärt weiter, daß seit den Ausführungen des Gen[ossen] W[alter] U[lbricht] ebenfalls klar ist, daß man diesen Befehl nicht aufrecht erhalten kann, sondern einziehen muß.

Der Genosse *Schönherr* führte noch an, daß ihm sehr viele Beispiele bekannt sind, wo der Minister und auch der Gen[osse] *Mielke* immer wieder in Dienstbesprechungen und Parteiversammlungen auf die Gefahren der „Aufweichung“ frühzeitig hinwies und daß man in dieser Frage an dem Kollegium keine so ernste Kritik üben braucht.¹⁷⁰

Der Genosse *Beater* faßte seine Meinung ebenfalls in einem kurzen Diskussionsbeitrag zusammen, daß er ebenfalls fü[r] die Aufhebung des Befehls ist und sich dabei auf seine Ausführungen in der vorletzten Kollegiumssitzung¹⁷¹ und seine Ausführungen beim Gen[ossen] W[alter] U[lbricht] beruft.

Auf den Zwischenruf des Gen[ossen] Minister, welche Gründe zu sagen sind für die Zurückziehung des Befehls, antwortete er: Auch wenn es diese Gründe nicht gäbe, der Grund, wie ihn die Ge[nossen] W[alter] U[lbricht] und Honecker und andere Genossen des ZK zu diesem Befehl auffassen [sic!], genügt allein schon, eine Berichtigung herbeizuführen. Das hartnäckige Verbleiben auf diesem Befehl könnte die Genossen des ZK in ihrer Annahme, die Leitung will sich über die Partei stellen, stärken und das ist schon Grund genug, diesen Befehl ungültig zu machen.

Dabei unterstützte er die Ausführungen des Genossen *Walter* zu dieser Sache sowie des Genossen *Mielke* und der anderen Genossen und wies nochmals auf die Wichtigkeit der Ausführungen des Genossen *Wolf* hin, der bemängelte, daß die Kollegiumssitzung nicht genügend Rückschlüsse zur Verbesserung der operativen Arbeit zog.

Er unterstrich auch die Ausführungen des Genossen *Last* im Hinblick auf die Verbindung der Leitungen der Bezirksverwaltungen zu den Stellvertretern.

Er stellte dem Minister konkret die Frage, ob dieser Befehl wirklich notwendig war, um die Stellvertreter zur Disziplin zu zwingen, ob es nicht andere Mittel gegeben hätte und ob es wirklich ernste Gründe gibt, die Stellvertreter für einzelne Fälle zu bestrafen und

¹⁷⁰ Diese Äußerung korrigierte Schönherr am 14. Februar 1957 in einem Nachtrag zum Protokoll: Er habe in der Sitzung nicht nur festgestellt, daß die Gefahr der Aufweichung im Kollegium behandelt worden sei, sondern auch, daß die Leitung des Ministeriums jeweils entsprechende operative Maßnahmen eingeleitet habe. Außerdem habe er nicht gesagt, „daß man in dieser Frage an dem Kollegium keine so ernste Kritik üben darf. Soviel ich mich erinnere, hatte ich sinngemäß gesagt, daß die Kritik des Genossen Ulbricht berechtigt ist“. Schönherr an Wollweber betr. Protokoll der Kollegiumssitzung am 7.2.1957; BStU, ZA, SdM 1552, Bl. 42.

¹⁷¹ Die vorletzte Kollegiumssitzung hatte am 25. Januar 1957 stattgefunden; Protokoll siehe BStU, ZA, SdM 1552, Bl. 10–22. Beater bezieht sich jedoch offensichtlich auf die Sitzung vom 29.12.1956. Vgl. Dokumente 2 und 3.

warum das nicht im Einzelnen konkret sofort gesagt wird; es muß zugegeben [werden], daß in der Vergangenheit wohl Verletzungen der Dienstordnung durch die Stellvertreter vorkamen, was aber nicht bewußt geschehen ist und sich in der letzten Zeit jeder bemühte, die Anweisungen und Befehle terminmäßig einzuhalten.

Der Genosse Minister faßte dann das Ergebnis der Diskussion zusammen und erklärte, daß die Frage der Umstellung des Informationsdienstes wohl in Ordnung gebracht werden kann. Aber die Schwächen der operativen Arbeit und die Mängel in der Disziplin in Ordnung zu bringen, da kommen wir mit Überzeugungsarbeit allein nicht mehr aus, sondern jetzt muß auch gefordert und bestraft werden.

Durchgeführte Treffs¹⁷² und die bei den Treffs gewonnenen Berichte geben nicht den notwendigen Nutzeffekt. Alle behaupten nur, sich mit der Durchführung von Treffs zu beschäftigen und vergessen dabei zu errechnen, wieviel dadurch herauskommt.

Gegebene Befehle müssen streng eingehalten werden, um die Unordnung schnell loszuwerden.

Man darf auch nicht annehmen, daß die Staatssicherheit in der Lage ist, ihre Tätigkeit immer und in jedem Punkt zur Zufriedenheit aller durchführen kann [sic!].

Die Frage der Meldungen an das ZK muß streng gestellt sein, gemeldet muß werden und Informationen müssen gegeben werden.

Hierzu ist es notwendig, von einer besseren und gründlicheren Einschätzung auszugehen und tatsächlich von den primitiv gegebenen Informationen abzukommen.

Wir dürfen uns über den Ernst der Ausführungen des Genossen W[alter] U[lbricht] nicht im Unklaren sein und die nächsten Kollegiumssitzungen müssen sich schon damit befassen, Methoden festzulegen, mit denen wir den Mitarbeitern das notwendige Wissen und die Qualifizierung über das *Wie* der Aufdeckung von Feindtätigkeit beibringen.

Der Genosse Minister erklärte sich einverstanden, der Zurückziehung des Befehls näherzutreten, wenn die Kollegiumsmitglieder die Gründe hierfür schriftlich formulieren und sie ihm am nächsten Tag vorlegen (8.2.57).

Zur Ausarbeitung dieser Beschlußvorlage zur Aufhebung des Befehls mit dem Zweck, diesen Beschluß dann dem Gen[ossen] W[alter] U[lbricht] schriftlich zu übergeben, ist beauftragt der

Genosse *Mielke* und der
Genosse *Walter*.

¹⁷² Konspirative Zusammenkunft eines hauptamtlichen mit einem inoffiziellen Mitarbeiter.

(Wolf)

(Beater)¹⁷³

¹⁷³ Handschriftlich unterzeichnet.

Dokument 6

8. Februar 1957

Sitzung des Kollegiums des Ministeriums für Staatssicherheit¹⁷⁴

Dem Kollegium lag ein von den Genossen Generalleutnant *Mielke* und Generalmajor *Walter* ausgearbeiteter Entwurf¹⁷⁵ vor.

Genosse Minister *Wollweber* erklärte sich mit den Formulierungen: „Der Inhalt des Befehls ist falsch, er widerspricht den Prinzipien über das Verhältnis der Organe der Staatssicherheit zur Partei. Der Befehl mit seinem jetzigen Inhalt bedeutet eine Hinderung in der richtigen Durchführung der Arbeit der Staatssicherheit“ nicht einverstanden. Er schlug vor, als Begründung für die Aufhebung des Befehls die Tatsache anzugeben, daß er der Sicherheitskommission nicht zur Bestätigung vorgelegt worden sei. Für die Feststellung, daß der Befehl falsch ist, müsse eine andere Begründung gefunden werden.

Die Genossen Generalleutnant *Mielke* und Generalmajor *Walter* begründeten diese Formulierungen ausgehend von der Aussprache mit dem 1. Sekretär des ZK der Partei, Genossen *Walter Ulbricht*.

Genosse Oberst *Beater* erklärte, daß der Befehl überhaupt nicht notwendig gewesen sei, da die Beziehungen zwischen dem Minister und seinen Stellvertretern nicht durch Befehl geregelt werden müssen.¹⁷⁶

Genosse Minister *Wollweber* ging daraufhin noch einmal auf die Notwendigkeit einer Verantwortung der Stellvertreter gegenüber dem Minister ein. Er schlug die Formulierung vor: „Der Befehl ist falsch, weil er nicht der Sicherheitskommission des Politbüros vorgelegt wurde.“

Genosse Generalmajor *Wolf* hielt diese Formulierung nicht für richtig, da sie nicht ausreichend und durch den Wortlaut des Befehls faktisch die Rechte des 1. Sekretärs des ZK und des Vorsitzenden des Ministerrats reglementiert werden.

Genosse Generalleutnant *Mielke* begründete die Formulierung über die Hinderung in der richtigen Durchführung der Arbeit, da sich aus dem Befehl eine Erschwerung der Zusammenarbeit zwischen dem MfS und dem Apparat des ZK ergeben hätte.

¹⁷⁴ Tagesordnung: Beschlußfassung über die in der Kollegiumssitzung am 7.2.1957 beratene Aufhebung des Befehls 11/57; Teilnehmer: Ernst Wollweber, Erich Mielke, Otto Last, Otto Walter, Markus Wolf, Bruno Beater, Alfred Schönherr; entschuldigt: Martin Weikert; Beginn: 11.00 Uhr, Ende: nicht bekannt; mit den Vermerken „Persönlich! Streng geheim!“ und „5/57“; BStU, ZA, SdM 1900, Bl. 295–297.

¹⁷⁵ Auszug aus dem Protokoll der Kollegiumssitzung vom 7. Februar 1957; BStU, ZA, SdM 1900, Bl. 310. Die wesentlichen Formulierungen werden im Text des Dokuments 3 wiedergegeben.

¹⁷⁶ Handschriftliches Fragezeichen am Rand des Absatzes.

Genosse Minister *Wollweber* stellte fest, daß das Kollegium den vorliegenden Entwurf annehmen könne, daß er sich dann aber diesem Beschluß nicht anschließen werde. Er schlug vor, die umstrittenen Sätze zu streichen und dafür hinzuzufügen, daß die Hinweise von den Mitgliedern des Kollegiums bei Beratung des Befehls ungenügend beachtet wurden.

Damit erklärten sich die anderen Mitglieder des Kollegiums einverstanden. Genosse Generalmajor *Wolf* schlug vor, hinzuzufügen, daß der Befehl vor Inkraftsetzung der Sicherheitskommission hätte vorgelegt werden müssen.

Beschluß:

Das Kollegium des Ministeriums für Staatssicherheit beschließt:

Der Befehl Nr. 11/57 vom 14.1.1957, G[eheime]V[erschluß]S[achen]-Nr.: 67/57, wird für ungültig erklärt.

Das Kollegium stellt nach der vom 1. Sekretär des ZK, Genossen *Ulbricht*, geübten Kritik fest, daß der Befehl in seiner Auswirkung nicht voll erkannt wurde. Die Hinweise der Mitglieder des Kollegiums bei Beratung des Befehls wurden ungenügend beachtet. Der Befehl hätte vor Inkraftsetzung dem 1. Sekretär des ZK respektive der Sicherheitskommission vorgelegt werden müssen.

Dieser Beschluß wurde einstimmig gebilligt. Dem Minister wurde nahegelegt, den 1. Sekretär des ZK unverzüglich über den Beschluß zu informieren.

Wolf¹⁷⁷

Generalmajor

¹⁷⁷ Handschriftlich unterzeichnet.

Dokument 7

9. Februar 1957

Beschluß des Politbüros¹⁷⁸

1. Das Politbüro nimmt die Stellungnahme des Kollegiums des Ministeriums für Staatssicherheit zur Kenntnis, daß der Befehl Nr. 11/57 vom 14.1.1957 für ungültig erklärt wurde.
2. Als Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit neben Gen[osse] Mielke wird Genosse Otto *Walter* bestätigt.¹⁷⁹
3. Es wird festgelegt, daß für die Anleitung und Kontrolle des Ministeriums für Staatssicherheit die Sicherheitskommission verantwortlich ist. Die Sicherheitskommission führt ihre Beschlüsse durch mit Hilfe der Parteigenossen Minister Wollweber, seiner beiden Stellvertreter und der Mitglieder des Kollegiums des Ministeriums sowie mit Hilfe des Sekretärs der Sicherheitskommission, der Abteilung Sicherheitsfragen beim Zentralkomitee und der 1. Sekretäre der Bezirksleitungen der SED. Die besonderen staatlichen Bestimmungen für den Minister bleiben davon unberührt.

Der Minister für Staatssicherheit, Genosse Ernst Wollweber, und seine Stellvertreter, die Genossen Erich Mielke und Otto Walter, werden darauf aufmerksam gemacht, daß wichtige Vorgänge dem Sekretär der Sicherheitskommission, Genossen Erich Honecker, übermittelt werden sollen, der sie dem Vorsitzenden der Sicherheitskommission, Genossen Walter Ulbricht, unterbreitet.

¹⁷⁸ Mit handschriftlichem Vermerk „Anlage Nr. 1 zum Prot[okoll] Nr. 7 v[om] 9.2.1957“; SAPMO-BA, ZPA, J IV 2/2/527, Bl. 7 f. Den hier wiedergegebenen Beschluß faßte das Politbüro unter Punkt 1 der Tagesordnung „Verbesserung der Arbeit der Leitung des Ministeriums für Staatssicherheit“ in seiner Sitzung am 9.2.1957. Teilnehmer der Sitzung waren: Walter Ulbricht, Otto Grotewohl, Hermann Matern, Fred Oelßner, Friedrich Ebert, Heinrich Rau, Willi Stoph und Karl Schirdewan als Mitglieder, Erich Mückenberger, Herbert Warnke, Erich Honecker, Bruno Leuschner und Alfred Neumann als Kandidaten des Politbüros. Wilhelm Pieck fehlte. Ernst Wollweber, Erich Mielke und Otto Walter wurden zum Tagesordnungspunkt 1 hinzugezogen; ebenda, Bl. 1.

¹⁷⁹ Die Stellvertreter des Ministers besaßen Leitungsbefugnisse nur im Bereich ihrer Linien. Dienstordnung, S. 5 und 12 f. (siehe Anm. 58). Eine Sonderstellung hatte der „erste Stellvertreter“ Erich Mielke inne. Er war zuständig „für die zusammenfassende Planung und Koordinierung der Maßnahmen für konzentrierte Schläge und zentrale Einsätze“. Befehl 207/55 des Ministers vom 15.7.1955, S. 1; BStU, ZA, DSt 100123. Darüber hinaus vertrat er den Minister in der Regel während dessen Abwesenheit, war also für das gesamte Ministerium mitverantwortlich. Mit dem oben wiedergegebenen Beschluß des Politbüros rückte Walter ebenfalls von der Position des linienverantwortlichen in die des gesamtverantwortlichen Stellvertreters auf. Dies zeigt die Formulierung „neben Genosse Mielke“, die ähnlich wie die Formulierung Wollwebers in Wolletz (Dokument 8) nicht eine Gleichberechtigung Mielkes und Walters ausdrücken soll, sondern eine Gleichartigkeit ihrer Aufgaben als Stellvertreter. Walter wurde vielmehr 2. Stellvertreter des Ministers im Range nach Mielke (Dokument 9).

Die Sitzungen der Sicherheitskommission finden regelmäßig monatlich statt. In jeder Sitzung der Sicherheitskommission berichtet der Minister Genosse Wollweber in Anwesenheit beider Stellvertreter über wichtige Fragen, die auf dem Gebiet der Staatssicherheit vorliegen.

Dem Minister und dem Kollegium wird vorgeschlagen, daß Genosse Otto Walter als Stellvertreter des Ministers zunächst überprüft, welche Maßnahmen getroffen werden müssen, damit die zuständigen Abteilungen des Ministeriums sich weniger mit der Vorbereitung von Berichten und mehr mit der operativen Arbeit zur Aufdeckung der feindlichen Stützpunkte beschäftigen. Er soll prüfen, was in der Arbeitsweise der Mitarbeiter der betreffenden Abteilungen des Ministeriums geändert werden müßte. Es wird empfohlen, daß Genosse Otto Walter im Verlaufe von vier Wochen in den Bezirken Magdeburg und Potsdam die Arbeit der Organe der Staatssicherheit überprüft und dem Minister und dem Kollegium Vorschläge unterbreitet für die Verbesserung der Arbeitsweise der Dienststellen in den Bezirken und Kreisen, die Ausbildung der Kader und die Beseitigung der überflüssigen Papierwirtschaft.

Genosse Minister Wollweber wird beauftragt, bis Mitte März der Sicherheitskommission die Vorschläge des Kollegiums zur Verbesserung der Arbeit zu unterbreiten. Nach der Beschlußfassung der Sicherheitskommission wird die Konferenz der Mitarbeiter der Staatssicherheit in der DDR einberufen.

Dokument 8

10. Februar 1957

Gespräch des Ministers für Staatssicherheit Ernst Wollweber mit seinen Stellvertretern Bruno Beater und Martin Weikert, nach einem Bericht Beaters vom 15. Februar 1957¹⁸⁰

Da ich in der letzten Zeit schon öfter, aber am ... besonders bemerkte, daß der Gen[osse] Wollweber sich mit eigenartigen Auffassungen gegenüber dem ZK unserer Partei, besonders aber zum Gen[ossen] Walter Ulbricht befaßt, sehe ich mich veranlaßt, über die wichtigsten Bemerkungen, die der Gen[osse] Wollweber am 10.2.57 machte und charakteristisch für seine ganze Einstellung ist [sic!], der Partei zu berichten.

Das Gespräch fand im Eßsaal in Wolletz etwa in der Zeit von 20.00 bis 21.00 Uhr statt. Der Anlaß war, daß der Gen[osse] Wollw[eber] dem Gen[ossen] Weikert die am Vortage durchgeführte Politbüro-Sitzung und dabei gefaßten [sic!] Beschlüsse über neue Aufgaben den [sic!] Gen[ossen] Walter usw. mitteilte.

Dabei sagte der Gen[osse] Weikert, daß er, wie schon bei der letzten Koll[egiums]Sitzung,¹⁸¹ daß er den Befehl für richtig und zweckmäßig hielt, wo ich mich gegen aussprach und es nun zu einer Diskussion kam, im Verlaufe dessen [sic!] der Gen[osse] Wollweber erklärte:

*„Der Verlauf der Politbürositzung zeigt wieder, daß die Pol[itbüro]Mitglieder gar nicht oder nur halb und nicht richtig informiert worden sind. Ich habe doch bemerkt, wie sie sich untereinander anschauten und nichts wußten.“*¹⁸²

Sie werden sich jetzt fragen, was ist denn bei der Staatssicherheit los? Wollweber und Mielke sind gegeneinander geraten, sie werden jetzt die Wahrheit erfahren wollen. Mich kennen sie, man weiß, daß ich ein sachlich veranlagter Mensch bin, bei Mielke wissen sie, daß er zumindest überheblich ist.

Jetzt wird es zu einer Aussprache kommen u[nd] damit zu einer Verschärfung der Verhältnisse. Denn ich werde doch nicht schweigen, ich werde jetzt die Ursachen, die zur Herausgabe des Befehls führten, sagen und dazu etwas mehr. Jetzt sollen die

¹⁸⁰ Handschriftliches Dokument; SAPMO-BA, ZPA, J IV 2/202/4/1, unpaginiert. Dieselbe Signatur enthält auch eine auf den 13.3.1957 datierte maschinenschriftliche Abschrift, die wohl im Apparat des Zentralkomitees gefertigt wurde.

¹⁸¹ Weikert bezieht sich auf seine Aussage in der Kollegiumssitzung am 29.12.1956 (Dokument 2). An den Sitzungen vom 7. und 8. Februar hatte er nicht teilgenommen (Dokumente 5 und 6).

¹⁸² Alle Hervorhebungen in diesem Dokument vom Empfänger des Berichts, wahrscheinlich Walter Ulbricht.

Pol[it]Büromitglieder alles wissen. Ich wollte keine Verschärfung, aber jetzt kommt sie, denn soll doch keiner glauben, daß ich das auf mir sitzen lassen kann.

Ich mache mir gar nichts vor, wir sind jetzt genau da, wo wir am 17. Juni¹⁸³ [19]53 waren, nur bin ich nicht Zaisser¹⁸⁴, der war so dämlich und hat sich mit Karrieristen¹⁸⁵ in der Partei eingelassen, ich aber nicht.

Das ist doch ein starkes Stück, ich sollte mich über die Partei stellen. Das kann man aus dem Befehl doch nicht machen, auch wenn man das so will.

Es ist ja bekannt, daß ich mit Walter Ulbricht schon 30 Jahre lang¹⁸⁶ in der Partei immer wieder Zusammenstö[ße] hatte, aber das war etwas ganz anderes, da haben wir uns die Meinung gesagt, u[nd] dann ging es weiter, aber heute u[nd] in der Stellung geht das nicht mehr.

Mir jetzt vorzuwerfen, daß ich mich über die Partei stellen wollte, ist nicht eine leichte Sache, das ist schon eine ganz anständige Beschuldigung, die muß erst wieder von mir wegnehmen [sic!], sonst kann ich als Minister für Staatssicherheit keinen Tag mehr bleiben.

Der Befehl sollte nur einen Zustand beenden, der für mich untragbar ist. Ich stecke die Prügel ein und andere die Erfolge. Ich darf nur immer das Negative berichten und andere die guten Seiten unserer Arbeit. So war es doch u[nd] so wird es jetzt, nachdem ich den Befehl nicht durchbekommen habe, weiter sein, aber damit mache ich nicht mit.

Bei der Aussprache mit dem Gen[ossen] Walter Ulbricht war doch kein einziges Koll[egiums]Mitglied für mich, aber sie haben sich auch nicht überlegt, was die Auswirkungen sein werden. Jetzt geht es schon los. Walter Otto¹⁸⁷ wird jetzt genau wie Erich Mielke gleichberechtigter u[nd] verantwortl[icher] Stellvertreter sein, und was dann nachkommt, weiß man noch nicht.

¹⁸³ Im Text: „Julei“.

¹⁸⁴ Im Text: „Zeiser“. Wilhelm Zaisser (1893–1958), 1950–1953 Minister für Staatssicherheit, 1950–1953 Mitglied des Politbüros der SED, im Juli 1953 Absetzung als Minister und zusammen mit Rudolf Herrnstadt Ausschluß aus dem Zentralkomitee wegen „partei-feindlicher fraktioneller Tätigkeit“, im Januar 1954 Parteiausschluß.

¹⁸⁵ Im Text: „Kaherristen“. Die im Zentralkomitee am 13.3.1957 gefertigte Abschrift deutet diese Textstelle ebenfalls als „Karrieristen“, allerdings mit Fragezeichen. Vgl. S. 2 der Abschrift; SAPMO-BA, ZPA, J IV 2/204/4/1.

¹⁸⁶ Wollweber und Ulbricht hatten schon in den zwanziger Jahren in der KPD zusammengearbeitet. Vgl. Wollweber: Erinnerungen, S. 352–353.

¹⁸⁷ Gemeint ist hier der Stellvertreter des Ministers Otto Walter, nicht zu verwechseln mit Walter Otto, damals Abteilungsleiter der HA II und ab November 1957 bis 1962 Leiter der Kontrollinspektion .

Man hat mir vorgeworfen, daß ich das Verhältnis mit meinen¹⁸⁸ Stellvertr[etern] nicht mit diesem Befehl, sondern mit Bestrafung hätte regeln können.

Aber das soll mir doch erst einmal jemand vormachen. Bestrafen und dann doch ruhig Kollegiumssitzungen durchführen.“

Als ich einwarf, aber Ernst¹⁸⁹, Du verrennst dich doch, Du bist doch Minister der Staatssicherheit und da ist Dir doch von der Regierung und vor allem von der Partei ein fester und schwieriger Auftrag gegeben, da kannst Du doch nur im ständigen Kontakt und mit ständigen konkreten Absprachen der Genossen der Partei auskommen. Nicht aber, wie Du es vorhast, Dinge zu verändern, die Dir nicht gefallen, aber von den Gen[ossen] des ZK anders und richtiger gesehen werden. Du befaßt Dich damit, Dinge in der Partei zu verändern, für die Du gar nicht zuständig bist. Die Kritik, die Walter Ulbricht an uns geübt hat, stimmt doch von vorne bis hinten. Wenn Du dich nicht bemühst, mit dem W[alter] Ulbricht u[nd] Gen[ossen] Honecker ein gutes Verhältnis herzustellen, kann das doch nicht gut ausgehen. Die Genossen müssen sich doch auf die Leitung der Staatssicherheit verlassen können. Da darf es doch keine ständigen Unstimmigkeiten geben. Die braucht es ja auch gar nicht geben, aber dazu müssen wir uns bemühen.

Darauf hat Gen[osse] Wollweber etwa so geantwortet:

„Das ist es ja gerade, gegen das ich mich wehre. Auch als im Kolleg[ium] gesagt wurde, die Parteiführung, was ist denn das [für] eine Parteiführung, wenn immer nur ein Mann bestimmt. Deshalb sage ich ja, daß das Polit[ische] Büro gar nicht informiert war. Wir haben doch die Erfahrungen. Der XX. Parteitag¹⁹⁰ usw. Wir müssen doch endlich davon abkommen, daß einer befiehlt, ohne daß die gesamte Leitung davon weiß.¹⁹¹

So war das doch auch mit den Festnahmen in der Vergangenheit, nachher will keiner verantwortlich sein.“

Ich sagte dann: „Aber Ernst, wenn Du so weiter denkst, gerätst Du doch in einer ganz schiefen [sic!] Lage, das kann doch nicht gut ausgehen.

Da bringst Du doch auch die Freunde¹⁹² in Schwierigkeiten.“

¹⁸⁸ Im Text nicht eindeutig: „meinen Stellvertr[etern]“ oder „meinem Stellvertr[eter]“.

¹⁸⁹ Handschriftlicher Pfeil bis zur nächsten Hervorhebung.

¹⁹⁰ Anspielung auf sog. Geheimrede Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU am 25.2.1956 „Über den Personenkult und seine Folgen“. Dokumentiert bei Gabert/Prieß (Hrsg.): SED und Stalinismus, S. 8–68.

¹⁹¹ Ausrufezeichen am Rand der letzten drei Sätze.

¹⁹² Freunde: Mit diesem Begriff werden die Sowjetunion als ganzes sowie sowjetische Stellen oder Ansprechpartner bezeichnet. Hier sind speziell die sowjetischen Berater im MfS gemeint.

Darauf sagt der G[enosse] Wollweber etwa:

„Ja, werden die Freunde auch Schwierigkeiten haben, aber ich kann es nicht ändern.“

Wir haben hier einen festen immer bestehenden Komplex in der DDR u[nd] das ist der 17. Juni [19]53. Der ist nicht wegzudenken.

Ich habe mir das Ziel gestellt, zu beweisen, daß die Tragödie in allen sozialistischen Ländern mit ihrer Staatssicherheit keine Gesetzmäßigkeit ist, sondern diese Übergriffe, die da waren, sind zu ersparen. Dafür aber bedarf es einer Ordnung, die erst noch zu schaffen sind [sic!] und nur zum Teil erst von mir durchgeführt und jetzt in der Sicherheitsabt[eilung] vor allem der Sicherheitskommission festgelegt werden müssen [sic!].”

Bruno Beater

den 15.2.1957

Dokument 9

12. Februar 1957

Sitzung des Kollegiums des Ministeriums für Staatssicherheit (Auszug)¹⁹³

Genosse Minister weist bei Eröffnung der Sitzung darauf hin, daß zu den Protokollen der letzten Sitzungen noch Bemerkungen gemacht werden sollen, sofern keine Übereinstimmung besteht und stellt auf Anfrage fest, daß zu dem Beschluß des Kollegiums vom 8.2.1957 keine Bemerkungen mehr gemacht werden.

Daraufhin verliest der *Genosse Minister* den Beschluß des Politbüros und macht anschließend folgende Bemerkungen:

1. Trotz Festlegung eines 1. und 2. Stellvertreters (Gen[osse] Mielke und Gen[osse] Walter) hängt eine evtl. Änderung des Status¹⁹⁴ der Stellvertreter von einer späteren Prüfung ab. Vorläufig gibt es keine Änderung.
2. Ist eine Neuverteilung des Geschäftsbereichs des Gen[ossen] Walter auf Grund der besonderen Aufgaben notwendig.

Genosse Minister schlägt vor, zuerst über den Beschluß des Politbüros zu diskutieren und dann erst über Fragen, die sich daraus ergeben.

In der folgenden Diskussion erklären alle Mitglieder des Kollegiums ihr Einverständnis mit dem Beschluß des Politbüros und begrüßen die Hilfe der Parteiführung für die Weiterentwicklung der Arbeit der Staatssicherheit.

Genosse Mielke stellt zunächst fest, daß das Kollegium einmütig beschloß, den Befehl 11/57 zurückzuziehen. Er ist überzeugt, daß künftig die Vorberatung wichtiger Fragen in der Spitze (Gen[ossen] Minister, Mielke, Walter) fehlerhafte Entscheidungen verhindern werden [sic!]. Die regelmäßigen Aussprachen mit der Sicherheitskommission und die Festlegung der politischen Linie für das MfS sowie die Behandlung wichtiger operativer

¹⁹³ Tagesordnung: Beschluß des Politbüros vom 9.2.1957; Teilnehmer: Ernst Wollweber, Erich Mielke, Otto Walter, Otto Last, Markus Wolf, Bruno Beater, Alfred Schönherr, als Vertreter des Politbüros Erich Honecker, die sowjetischen Berater Wassilij Iljitsch Bulda und Chatschik Oganessian (im Text: „Ogarnesjan“) mit Dolmetscher; entschuldigt: Martin Weikert; Beginn: 10.00 Uhr, Ende: 12.00 Uhr; mit den Vermerken „Persönlich! Streng geheim!“ und „6/57“; BStU, ZA, SdM 1552, Bl. 44–51, hier 44–50. Parallele Überlieferung: BStU, ZA, SdM 1900, Bl. 286–293. Der hier nicht wiedergegebene Schluß des Protokolls behandelt zunächst die Verteilung der bisherigen Aufgaben Otto Walters auf die anderen Stellvertreter und den Minister. Außerdem werden abschließend kurz besprochen: die Aufgaben des MfS am 1.3.1957 (Tag der Nationalen Volksarmee), die Geburtstagsfeierlichkeiten für Gustav Szinda (1897–1988), Leiter der Abteilung VII (Zusammenarbeit mit und Abwehr in den Dienststellen des Ministeriums des Innern), sowie die Verabschiedung Josef Gutsches (1895–1964), Leiter der Kontrollinspektion.

¹⁹⁴ Im Text: „Statuts“, letztes t durchgestrichen.

Fragen wird durch die Anwesenheit der Gen[ossen] Ulbricht, Stoph¹⁹⁵, Matern¹⁹⁶ u. a. wichtige Hinweise für die Leitung des MfS ergeben. Das Kollegium kann dann kollektiv beraten und einheitlich klare Massnahmen treffen.

Zum Auftrag des Genossen Walter sagt er, daß das Politbüro die Überprüfung der B[ezirks]V[erwaltungen] Magdeburg und Potsdam als wichtige politische Punkte auswählte, um daraus die Schwerpunkte unserer Aufgaben zu erkennen und nach eingehender Analyse der Leitung des MfS reale Hilfe geben zu können. Er hält die Auftragserteilung an Gen[ossen] Walter für richtig, da dieser unvoreingenommen an die Überprüfung der genannten B[ezirks]V[erwaltungen] herangehen könnte.

Gen[osse] Walter bemerkt, daß er an der Sitzung des Politbüros teilnahm und von den Genossen des Politbüros die Kritik des Genossen W[alter] Ulbricht an der Leitung des MfS und an Genossen Wollweber einmütig gebilligt wurde. Er schließt sich den Ausführungen des Genossen Mielke im allgemeinen an und stellt fest, daß eine Reihe ernsthafter Fehler in der Leitung des MfS beseitigt werden müssen. Es kommt jetzt darauf an, schnellstens mit der Überprüfung der vom Politbüro ausgewählten Bezirksverwaltungen zu beginnen, um das Politbüro informieren zu können. Die Überprüfung müsse zu richtigen Schlußfolgerungen zur Bekämpfung des Gegners und zur systematischen Beseitigung der konterrevolutionären Stützpunkte führen.

Genosse Wolf ist der Ansicht, daß die Hauptfragen, wie sie im Beschluß des Politbüros angesprochen werden, vom Kollegium schon erkannt und auch diskutiert wurden. Es wurde schon öfter festgestellt, daß die Mitarbeiter sich verzetteln, auf die informatorische Arbeit ausweichen und sich nicht auf die Aufdeckung feindlicher Agenturen konzentrieren. Es ist notwendig, daß der Auswertung der Ergebnisse der operativen Arbeit mehr Aufmerksamkeit gewidmet und keine formale Zusammenstellung von Nachrichten betrieben wird. Eine Reihe von Methoden der operativen Arbeit muß überprüft werden. Er begrüßt, daß die Sicherheitskommission sich künftig mehr mit unserer Arbeit befassen und daher eine bessere Anleitung erfolgen wird.

Besonders erwartet er für sein[en] Arbeitsbereich eine größere Hilfe und wünscht, daß er öfter zu Aussprachen herangezogen wird.

Genosse Beater begrüßt den Beschluß des Politbüros. Er hält für notwendig, daß dem Genossen [sic!] Walter für seine Aufgabe zur Überprüfung der B[ezirks]V[erwaltungen]

¹⁹⁵ Willi Stoph (geb. 1914), 1956–1960 Minister für Nationale Verteidigung, 1953–1989 Mitglied des Politbüros der SED, 1954–1960 Mitglied der Sicherheitskommission der SED.

¹⁹⁶ Hermann Matern (1893–1971), 1950–1971 Vizepräsident bzw. 1. Stellvertreter des Präsidenten der Volkskammer, 1946–1971 Mitglied des Zentralsekretariats bzw. Politbüros der SED, 1949–1971 Vorsitzender der Zentralen Parteikontrollkommission der SED, 1954–1960 Mitglied der Sicherheitskommission der SED.

von allen Genossen die beste Unterstützung und Hilfe durch entsprechende Hinweise und Freistellung von geeigneten Mitarbeitern bekommt. Er stellt fest, daß es notwendig ist, künftig besser mit den entsprechenden Instanzen der Partei zusammenzuarbeiten.

Genosse Last stellt zunächst fest, daß das Kollegium nach der Besprechung mit Genossen W[alter] Ulbricht kritisch zu den aufgeworfenen Fragen Stellung nahm. In seinem Arbeitsbereich habe er sofort Überprüfungen durchgeführt und entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Im übrigen schließt er sich den Ausführungen des Genossen Beater an und hält ebenfalls Hilfe und Unterstützung für Genossen Walter für notwendig.

Genosse Schönherr hält ebenfalls den Beschluß des Politbüros für gut und richtig und begrüßt die Absicht regelmäßiger Tagungen der Sicherheitskommission und der Hilfe, die daraus für die Arbeit der Staatssicherheit zu erwarten ist.

Genosse Honecker stellt fest, daß alle Mitglieder des Kollegiums den Beschluß des Politbüros und seine Bedeutung verstanden haben und bemerkt, daß dieser Beschluß auf der Aussprache des Genossen W[alter] Ulbricht mit den Mitgliedern des Kollegiums beruht. Der Kern des Beschlusses – der eine Auswertung des 30. Plenums des ZK¹⁹⁷ für die Organe der Staatssicherheit darstelle – enthalte die Aufgabe für das Kollegium, eine radikale Änderung der Arbeitsmethoden des MfS und seiner Organe herbeizuführen. Die 1. Sekretäre der B[ezirks]L[eitungen] der Partei werden von diesem Beschluß informiert und erhalten vom Politbüro den Auftrag, mit den Chefs der B[ezirks]V[erwaltungen] der Staatssicherheit engsten Kontakt zu halten und deren Aufmerksamkeit besonders auf die Aufdeckung konterrevolutionärer Stützpunkte zu richten. Er verweist auf die Notwendigkeit, die Maßnahmen zur Überprüfung der genannten B[ezirks]V[erwaltungen] unter Leitung des Genossen Walter schnellstens durchzuführen.

Zu Punkt 2 des Beschlusses unterstreicht er, daß vorläufig keine Veränderung bezüglich der Stellvertreter des Ministers geplant ist. Der Sinn der Nominierung eines 2. Stellvertreters liege darin, daß zwischen den Tagungen des Kollegiums das Gremium der 3 leitenden Genossen über wichtige Fragen sofort entscheiden könne. Das schwäche jedoch die Verantwortung des Kollegiums nicht ab.

Genosse Mielke spricht nochmals zur Bekämpfung der feindlichen Organisationen in Westdeutschland und Westberlin, wobei er aber unterstreicht, daß es bisher noch nicht gelang, in ausreichendem Maße in die feindlichen Zentren einzudringen. Er erklärt, daß wir jedoch selbstkritisch an die Aufgabe herangehen, die Kritik der Partei verstehen und für die Hilfe dankbar sind.

¹⁹⁷ 30. Plenum des Zentralkomitees der SED: 30.1.–1.2.1957.

Genosse Honecker betont, daß der Beschluß nicht falsch verstanden werden soll und etwa der Kampf gegen [die] Organisation Gehlen u. a. abgeschwächt wird. Die Aufgaben müssen unter dem Gesichtspunkt der Nato-Pläne und der Taktik der Aufweichung gesehen werden. Dabei verweist er nochmals auf das 30. Plenum des ZK und den Hinweis des Politbüros, daß vor allem die Arbeit mit den Informatoren zu verbessern ist, in erster Linie aber die Aufdeckung feindlicher Gruppen – besonders in Mitteldeutschland – forciert werden muß.

Genosse Minister faßt zusammen und stellt zunächst zwei Hauptaufgaben heraus:

1. Die schwierigste Aufgabe ist, richtige Maßnahmen zur Aufdeckung feindlicher Stützpunkte ausfindig zu machen. Hauptsache dabei ist jedoch, die Mitarbeiter zu richtiger operativer Arbeit zu bringen. Diese Frage wurde oft besprochen, aber keine Fortschritte erzielt. Im Gegenteil, gemessen an der Taktik des Gegners, sind unsere Maßnahmen zurückgeblieben. Die Mitarbeiter weichen aus und finden keinen Anfang in der Verfolgung von Spuren feindlicher Tätigkeit. Es ist notwendig, die Erfahrung von Genossen, die an der Basis arbeiten und gute Erfolge haben, weiter zu vermitteln. Die operativen Erfahrungen müssen nach unten getragen werden, indem die leitenden Genossen mehr als bisher an der Basis arbeiten und dort die Bearbeitung von Vorgängen konkret anleiten. Mit der Überprüfung alten Stils ist Schluß zu machen. Die Mitarbeiter entwickeln bereits angefangene Vorgänge nicht weiter, sondern konzentrieren sich nur auf Berichterstattung.

Genosse Walter soll Plan ausarbeiten und mit Überprüfung der genannten B[ezirks]V[erwaltungen] schnellstens beginnen.

2. Vorschlag: B[ezirks]V[erwaltung] Leipzig (einige Abt[ei]l[un]g[en] u[nd] K[reis]D[ienstellen]) gründlich überprüfen, da Bezirk Leipzig auf Grund seiner politisch-ökonomischen Struktur gewissen Querschnitt für Republik [sic!] gibt. Keine einfache Überprüfung, sondern unter Gesichtspunkt: Mitarbeiter zu wirklich operativer Arbeit zu bringen, konkret anzuleiten.

Genosse Last soll nach Halle gehen, um Maßnahmen ausfindig zu machen bzw. anzuleiten zur Aufdeckung konzerngebundener Kräfte, die evtl. konterrevolutionäre Stützpunkte sind und den Betriebsleitungen Schwierigkeiten machen.

Alle leitenden Genossen – H[aupt]A[bteilungs]-Leiter usw. – sollen raus in B[ezirks]V[erwaltungen] und K[reis]D[ienstellen] gehen, um unmittelbar an operativen Vorgängen mitzuarbeiten bzw. deren konkrete Bearbeitung anzuleiten.

Genosse Minister macht dann Ausführungen über die Erhöhung der Verantwortlichkeit der leitenden Mitarbeiter, insbesondere der Abteilungs- und Referatsleiter und

der Leiter von Kreisdienststellen. Wobei er darauf hinweist, daß diese Genossen lernen müssen, richtige Maßnahmen zu treffen und ihre Mitarbeiter richtig anzuleiten. Evtl. machen sich einige Veränderungen nötig.

Genosse Schönherr bezieht sich auf die Anwesenheit des Genossen Honecker und schlägt vor, auch die Qualifizierung der Parteiarbeit in den B[ezirks]V[erwaltungen] und K[reis]D[ienststellen] zu beachten. Die kürzlich stattgefundene Beratung mit den 1. Sekretären der Parteiorganisation in den B[ezirks]V[erwaltungen] im Hause des MfS hat ergeben, daß die Parteiarbeit besonders in den K[reis]D[ienststellen] stark vernachlässigt wird. Die Hilfe seitens der 1. Sekretäre der jeweiligen Kreisleitungen¹⁹⁸ ist mangelhaft und nicht mit der Aufgabenstellung des MfS verbunden. Genosse Schönherr schlägt vor, einen zentralen Parteiorganisator¹⁹⁹ des MfS für die Instruktion der Parteiorganisation in den B[ezirks]V[erwaltungen] und K[reis]D[ienststellen] einzusetzen.

Genosse Minister verweist darauf, daß die Kreisleitung der Partei²⁰⁰ auf neue Aufgaben hinweisen und die Parteiorganisation zur Lösung der von der Parteiführung gestellten Aufgaben mobilisieren soll.

Genosse Mielke regt an, das Problem der künftigen Beratung mit zu regeln.

Genosse Minister antwortet, daß die Freunde Kritik von Genossen W[alter] Ulbricht und Politbüro für richtig halten und man einiges verändern muß. Früher waren zahlreiche Berater²⁰¹ die treibende Kraft bei der Lösung der Aufgaben, heute ist [der] Stab der Berater kleiner geworden. Deshalb müssen [die] Aufgaben jetzt selbständiger erfüllt werden.

Freunde raten: Lösung der organisatorischen Aufgaben im MfS, d. h. genaue Festlegung der Verantwortung, richtige Anleitung und Kontrolle, straffe Leitung, richtige Arbeitsverteilung, Erhöhung der Disziplin usw. Diese Prinzipien nach unten durchsetzen.

Genosse Mielke teilt mit, daß Freunde vorschlagen:

1. wertvolle und wichtige Vorgänge aus den B[ezirks]V[erwaltungen] zusammenfassen und auf die Möglichkeit ihrer Liquidierung²⁰² prüfen.

¹⁹⁸ Gemeint: Kreisleitungen des territorialen Parteiapparates.

¹⁹⁹ Parteiorganisatoren wurden vom Zentralkomitee in bestimmten Betrieben und Institutionen eingesetzt, um eine engere Verbindung von deren Parteiorganisationen zum Zentralkomitee herzustellen. Sie sollten nach dem Beschluß des Sekretariats des Zentralkomitees vom 24.10.1956 die Funktion des 1. Sekretärs der jeweiligen Betriebsparteiorganisation ausüben, aber gegenüber dem Zentralkomitee zur engen Zusammenarbeit und zur regelmäßigen Berichterstattung verpflichtet sein. Protokoll der Sitzung des Sekretariats am 24.10.1956; SAPMO-BA, ZPA, J IV 2/3/532, Bl. 2–3.

²⁰⁰ Gemeint: die Kreisleitung der SED in der Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit.

²⁰¹ Gemeint: sowjetische Berater.

²⁰² Gemeint: die Festnahme der Beobachteten und die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens.

2. Beratung wichtiger Vorgänge aus den Sachgebieten der einzelnen Linien im Kollegium u[nd] evtl. Festlegung eines Operativplanes. Gemeinsame Analysierung neuer Methoden des Feindes.

Genosse Walter bemerkt zu dieser Frage, daß die Freunde ohne Zweifel eine Reihe guter Vorschläge gemacht haben. Zum Beispiel gemeinsame Beratungen mit den Chefberatern aus den B[ezirks]V[erwaltungen] und der Berater aus dem Hause. Dort könnten neben den Fragen der operativen Arbeit auch Fragen der Verbesserung der Disziplin und der Moral usw. beraten werden.

[...]

Protokollführer:

Schönherr²⁰³

²⁰³ Handschriftlich unterzeichnet.

Dokument 10

10. Juli 1957

Bericht des Politbüros auf dem 32. Plenum des Zentralkomitees (Auszug)²⁰⁴

Das Politbüro hat sich mehrfach in der Berichtsperiode mit der Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit befaßt. Die vom Politbüro eingeleiteten Maßnahmen zur Verbesserung und Änderung der Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit wurden am 26. April 1957 in einer Beratung mit den leitenden Parteiarbeitern²⁰⁵ der Organe des Ministeriums für Staatssicherheit besprochen. In ihr wurden die Ergebnisse der vom Politbüro veranlaßten Überprüfung der Bezirksverwaltungen *Potsdam* und *Magdeburg* ausgewertet.

Die Überprüfung dieser Bezirksverwaltungen deckte ernsthafte Fehler und Mängel auf. Es zeigte sich, daß selbst im Kollegium des Ministeriums die Beschlüsse des Zentralkomitees in den meisten Fällen nur informatorisch, d. h. ohne die konkreten Schlußfolgerungen für die Arbeit der Organe der Staatssicherheit, behandelt wurden. Es war zeitweise eine Unterschätzung der mit der verstärkten Remilitarisierung und Faschisierung Westdeutschlands verbundenen Aktivierung der imperialistischen Geheimdienste und Untergrundorganisationen in der Deutschen Demokratische[n] Republik vorhanden. Dies hatte zur Folge, daß die Tätigkeit konterrevolutionärer Elemente in der Deutschen Demokratischen Republik in der Arbeit der Organe der Staatssicherheit nicht genügend beachtet, die neuen Methoden der politischen Zersetzung und Aufweichung der imperialistischen Agenturen²⁰⁶ nicht rechtzeitig erkannt und bekämpft wurden.

Die vom Genossen Wollweber gegebene einseitige Orientierung: „Das Gesicht dem Westen zu“ führte zu einer groben Vernachlässigung der Bekämpfung feindlicher Agenturen im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik. Der größte Teil der Dienststellen und Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit sah seine Hauptaufgabe darin, irgendwie

²⁰⁴ Stenographisches Protokoll des 32. Plenums des ZK, 10.–12.7.1957, Bericht des Politbüros, vorgetragen von Friedrich Ebert; SAPMO-BA, ZPA, IV 2/1/177, Bl. 13–53, hier 43–46. Undatierte Abschrift des hier veröffentlichten Auszugs siehe BStU, ZA, KL-SED 197, Bl. 183–185. Die hier wiedergegebene Passage fehlt in den Veröffentlichungen der SED. Vgl. Auszug aus dem Bericht des Politbüros, in: Neues Deutschland vom 13.7.1957, S. 3 f., sowie: Berichte, Referate, Diskussionsreden, Thesen und Beschluß. 32. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 10. bis 12. Juli 1957, Berlin 1957. Einzelne Zitate aus dieser Passage bei Karl Wilhelm Fricke: Das Ministerium für Staatssicherheit als Herrschaftsinstrument der SED, in: Klaus Schönhoven und Dietrich Staritz (Hrsg.), Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag, Köln 1993, S. 399–414, hier 407 f., sowie bei v. Flocken/Scholz: Wollweber, S. 194.

²⁰⁵ Es handelte sich bei der Beratung nicht, wie die Formulierung vermuten ließe, um eine Parteiveranstaltung, sondern um die in der Einleitung erwähnte Dienstkonzferenz des MfS. Tonbandaufnahme der Besprechung siehe BStU, ZA, ZAIG, Tonbänder 27–35; die Referate Wollwebers und Mielkes sowie weitere Diskussionsbeiträge; BStU, ZA, ZAIG 5604, Bl. 129–238; das Referat Ulbrichts; SAPMO-BA, ZPA, NL 182/523, sowie in einer Variante beim BStU, ZA, SdM 2366, Bl. 42–55.

²⁰⁶ Agentur: Gruppe von Agenten oder geheimdienstlich gesteuerten Personen.

in Westberlin und Westdeutschland „verankert“ zu sein.²⁰⁷ Das führte nicht nur zu unkontrollierbaren Verbindungen nach Westen, sondern schwächte auch die Verantwortung der Kreis- und Bezirksdienststellen der Organe der Staatssicherheit für die Sicherheit in ihrem Gebiet ab. Es wurden nicht rechtzeitig die notwendigen Schlußfolgerungen zur grundlegenden Änderung der Arbeitsmethoden der Leitung zur Aufdeckung feindlicher Stützpunkte gezogen. Anstelle einer systematischen und intensiven Bekämpfung der feindlichen Stützpunkte, vor allen Dingen der Agenturen der westdeutschen Konzerne und des Ostbüros der SPD²⁰⁸, wurden die Mitarbeiter der Organe der Staatssicherheit zu einem großen Teil mit der Abfassung von Berichten beschäftigt und so von der Sicherung der Staatsmacht der Arbeiter und Bauern abgelenkt. Gewisse Schwankungen und Aufweichtendenzen, wie sie in einigen Organen des Ministeriums in Erscheinung traten, wurden nicht rechtzeitig erkannt und bekämpft.

Als äußerst ernst mußte auch eine solche Tatsache eingeschätzt werden, daß in einer Reihe Großbetriebe, Universitäten und Schwerpunktkreisen die Organe des Ministeriums für Staatssicherheit losgelöst von den Leitungen der entsprechenden Parteiorganisationen ihre Arbeit durchführten. Es zeigte sich, daß die Nichtbeachtung der Beschlüsse der Parteiorganisationen in den einzelnen Betrieben und Institutionen zu einer Schwächung der Schlagkraft, zu einer bestimmten Loslösung einer Reihe Mitarbeiter der Organe der Staatssicherheit von dem Leben unserer Partei und dem Kampf der Werktätigen führte. Infolgedessen gab es trotz offensichtlicher Feindtätigkeit in einer Reihe von Betrieben und Institutionen keine wirksame Bekämpfung feindlicher Stützpunkte. Auch die Tatsache, daß einige Mitarbeiter der Organe der Staatssicherheit in der Durchführung ihrer Aufgaben falsche Arbeitsmethoden anwandten und um sich eine Atmosphäre der Unsicherheit und des Mißtrauens verbreiteten, hat zum großen Teil seine Ursache in der nicht genügenden Beachtung der Beschlüsse der Partei durch die Leitung des Ministeriums und die Unterschätzung der Rolle der Parteiorganisationen durch leitende Mitarbeiter. Die eigene Initiative und das Verantwortungsbewußtsein der leitenden Genossen in den Bezirken, Kreisen und Betrieben wurde unter Verletzung der Beschlüsse der Partei durch eine falsche Arbeitsweise der Leitung des Ministeriums, durch die Methode des Reglementierens, ohne Berücksichtigung der konkreten örtlichen Verhältnisse stark eingeengt.

Die ungenügende Beachtung der Beschlüsse der Partei führte auch zu einer groben Vernachlässigung der bewaffneten Kräfte, insbesondere der Grenzpolizei und Bereitschafts-

²⁰⁷ Vgl. Wollwebers Grundsatzreferat auf der Dienstbesprechung am 5.8.1955; BStU, ZA; SdM 1921, Bl. 43–77, insbesondere 57 f.

²⁰⁸ Siehe Anm. 74.

polizei, die bis Dezember 1956 dem Minister unterstellt waren,²⁰⁹ und der militärischen Ausbildung der Mitarbeiter der Organe für Staatssicherheit selbst.

Im Apparat der Staatssicherheit gab es weder eine einheitliche waffentechnische noch militärtaktische Ausbildung. Das mußte sich ungünstig auf die Erfüllung der Aufgaben auswirken.

Im Mittelpunkt der Beratung des Politbüros mit den leitenden Parteiarbeitern der Organe der Staatssicherheit standen die Fragen, die zu einer raschen Veränderung und Verbesserung der Arbeit führen sollen. Das Politbüro wies darauf hin, daß es erforderlich ist, in allen Organen des Ministeriums die Beschlüsse des Zentralkomitees, insbesondere des 30. Plenums, gründlich durcharbeiten und konkrete Schlußfolgerungen für die Arbeit eines jeden einzelnen Mitarbeiters zu ziehen. Gleichzeitig wies das Politbüro darauf hin, daß es erforderlich ist, jeden Mitarbeiter so zu erziehen, daß sie erkennen [sic!], daß die Organe der Staatssicherheit nur in engster Verbindung mit der werktätigen Bevölkerung, insbesondere mit der Arbeiterklasse, ihre Aufgaben lösen können. Von besonderer Bedeutung sind daher die für eine Anzahl Großbetriebe eingeleiteten Maßnahmen, wie die Schaffung von selbständigen Objektdienststellen und Operativgruppen. Durch diese Maßnahmen soll die engste Zusammenarbeit mit den 1. Sekretären und Parteileitungen dieser Großbetriebe garantiert und eine Bearbeitung dieser Betriebe von Betrieb aus gewährleistet werden.²¹⁰

Die 1. Sekretäre der Betriebe sowie die 1. Sekretäre der Kreisleitungen²¹¹ der Partei haben nunmehr die Möglichkeit, den Mitarbeitern der Staatssicherheit in ihrem Verantwortungsbereich nicht nur eine ständige politische Orientierung für ihre Arbeit zu geben, sondern die Arbeitspläne²¹² entsprechend den Schwerpunkten dieser Betriebe oder Kreise zu bestätigen und über die Durchführung der gestellten Aufgaben Rechenschaft zu fordern. Den Leitern der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen der Organe für Staatssicherheit wurde die volle Verantwortung für die Durchführung der Beschlüsse von Partei und Regierung in ihrem Gebiet übertragen. Entsprechend der Erhöhung der Verantwortung der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen für die Sicherheit in ihrem Gebiet haben die Bezirks- und Kreisleitungen der Partei²¹³ alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit

²⁰⁹ Der Beschluß zur Ausgliederung der Grenz-, Bereitschafts- und Transportpolizei aus dem Ministerium für Staatssicherheit wurde in der Politbürositzung vom 18.–20.12.1956 gefaßt. Protokoll und Anlage 2; SAPMO-BA, ZPA, J IV 2/2/519, Bl. 10 und 25.

²¹⁰ Vgl. Dienstanweisung 16/57 des Ministers vom 30.5.1957, S. 8–13; BStU, ZA, DSt 100996.

²¹¹ Gemeint: territoriale Kreisleitungen der Parteioorganisationen.

²¹² Im Text: „Arbeitsplätze“. Es muß sich dabei jedoch um einen Hörfehler des Protokollanten handeln, denn in den dem Bericht des Politbüros zugrundeliegenden Dienstanweisungen 16/57, S. 7–8, und 17/57, S. 2, ist die Rede von „Arbeitsplänen“; Fundstellen siehe Anm. 210 und 214.

²¹³ Gemeint: territoriale Kreis- und Bezirksleitungen.

die Organe des Ministeriums für Staatssicherheit dieser Verantwortung gerecht werden können.²¹⁴

Diese Aufgaben zur Veränderung der Arbeitsweise und die Erfüllung der von der Partei gestellten Aufgaben können nur gelöst werden, wenn im Ministerium wie in allen Dienststellen die führende Rolle der Partei verwirklicht wird und mit der teilweise immer noch anzutreffenden Unterschätzung und Kommandierung der Parteiarbeit Schluß gemacht wird. Von entscheidender Bedeutung für die Erfüllung dieser Aufgaben ist eine grundlegende Verbesserung der Arbeit der Parteiorganisationen im Ministerium für Staatssicherheit. Die Parteiorganisationen müssen noch beharrlicher und zielstrebiger die politisch-ideologische und fachliche Qualifizierung der Mitarbeiter unterstützen, um ihnen dadurch eine größere Hilfe bei der Lösung der operativen Aufgaben zu geben. Die Parteiorganisationen und -leitungen müssen den Genossen in überzeugender Weise die Politik der Partei und Regierung erklären und einen energischen Kampf für die Durchführung der Beschlüsse führen, die die Grundlage ihrer gesamten Arbeit bilden. Nur durch Verbesserung der Parteierziehungsarbeit, der stärkeren Mobilisierung der Mitglieder für die zu lösenden Aufgaben können die Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit den Anforderungen gerecht werden, die das Zentralkomitee an sie stellen muß. Hierbei ist aber auch eine stärkere Unterstützung der Bezirks- und Kreisleitungen der Partei gegenüber den örtlichen Organen des Ministeriums²¹⁵ dringend notwendig.

In seiner gestrigen Sitzung hat das Politbüro einen Bericht über die Durchführung seines Beschlusses zur Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit entgegengenommen.²¹⁶ Der Bericht zeigte, daß es eine Reihe von guten Ansätzen zur Behebung der kritisierten Mängel gibt, es gibt auch schon Erfolge. Im ganzen aber, Genossen und Genossinnen, geht die Verbesserung der Arbeit nur sehr langsam vor sich.

²¹⁴ Vgl. Dienstanweisung 17/57 des Ministers vom 18.6.1957, S. 2; BStU, ZA, DSt 100989.

²¹⁵ Gemeint: Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen des MfS.

²¹⁶ 11. Tagesordnungspunkt der Sitzung des Politbüros am 9.7.1957; SAPMO-BA, ZPA, J IV 2/2/548, Bl. 5.

Dokument 11

3. Februar 1958

Bericht des Politbüros auf dem 35. Plenum des Zentralkomitees (Auszug)²¹⁷

Hier sind einige Bemerkungen zur Haltung des Genossen Wollweber notwendig. Das Zentralkomitee wurde auf drei Tagungen über Fragen, die die Arbeit der Leitung des Ministeriums für Staatssicherheit betrafen, unterrichtet. Genosse Wollweber wurde Anfang des Jahres 1957 vom Politbüro veranlaßt, einen Befehl rückgängig zu machen, der in seinem Inhalt nichts anderes bedeutete als den Versuch, die Staatssicherheit über die Partei zu stellen. Ohne vorherige Beratung in der Sicherheitskommission des Zentralkomitees oder ohne eine vorherige Rücksprache mit Genossen Ulbricht und, soweit es die Regierung betraf, mit Genossen Grotewohl, verfügte Genosse Wollweber in diesem Befehl, daß Informationen an die Partei und Regierung, die Informationen an die Genossen Ulbricht und Grotewohl, nur über ihn zu gehen haben. Weiter alle verantwortlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, soweit sie auf Grund ihrer Arbeit mit den Genossen des Politbüros und des Sekretariats in Berührung kommen, haben ihn, Wollweber, schriftlich oder mündlich über den Inhalt dieser Gespräche zu informieren.²¹⁸

Genosse Wollweber hatte offensichtlich die Meinung, daß der Minister für Staatssicherheit bestimmen könne, auf welcher Grundlage sich die Beziehungen zwischen Partei und den Genossen in den Organen für Staatssicherheit zu entwickeln haben. Ganz abgesehen davon, daß Genosse Wollweber offenbar eine große Liebe für Papier zu haben schien, eine Arbeitsmethode, die für die Arbeit eines solchen Organs wie der Staatssicherheit allein schon bedenklich ist, mußte der Versuch, die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros sowie des Sekretariats des Zentralkomitees einer Kontrolle zu unterwerfen, unmittelbar unterbunden werden. Das wurde vom Politbüro auch sofort getan.²¹⁹ Genosse Wollweber hatte damals mit Genossen des Ministeriums für Staatssicherheit Gespräche geführt, überhaupt wurden viele Gespräche geführt. In diesen Gesprächen hatte er den Genossen Schirdewan als den „kommenden Mann“ angepriesen.²²⁰ Das haben wir aber erst viel später erfahren. Dies und andere Tatsachen zeigen jedoch, daß der im Januar 1957 vom

²¹⁷ Stenographisches Protokoll des 35. Plenums des ZK, 3–5.2.1958, Bericht des Politbüros, vorgetragen von Erich Honecker; SAPMO-BA, ZPA, IV 2/1/191, Bl. 23–85, hier 74–79. Die hier wiedergegebene Passage fehlt zum größten Teil in der veröffentlichten Fassung: Aus dem Bericht des Politbüros an das 35. Plenum des Zentralkomitees der SED, in: Neues Deutschland vom 8.2.1958, S. 4 f.

²¹⁸ Dokument 4.

²¹⁹ Vgl. Dokument 5.

²²⁰ Die Behauptung, Wollweber habe „mehrmals“ gesagt, Schirdewan sei der „kommende Mann“, wurde schon in der Politbürositzung am 11.1.1958 von Erich Honecker vorgetragen; Information über diese Politbürositzung; BStU, ZA, SdM 2580, Bl. 2–9, hier 2. Quellenmäßig sind solche Äußerungen bisher nicht nachzuweisen und auch eher unwahrscheinlich.

Genossen Wollweber entgegen der Auffassung der Mehrheit des damaligen Kollegiums des Ministeriums für Staatssicherheit herausgegebene Befehl im Zusammenhang mit der Tätigkeit und den Zielen der Gruppe Schirdewan, Wollweber und Ziller²²¹ stand.

Es ist weiter bekannt, daß wir nach dem 29. Plenum Untersuchungen über die Arbeit des Ministers für Staatssicherheit durchgeführt haben.²²² Das Zentralkomitee wurde in den Berichten des Politbüros von dem Ergebnis dieser Untersuchungen, soweit uns die Dinge bekannt waren, informiert.²²³ Die Untersuchungen hatten erschreckende Tatsachen ergeben. Genosse Wollweber hatte den Feind nicht gesehen. Die Politik der Entspannung und der Koexistenz hatte er für seine Tätigkeit völlig falsch aufgefaßt. Unter der einseitigen und darum falschen Losung: „Das Gesicht nach dem Westen“,²²⁴ wurde die Tätigkeit fast aller Kreisämter und des Ministeriums für Staatssicherheit desorganisiert, wurden in leichtfertiger Weise Verbindungen nach dem Westen hergestellt. Der notwendige Kampf um die ständige Sicherung der Deutschen Demokratischen Republik fiel zur gleichen Zeit der Vernachlässigung anheim. Im Ergebnis dieser falschen Orientierung wurde der Kampf gegen das Ostbüro der SPD²²⁵, einer imperialistischen Agentur, die mit dem amerikanischen und englischen Geheimdienst zusammenarbeitet, faktisch eingestellt.

Die Überprüfungen in Magdeburg und in einer Reihe anderer Bezirke ergaben, daß die vom Politbüro Anfang November 1957²²⁶ getroffenen Maßnahmen zur allseitigen Sicherung der Deutschen Demokratischen Republik gegen konterrevolutionäre Provokationen durch den Minister für Staatssicherheit,²²⁷ dem damals die Kräfte der inneren Sicherung, wie die Bereitschaftspolizei, die Grenzpolizei und die Transportpolizei, unterstanden, nur schleppend beziehungsweise überhaupt nicht entsprechend den gegebenen Direktiven des Politbüros und der Sicherheitskommission durchgeführt wurden.²²⁸ Die Information des

²²¹ Gerhart Ziller (1912–1957), ab 1953 Sekretär des ZK für Wirtschaftsfragen und Abgeordneter der Volkskammer, ab 1954 Vorsitzender ihres Wirtschaftsausschusses, 14.12.1957 Freitod nach Auseinandersetzungen mit Ulbricht.

²²² Hier wird auf die Untersuchungen in den Bezirksverwaltungen Potsdam und Magdeburg angespielt, die vom 15.2. bis 2.3.1957, also erst nach dem 30. Plenum des ZK, stattfanden. Vgl. Anm. 76.

²²³ Vgl. Dokument 10.

²²⁴ Vgl. Anm. 68.

²²⁵ Vgl. Anm. 74.

²²⁶ Muß 1956 heißen.

²²⁷ Es handelt sich um den Beschluß des Politbüros vom 8.11.1956: Maßnahmen zur Unterdrückung konterrevolutionärer Aktionen; vgl. Anm. 28 und 244.

²²⁸ Hier handelt es sich um eine sehr ungenaue und teilweise konstruierte Angabe. Der Bericht über den Brigadeeinsatz des MfS zur Überprüfung einiger Hauptfragen der operativen Arbeit in den Bezirksverwaltungen Potsdam und Magdeburg vom 18.2.–2.3.1957 enthält keine Passage zu dieser Thematik; SAPMO-BA, ZPA, IV 2/12/115, Bl. 139–157. Allerdings ist eine allgemeine Kritik am Zustand der militärischen Verbände der Hauptverwaltung Innere Sicherheit des MfS (Grenz-, Bereitschafts- und Transportpolizei) im Zusammenhang mit dem Politbürobeschuß zur „inneren Mobilmachung“ vom 8.11.1956 aktenkundig. Die Kritik bezog sich in erster Linie auf eine kurz vor dem genannten Politbü-

Politbüros über die Tätigkeit feindlicher Gruppierungen war sehr schwach. Stattdessen wurde der Apparat der Staatssicherheit mit Hetzmeldungen über Genossen Ulbricht und Informationen über Gerede in der Bevölkerung überschwemmt.²²⁹ Dafür nahm aber Genosse Wollweber um so eifriger an der Kampagne gegen den Genossen Ulbricht teil.

Genosse Wollweber schätzte auch die Ereignisse in Polen falsch ein.²³⁰ Als er damals von einer Reise in Polen [sic!] zurückkam, war er sehr verwundert, daß bei uns bestimmte Sicherungsmaßnahmen getroffen worden waren. Nach seiner Rückkehr aus Polen schlug er vor, den Personalbestand der Organe für Staatssicherheit um 15 bis 20 Prozent abzubauen.²³¹ Weiter versuchte er, Mitglieder des Kollegiums, die stellvertretende Minister im Ministerium für Staatssicherheit waren, für seine fraktionelle Tätigkeit zu gewinnen.

In einer Unterredung mit dem ehemaligen stellvertretenden Minister für Staatssicherheit und Chef der Bezirksverwaltung Berlin, Genossen Weikert, sowie mit dem Mitglied des Kollegiums für Staatssicherheit, Genossen Beater, die am 10. Februar 1957 stattfand,²³² erklärte er, daß es nach seiner Auffassung im Politbüro über Fragen der Staatssicherheit Meinungsverschiedenheiten gäbe. Offensichtlich seien die Mitglieder des Politbüros vom Genossen Ulbricht nicht richtig informiert, doch das letzte Wort wäre noch nicht gesprochen. Er hätte schon früher Auseinandersetzungen mit Genossen Ulbricht gehabt, auch in der jetzigen Zeit würden sie bis zum Ende durchgeführt werden. Der Zeitpunkt würde kommen, wo man sprechen könnte [sic!]. Gegenwärtig, so sagte er, sei die Situation ähnlich wie 1953. Damals habe man Zaisser verantwortlich gemacht für Dinge, für die er nie verantwortlich war. Er sei nicht Zaisser, dieser habe sich in fraktionelle Tätigkeit eingelassen, doch er sei nicht so dumm. Diesmal würde die Sache anders ausgehen, schließlich habe doch der XX. Parteitag stattgefunden. „Die Staatssicherheit“, so sagte er in einer Zeit, in der der Gegner seine Hetze gegen Genossen Ulbricht verstärkte, „habe nicht vom

robeschluß durchgeführten Übung; Ergebnisse und Schlußfolgerungen aus der Übung der militärischen Verbände des MfS vom 16.–20.10.1956; BStU, ZA, SdM 407, Bl. 63–67.

²²⁹ Vgl. Dokument 5, Pkt. 3.

²³⁰ Vgl. Wollweber: Erinnerungen, S. 363 f.; Bericht von Wollweber (wahrscheinlich an Ulbricht) ohne Datum (etwa 20. Oktober 1956); BStU, ZA, SdM 1200, Bl. 424–433; ferner Wollweber an Ulbricht vom 8.4.1957; ebenda, SdM 1200, Bl. 142–148, und vom 29.4.1957; ebenda, SdM 1893, Bl. 356–359.

²³¹ Die Personalabbaupläne Wollwebers von Ende 1956 sind aktenmäßig belegt, allerdings nicht in dieser Größenordnung. Sein Vorschlag sah im Ministerium und den Bezirksverwaltungen einen Abbau des Personals um 5 % im Zeitraum 1.1.–31.3.1957 und um weitere 5 % im Zeitraum 1.4.–30.6.1957 vor. HV A und Kreisdienststellen sollten von diesen Maßnahmen zunächst ausgenommen sein. Die Pläne waren offensichtlich wirtschaftlich motiviert, da gleichzeitig auch Einsparungen von Sachmitteln und Gehaltszusatzleistungen diskutiert wurden; Protokolle der Kollegiumssitzungen am 20.11. und 11.12.1956; SdM 1551, Bl. 119 und 128–131. Tatsächlich schrumpfte die Mitarbeiterzahl (ohne bewaffnete Einheiten: Wachregiment und Grenz-, Bereitschafts-, Transportpolizei) 1957 nur um knapp 2,2 %, nachdem sie schon 1956 um 0,7 % zurückgegangen war. Vgl. Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS-Handbuch, IV/1), BStU, Berlin 1995, S. 98.

²³² Vgl. Dokument 8.

1. Sekretär des Zentralkomitees, sondern vom Politbüro Anweisungen für ihre Arbeit zu erhalten". Auf die Frage des Genossen Beater, ob es denn die Aufgabe des Ministers für Staatssicherheit sei, das Vertrauen zur Parteiführung zu untergraben und Änderungen in der Parteiführung anzustreben, blieb Genosse Wollweber die Antwort schuldig. Das Auftreten des Genossen Wollweber kann man nicht anders bewerten als den direkten Versuch, andere Genossen für die fraktionelle Tätigkeit zu gewinnen. Oder ist es vielleicht die Aufgabe eines Ministers für Staatssicherheit, in einer Zeit, in der die Partei alles unternahm, um die Sicherheit der Arbeiter-und-Bauern-Macht durch verschiedene Maßnahmen zu festigen, Mitarbeiter der Staatssicherheit gegen die Parteiführung zu mobilisieren? Natürlich ist das nicht seine Aufgabe, und das Verhalten des Genossen Wollweber ist in jeder Hinsicht zu verurteilen.

Die Untersuchungen der Sicherheitskommission über die Leitung des Ministeriums für Staatssicherheit hatten ergeben, daß Genosse Wollweber in seiner Arbeit versagt hat. Die Veränderung in der Leitung des Ministeriums wurde auf dem 33. Plenum bestätigt.²³³ Die Auseinandersetzungen mit Genossen Schirdewan im Politbüro im Dezember 1957 und Januar 1958 sowie die in dieser Zeit durchgeführten Aussprachen mit verschiedenen Genossen haben die fraktionelle Tätigkeit des Genossen Wollweber aufgedeckt. Nun erschienen viele Fragen in einem anderen Licht. Im Verlauf der fraktionellen Tätigkeit wurde in leichtfertiger Weise sehr viel geschwätzt, und die Schwätzhaftigkeit von den Genossen war sehr groß. Die feindlichen Agenturen konnten sich Kenntnisse über innerparteiliche Vorgänge verschaffen, sie wurden gegen die Partei ausgenutzt. In der westlichen Presse erschienen Nachrichten mit Formulierungen, die in persönlichen Gesprächen und im Verlaufe der Auseinandersetzungen im Politbüro gefallen waren. (Hört! Hört!) Bei den Genossen Schirdewan, Wollweber und Ziller bestand offenkundig die Meinung, daß die Politik der Partei, wie sie vom Zentralkomitee ausgearbeitet wurde, zu Schwierigkeiten führen würde, die sie für ihre Ziele ausnutzen können. Sie spekulierten offenkundig auf die Schwierigkeiten, die mit der weiteren Entwicklung der sozialistischen Umgestaltung in der Deutschen Demokratischen Republik verbunden waren. Die Ursachen für eine solche Haltung liegen ohne Zweifel darin, daß Genosse Schirdewan, Wollweber und Ziller und die übrigen Genossen die Beschlüsse des XX. Parteitages völlig falsch verstanden haben. Sie waren der Meinung, daß die Politik der Entspannung auch ein Nachlassen des Kampfes gegen den Klassenfeind bedeutet. Sie verstanden nicht, daß die erfolgreiche

²³³ Vgl. Arbeitsprotokoll des 33. Plenums des ZK (16.–19.10.1957); SAPMO-BA, ZPA, IV 2/1/188, Bl. 19 f. Neben der Pensionierung von Wollweber und der Ernennung Mielkes zum Minister enthält es die Bestätigung von Otto Walter als 1. Stellvertreter und die Absetzung von Otto Last als Stellvertreter und seine Ernennung zum Leiter der Objektverwaltung Wismut.

Durchführung der Beschlüsse des XX. Parteitages und der 3. Parteikonferenz die Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik zur Voraussetzung hat.

Diese ungesunden Bedingungen in der Führung der Partei führten im Herbst 1956 und später zu einer Lage, die sich ungünstig auf die Tätigkeit der Parteiführung auswirkt [sic!]. Das ganze Verhalten der Gruppe zeigte, daß sie eine opportunistische Position einnahm.

In welchen Grundfragen mußte sich die Partei am Vorabend des 30. Plenums des Zentralkomitees auseinandersetzen? Wo bestanden damals die Differenzen?

1. In der opportunistischen Auslegung der Ergebnisse des XX. Parteitages der KPdSU;
2. es wurde von Demokratisierung gesprochen, aber nicht von der Notwendigkeit, Sicherungsmaßnahmen gegen die Unterminierungsarbeit des Gegners zu treffen, das heißt, in der falschen Einschätzung der Lage;
3. in der Kurzsichtigkeit gegenüber den Erscheinungen ideologischer und materieller Diversionsarbeit der Feinde;
4. in der Unterschätzung der Einflüsse der bürgerlichen Ideologie, die bis in unsere Partei eingedrungen waren;
5. in dem Nichtverstehenwollen jener Gefahren, die sich aus der illusionären Auffassung ergaben, die Einheit Deutschlands um jeden Preis herbeizuführen.²³⁴

Die Meinungsverschiedenheiten, die in Verbindung mit der Vorbereitung des 29. Plenums des Zentralkomitees und später auftraten, und die Gefahren, die sich aus den Angriffen des Gegners gegen die Partei und die Arbeiter-und-Bauern-Macht ergaben, veranlaßten Genossen Ulbricht, im Zusammenhang mit der Vorbereitung des 30. Plenums den Entwurf eines Referates vorzulegen, das eine gründliche Einschätzung der Lage, eine klare Antwort auf die Perspektiven und einen Standpunkt in der Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Wege der Konföderation darlegte.²³⁵ Alles das ermöglichte uns, zur Gegenoffensive überzugehen. Gerade die Behandlung der Grundfragen der Politik der SED ermöglichte eine Wendung in der Tätigkeit der Partei. Es zeigten sich jedoch große Wi-

²³⁴ Diese Formulierung hat vor dem Hintergrund der politischen Linie der SED natürlich denunziatorischen Charakter und trifft die deutschlandpolitische Position von Schirdewan in keiner Weise. Er war in diesen Fragen wohl etwas flexibler als Ulbricht, insbesondere auch im Hinblick auf den Handlungsspielraum der Blockparteien; vgl. Roger Engelmann: Brüchige Verbindungen. Die Beziehungen zwischen FDP und LDPD 1956–1966, in: ders. und Paul Erker: Annäherung und Abgrenzung. Aspekte deutsch-deutscher Beziehungen 1956–1969, München 1993, S. 22 f. Von einer grundsätzlich abweichenden deutschlandpolitischen Linie Schirdewans kann aber kein Rede sein. So erscheint durchaus zutreffend, was er in seinen Memoiren schreibt: „Für mich besaß die eigenständige sozialistische Entwicklung der DDR Priorität. [...] Ich wußte um die Aussichtslosigkeit, in dieser Situation kurzfristig zur Einheit zu kommen.“ Schirdewan: Aufstand, S. 75.

²³⁵ Vgl. stenographisches Protokoll des 30. Plenums des ZK, 30.1.–1.2.1957, Referat von Walter Ulbricht; SAPMO-BA, ZPA, IV 2/1/170, Bl. 54–85.

derstände bei der Durchführung der vom Zentralkomitee beschlossenen Linie. Solche Genossen, wie zum Beispiel Genosse Schirdewan, wollten offenbar an der Durchführung der Beschlüsse nicht teilnehmen. Sie hofften, durch Schweigen unter dem Regen durchzukommen, um desto besser ihre Pläne durchführen zu können. Eine Reihe Genossen waren der Auffassung, und diese Auffassung wurde auch verbreitet, daß das 30. Plenum nichts Neues gebracht habe. Tatsache ist, daß die Durchführung der Beschlüsse des 30. Plenums die Gruppe Schirdewan, Wollweber, Ziller politisch geschlagen hat. Die offensive Politik der Partei wurde auf den folgenden Plenartagungen und auch auf der Konferenz zur Verbesserung der Arbeitsweise der Partei weitergeführt.²³⁶ Die Ergebnisse sind allen Genossen bekannt.

²³⁶ Gemeint ist die Konferenz des ZK der SED zur Verbesserung der Arbeitsweise der Partei vom 19.–21.12.1957 in Berlin.

Dokument 12

3. Februar 1958

Redebeitrag Wollwebers auf dem 35. Plenum des Zentralkomitees²³⁷

Genossen! Es hat tatsächlich in der Zeit von November 1956 bis April 1957 eine Reihe Differenzen, die auch zu Auseinandersetzungen führten, zwischen dem Genossen Ulbricht und mir gegeben. Diese Differenzen betrafen aber in keinem Falle die Linie der Partei, sondern betraf[en] Schwächen, Fehler und Mängel in der Durchführung der Linie der Partei auf dem Gebiet der Staatssicherheit. Ich bin deshalb erstaunt, daß im Bericht des Politbüros davon gesprochen wird, daß es eine Position gegeben hätte, auf der ich stehe; denn ich bin²³⁸ ja mit genannt, zum Beispiel Herbeiführung der Einheit Deutschlands um jeden Preis – ich glaube, ich habe doch richtig verstanden. Genossen! Es gibt um solche Fragen keine Diskussion! Ich habe niemals und zu niemandem, in keiner Diskussion indirekt oder direkt mit jemand so gesprochen, weil es überhaupt nicht meine Auffassung ist. Und so geht es in einer Reihe anderer Fragen auch. Das heißt nicht, daß nicht im Bericht des Politbüros eine ganze Reihe von Dingen richtig dargestellt sind, aber ich muß zuerst einige Feststellungen machen:

Es wird gesprochen von einer fraktionellen Tätigkeit der Gruppe Schirdewan, Ziller, Wollweber. Ich werde hier vor dem Zentralkomitee meine Beziehungen zum Genossen Ziller darlegen. Worin bestanden sie? In der letzten Sitzung des Zentralkomitees, in der vorletzten vielmehr, in der letzten war ich nicht da, habe ich während einer Pause, nachdem der Genosse Ziller kritisiert worden war von einigen Genossen, den Genossen Ziller gefragt: Na, wirst du antworten? – Er sagte: Nein, das hat jetzt keinen Zweck; ich habe einige Differenzen mit Walter, die müssen erst geklärt werden. Dann kann man antworten, und vielleicht ist es dann gar nicht mehr notwendig. – Das sind die ganzen Beziehungen zwischen dem Genossen Ziller in Bezug auf politische Gespräche und mir, und persönliche gab es überhaupt nicht. Es gibt keinen einzigen Fall, wo ich mit dem Genossen Ziller oder dem Genossen Schirdewan oder einem anderen der genannten Genossen oder überhaupt mit jemandem gesprochen oder vorbereitet hätte ein Auftreten im Zentralkomitee gegen die Parteiführung und gegen die Linie der Partei! Das gibt es nicht, Genossen. Ich muß das sagen, weil ich erst entschlossen war, hier aufzutreten nach einer Besprechung mit dem Genossen Matern und auch jetzt noch ohne Vorbereitung in die Sitzung gehe.

Das nächste, Genossen. Ich habe zu keiner Zeit und mit niemandem den Genossen Schirdewan als den kommenden Mann in eine Beziehung zum Genossen Ulbricht, seine

²³⁷ Stenographisches Protokoll; SAPMO-BA, ZPA, IV 2/1/191, Bl. 116–125.

²³⁸ Im Original fälschlicherweise: „mit“.

Absetzung oder Ersetzung gestellt, nirgends! Gegenüber niemandem! Ich würde das auch für vollkommen falsch halten. Aber ich habe mir gesagt: Donnerwetter, kann denn das nicht von jemandem nicht [sic!] ²³⁹ so aufgefaßt werden? Dafür ist man auch politisch verantwortlich. Und ich habe gestern abend den alten Genossen, den ich also, seit die Partei besteht, kenne, eine glänzende Vergangenheit, mit dem ich überhaupt am meisten spreche, ²⁴⁰ gefragt: Sage mal, konnte man aus irgendeiner Bemerkung, und mit dir stehe ich am engsten, könnte man irgendwann einmal den Gedanken herausfinden, als sei ich für die Absetzung für [sic!] Walter Ulbricht? Er hat gesagt: Nein, das kann man nicht – Und das gibt es auch nicht, Genossen! Diese Gedanken habe ich nie gehabt.

Ich kenne Walter Ulbricht sehr lange, ich kenne seine Vorteile, seine Verdienste, Nachteile und Fehler. Aber für mich war immer klar, und das hat nie anders gestanden, daß er der politisch Stärkste und prinzipiell Klarste in unserer Parteiführung ist, und daß er der erste Mann in einem starken Kollektiv ist. Niemals hat es anders gestanden, bei mir nicht! Das zu diesen Fragen.

Nun kann man sagen: Gut, du hast vielleicht nicht darüber gesprochen, aber die Handlung! Genossen! In den Handlungen bei der Durchführung der Linie der Partei gab es tatsächlich, und diese Kritik ist berechtigt, eine ganze Reihe schwerer Fehler und Schwächen. Aber, damit hier keine Unklarheit besteht, und im Bericht des Politbüros ist das genannt, werde ich diese Fragen behandeln. –

Gestattet Genossen, ich will etwas einfügen, das Verhältnis zum Genossen Schirdewan. Ich kenne den Genossen Schirdewan vom Anfang seiner ganzen politischen Tätigkeit an. Die ersten Schritte, die er gemacht hat, habe ich bei ihm gesehen, habe seine Vergangenheit gesehen, habe ihn geschätzt und war mit ihm befreundet, nicht eng befreundet, daß wir zusammgehockt hätten. Aber ich muß sagen, niemals, außer [in] der Zeit, wo wir durch die Verhältnisse auseinander waren, niemals waren so lose Beziehungen zwischen dem Genossen Schirdewan und mir wie im letzten Jahr, niemals so lose Beziehungen! Wir sind wirklich selten zusammengekommen, und ich will sagen: Jawohl, mit dem Genossen

²³⁹ Doppelte Verneinung sinngemäß falsch.

²⁴⁰ Gemeint ist hier wahrscheinlich Josef Gutsche (1895–1964), Teilnehmer an den revolutionären Kämpfen in Rußland 1917/18 und Deutschland 1918–1923, 1918 USPD, 1920 KPD, Angehöriger des M-Apparats, 1924–1927 Haft, 1930 Emigration in die UdSSR, Mitglied der KPdSU, 1931–1942 Kommissar der Roten Armee, 1942–1945 Aufklärer u. a. in China, den USA und der Ukraine, 1945 Rückkehr nach Deutschland, 1947–1949 Präsident des Landespolizeiamtes Sachsen, 1949–1952 Leiter der Abteilung zum Schutz der Volkswirtschaft bzw. der Landesverwaltung für Staatssicherheit Sachsen, 1952 Leiter der Bezirksverwaltung Dresden, 1953 zuerst Leiter des Informationsbüro beim Minister für Staatssicherheit, dann der Abteilung z.b.V. (zur besonderen Verwendung: Sonderaktionen im Operationsgebiet, Sabotage), 1955–1957 Leiter der Kontrollinspektion des MfS. Gutsche war 1953–1957 Wollwebers Stellvertreter für die dem MfS-Chef direkt unterstellten Dienststeinheiten; vgl. Befehl 371/53 vom 25.11.1953, S. 3; BStU, ZA, DSt 100076. Als solcher nahm er häufig an den Kollegiumssitzungen teil.

Schirdewan habe ich mich über politische Fragen unterhalten, aber niemals in dem Sinne, die Linie der Partei anzugreifen und die Parteiführung zu beseitigen. Eine solche Diskussion hat es auch nicht zwischen uns gegeben;²⁴¹ denn hätte er eine solche Auffassung vertreten in meinem Beisein, wäre ich ihm entgegengetreten, weil ich das für falsch und gefährlich halten würde [sic!].

Genossen, wann war denn das mit den Fehlern, Gesicht dem Westen zu, was hier angeführt ist? Das war im August 1955.²⁴² Das waren wirklich Fehler, die haben dazu geführt, das ist ganz richtig gesagt worden, daß die innere Sicherheit geschwächt wurde. Ich kann mich auch nicht damit entschuldigen, daß ich zur Verstärkung eines bestimmten Sektors gedrängt wurde,²⁴³ der eben zur Schwächung der inneren Sicherheit führen mußte, obwohl er es nicht sollte [sic!]. Diese Vorwürfe, diese Kritik ist vollkommen berechtigt, auch in bezug auf die Vernachlässigung der Bereitschaft der bewaffneten Verbände, die damals der Staatssicherheit unterstanden, auch das ist richtig. Ja, aber Genossen, einiges muß man auch in Betracht ziehen: Seit Mai 1956 – Ende 1956 war die Sache in Polen und Ungarn – seit Mai 1956 war ich ja überhaupt nicht mehr im Dienst bis zum ersten November, weil ich im Krankenhaus lag. Das schließt nicht aus, daß ich auch dafür die politische Verantwortung trage. Und es ist richtig, als die kritischen Tage kamen, im November 1956, im Zusammenhang mit den Ereignissen in Polen und Ungarn, als das war, da war tatsächlich die Bereitschaft zur Verteidigung der staatlichen Sicherheit in keinem Fall so groß, wie sie angesichts der Situation, vor der wir standen, hätte sein müssen. Aber als ich zurückkam, gab es zuerst einmal einen falschen Beschluß der Sicherheitskommission, der dann auch aufgehoben wurde, weil er falsch war. Er betraf die Zusammenfassung der militärischen Verbände in der Staatssicherheit.²⁴⁴ Er wurde also auch dann geändert.

²⁴¹ Hier ist Wollweber nicht ganz ehrlich. In seinen Erinnerungen berichtet er von einem ausführlichen Gespräch mit Schirdewan über die Möglichkeiten, politische und personelle Veränderungen in der SED-Führung, auch die Ablösung Ulbrichts, zu erreichen; Wollweber: Erinnerungen; S. 373–375. Im weiteren Verlauf des 35. Plenums gibt er dies am 5.2.1958 auch zu: „Ich habe den Gen[ossen] Schirdewan gewarnt. Aber das genügte nicht [...]. Er hat mit mir gesprochen, daß er die Absicht hat und es für unumgänglich hält: Er muß jetzt Stellung nehmen [...], und dann kommt es zur Auseinandersetzung.“ Stenographisches Protokoll des 35. Plenums, 3. Verhandlungstag; SAPMO-BA, ZPA, IV 2/1/193, Bl. 71.

²⁴² Vgl. Anm. 68.

²⁴³ Ist wohl als Anspielung auf Vorgaben der sowjetischen Berater zu deuten. Vgl. Wollweber: Erinnerungen, S. 235.

²⁴⁴ Hier wird erneut Bezug genommen auf den Beschluß des Politbüros vom 8.11.1956: Maßnahmen zur Unterdrückung konterrevolutionärer Aktionen, dokumentiert bei Krüger: Votum für bewaffnete Gewalt, S. 81–85. Der Beschluß enthält für den Ernstfall folgenden Stufenplan: 1. Stufe: Einsatz aller bewaffneten polizeilichen und paramilitärischen Einheiten unter Leitung des MfS. Hierbei handelte es sich um Wachbataillon, Grenzpolizei, Bereitschaftspolizei und Transportpolizei, die dem MfS damals ohnehin unterstanden, sowie die Volkspolizei, die im Normaldienst dem Ministerium des Innern nachgeordnet war, sowie die „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“, die der SED unterstanden und von der Volkspolizei bewaffnet und ausgebildet wurden; 2. Stufe: Einsatz auch der NVA unter Leitung des

(Gen. Stoph: Warum war er falsch? Die Sicherheitsorgane unterstanden doch dem Ministerium für Staatssicherheit?)

Der Beschluß war deshalb falsch – er wurde auch geändert –, weil man Ausbildung und Einsatz schlecht voneinander trennen kann. Die Hauptkräfte, über die verfügt wurde, war die VP²⁴⁵ und waren die Kampfgruppen; und sie waren mir mit einem Male unterstellt²⁴⁶ – ich habe mich dagegen gewandt –, ohne daß ich in der ersten Phase überhaupt auf die Ausbildung einen Einfluß haben konnte.²⁴⁷ Das war doch sachlich richtig und ist auch geändert worden. Aber es bleibt trotzdem die Tatsache bestehen: Die Bereitschaftsmaßnahmen wurden verschleppt und nicht genügend energisch betrieben. Das zu dieser Frage.

Eine andere Frage. Zu dem Befehl, der zurückgezogen wurde. Der Befehl war falsch. Das entschuldigt nicht, daß die Herausgabe des Befehls Ursachen hat, nämlich die Tatsache, daß es verschiedene Dinge gab, die mir nicht mitgeteilt wurden, sondern die ich dann im Rücklaufe vom Zentralkomitee bekam. Trotzdem war der Befehl falsch, gerade in dieser Situation, weil darüber nicht vorher gesprochen wurde. Einige Kollegen waren wohl dagegen. Mit den sowjetischen Genossen wurde vorher gesprochen. Sie hatten einige Bedenken. Ich habe ihnen die Ursachen erklärt, warum ein solcher Befehl notwendig ist. Sie haben gesagt, sie haben Bedenken. Ich lasse den Befehl liegen und sage [sic!]²⁴⁸ dann, was sie für Änderungen haben oder ob er herauskann. Nach einigen Tagen habe ich ihn herausgegeben, und das war ein großer Fehler und war falsch.

Der Genosse Honecker hat in seinem Bericht gesagt, von der Staatssicherheit unter meiner Leitung, für die ich verantwortlich sei, seien Hetzmeldungen kolportiert worden. Jawohl, es mußte etwas abgestellt werden; hier ging etwas schief. Es ist auch abgestellt worden. Aber, Genossen, für die Berichte, für die Meldungen, die täglich gegeben werden mußten, gab es keine [sic!]²⁴⁹ Richtlinie.²⁵⁰ Diese Richtlinie ist in der Praxis einfach durchbrochen worden, und hier etwas ganz anderes daraus gemacht worden. Die Richtlinie war im wesentlichen richtig, und die Durchführung war falsch. Diese Abteilung unterstand mir direkt. Das entbindet mich also nicht von der politischen Verantwortung. Das zu dieser Frage.

Ministeriums für Nationale Verteidigung bzw. der jeweiligen Militärkommandanten, 3. Stufe: Einsatz sowjetischer Truppen.

²⁴⁵ Volkspolizei.

²⁴⁶ Lediglich im Falle „konterrevolutionärer Aktionen“; vgl. Anm. 244.

²⁴⁷ Hierfür war das Ministerium des Innern zuständig; vgl. Anm. 244.

²⁴⁸ Sinngemäß: „frage“.

²⁴⁹ Sinngemäß: „eine“.

²⁵⁰ Gemeint: Dienstanweisung 2/55 des Staatssekretärs für Staatssicherheit vom 12.1.1955 zum Informationsdienst des MfS; BStU, ZA, DSt 100937.

Der Genosse Ulbricht hat damals in bezug auf den Befehl gesagt, der Befehl stelle einen Versuch dar, daß ich die Staatssicherheit über die Partei stellen will. Das ist ungefähr der schlimmste Vorwurf, der einen Genossen treffen kann. Ich habe darauf im Kollegium – denn das ganze Kollegium war dabei – erklärt: Genossen, das ist der schlimmste Vorwurf, der erhoben werden kann, ob das wahr ist oder nicht. Wenn dieser Vorwurf besteht, kann ich keinen Augenblick mehr Minister für Staatssicherheit bleiben, das ist doch ganz klar.

Im Beschluß des Politbüros ist diese Einschätzung als Versuch, sich über die Partei zu stellen, gegeben worden. Ich werde jeden mit Absicht geführten Versuch in dieser Richtung als ein Verbrechen betrachten! [sic!]

(Walter Ulbricht: Das Politbüro war dieser Meinung!)

Das steht aber nicht im Beschluß.²⁵¹ Heute im Bericht ist es enthalten.

(Walter Ulbricht: Das war kurz formuliert. Es war die Meinung des Politbüros; die Meinung des Politbüros war dann einmütig.)

Das konnte ich nicht wissen. Ich mußte mich an den Beschluß halten, den ich bekommen habe. Aber trotzdem, die Sache hat sich so entwickelt, daß ich dann Anfang Juno zum Genossen Ulbricht ging und ihm vorgeschlagen habe: Ich trete zurück. Dafür waren nicht zuletzt sehr ernste Gründe maßgebend, die in meiner Krankheit und in meiner Gesundheit lagen. Aber es war ein Grund, daß ich es bei dieser Lage als für die Partei und für die Arbeiter-und-Bauern-Macht als das Beste ansah, wenn ich ging. Ja, seit wann gibt man denn eine solche Funktion auf, wenn man sich auf fraktionelle Tätigkeit eingestellt hat! Ich habe nie die Absicht gehabt und werde sie auch nie haben. Ich muß sagen, mich hat auch nicht alarmiert die Absetzung des Genossen Wandel²⁵² aus dem ZK. Mit den anderen Genossen, die hier genannt sind, habe ich über Fragen der Parteilinie überhaupt nicht gesprochen. Ich bitte wirklich darum, daß die Genossen – schließlich bin ich nicht seit gestern in der Partei und wir kennen uns mit verschiedenen Genossen ziemlich lange – daß sie sich doch einmal überlegen: Kann denn das überhaupt so sein? Wenn eine fraktionelle Tätigkeit ausgeübt wird, dann muß sie doch Wirkungen erzielen. Das hat doch nichts zu tun mit den früheren fraktionellen Kämpfen, die wir in der Partei hatten. Es gab viele Fraktionskämpfe in der Partei. Man hatte in der Partei Krisen und Fraktionskämpfe. Wir hatten es in der Regel mit bestimmten Schwierigkeiten zu tun – darüber habe ich hier im Zentralkomitee gesprochen –, mit bestimmten Schwierigkeiten, wenn sie mitunter auch entstanden durch eine Scheinblüte in kapitalistischen Ländern; es waren Schwierigkeiten

²⁵¹ Gemeint: Beschluß des MfS-Kollegiums vom 8.2.1957 (Dokument 6), der vom Politbüro am 9.2.1957 „zur Kenntnis“ genommen und damit in gewisser Weise bestätigt wurde (Dokument 7).

²⁵² Paul Wandel (1905–1995) 1953–1957 Sekretär für Kultur und Erziehung des ZK der SED. Im Oktober 1957 erfolgte seine Entlassung aus dieser Funktion wegen Differenzen mit Walter Ulbricht.

in der Massenarbeit der Partei. Aber gibt es denn jetzt überhaupt solche Schwierigkeiten. Ich sage nein! Das sozialistische Lager war nie so stark, und die Kraft der Partei war nie so groß! Das sind natürlich Erfolge der Parteiführung. Ich muß daher sagen: Ich muß den Vorwurf, Fraktionsarbeit geleistet zu haben, zurückweisen. Dieser Vorwurf entspricht nicht den Tatsachen! Ich hätte doch eine Tätigkeit entfalten müssen mit den Genossen der Staatssicherheit. Seit einem halben Jahr habe ich überhaupt niemals mehr [sic!] mit leitenden Genossen der Staatssicherheit gesprochen. Ich habe mich damals zurückgezogen. Die Gründe habe ich dargelegt.

Genossen! Ich halte die Linie der Partei für vollkommen richtig. Es gibt einige Fragen, worüber es Diskussionen und Auseinandersetzungen gab. Es hat einmal ein solches Gespräch stattgefunden zwischen dem Genossen Ulbricht und mir, daß er sagte: Na, vielleicht haben wir eine verschiedene Einschätzung der Lage. Ich habe gesagt: Vielleicht. Da müssen wir diskutieren. Er hat erklärt: Nein, dafür gibt es eigentlich keine Voraussetzung. Du bist alt genug und hast Erfahrungen genug. Ich kann nicht²⁵³ sagen, daß eine falsche Einschätzung vorliegt.

Genossen! Wir haben doch Konferenzen gehabt mit einigen hundert Mitarbeitern der Staatssicherheit. Dort habe ich das Referat gehalten. Genosse Ulbricht hat erklärt, er sei damit einverstanden. Ich habe meine Auffassung über die Arbeit dargelegt in Artikeln im „Neuen Deutschland“ und in der „Einheit“.²⁵⁴ Und was Polen betrifft, habe ich hier im Zentralkomitee gesprochen.²⁵⁵ Ich muß aber dazu etwas sagen: Gewiß, nicht das, was ich im Zentralkomitee gesagt habe, sondern wenn man die praktischen Maßnahmen sieht, was Polen betrifft, die dann am 1. November kamen, wo konkret andere Maßnahmen aufgehoben [sic!] waren, so kann man den Vorwurf, daß ich nicht richtig die Gefahr eingeschätzt habe, die von dieser Seite aus kommen konnte – das kann man sagen – aber das hat nichts zu tun mit einer falschen Einschätzung der Entwicklung oder der Gesamtlage. Es kann jedem passieren, daß er einmal eine konkrete Situation falsch einschätzt, das ist schon vielen passiert, mir auch.

Genossen, der Genosse Bredel²⁵⁶ hat, ich glaube, im vorletzten ZK, eine Rede gehalten über das Zusammenleben der Genossen und daß er keine solche Konsequenzen zieht, sich

²⁵³ Im Original: „nichts“.

²⁵⁴ Vgl. Schutz der Arbeiter-und-Bauern-Macht – Sache aller Bürger der DDR, in: Neues Deutschland vom 21.12.1956, S. 3; Für die Stärkung und Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht, in: Einheit 12 (1957), Heft 5 (Mai), S. 551–559.

²⁵⁵ Hierbei handelt es sich vermutlich um den Redebeitrag Wollwebers auf dem 29. Plenum des ZK vom 12.–14.11.1956 (Verifizierung im stenographischen Protokoll derzeit [November 1995] wegen Umzugs der SAPMO-BA nicht möglich).

²⁵⁶ Willi Bredel (1901–1964), Arbeiterschriftsteller, Altkommunist und Spanienkämpfer, seit 1950 Mitglied der Deutschen Akademie der Künste, seit 1954 Mitglied des ZK der SED.

von einem Genossen zurückzuziehen, weil man glaubt, irgend etwas ist nicht in Ordnung – in gewissem Sinne ist es so – und daß er sagt, einen potentiellen Feind sehen [sic!]. So ähnlich war der Gedankengang. Ich habe das auch gedacht. Ich wußte, der Genosse Schirdewan hat Differenzen im Politbüro. Ich will, habe aber mit ihm die Verbindung nicht abgebrochen [sic!]. Sie war sehr lose. Aber das lag an ihm, nicht an mir. Er hat sich zurückgehalten. Wenn er mich benutzen wollte für eine Fraktionssache, dann hätte er wirklich aktiver werden müssen. Das zu dieser Frage.

Selbstverständlich bin ich mir klar darüber, daß es sich um eine außerordentlich ernste Sache handelt. Jahrzehnte im Kampfe zu stehen gegen den Feind, das ist gar nichts, als wenn man in eine solche Lage gegen die Partei kommt. Das ist nichts dagegen. Das greift einen natürlich an; das geht auf die Nerven!

Ich habe nicht über alle Fragen gesprochen. Ich halte es auch nicht für notwendig. Ich denke aber, das ZK kann sich nun ein Bild machen.

Es kommt gar nicht darauf an, wahrscheinlich habe ich etwas vergessen, wahrscheinlich etwas sehr Wichtiges.

(Hermann Matern: Das hast Du!)

Du kannst es mir zurufen, dann werde ich darauf eingehen.

(Hermann Matern: Pitowranow!²⁵⁷)

Diese Frage hat hier nicht gestanden, sie ist auch nicht als Beschuldigung erhoben worden, aber da Du das dazwischen wirfst, will ich es sagen.

(Zurufe)

Der Gen[osse] Matern macht einen Zwischenruf mit dem Namen Pitowranow. Da die Frage der Beziehungen zu sowjetischen Genossen im Bericht des Politbüros nicht erwähnt ist, was mich betrifft, habe ich bis jetzt darüber auch nichts gesagt, aber wenn der Zwischenruf gemacht ist, will ich dazu sprechen.

Pitowranow war der Chef der Staatssicherheitsorgane der UdSSR in der DDR und außerdem Chefberater beim Minister für Staatssicherheit. Selbstverständlich habe ich mit ihm gesprochen und habe ihm gesagt und beschrieben, daß ich in bestimmten Fragen Auseinandersetzungen mit dem Gen[ossen] Ulbricht habe und daß mir bekannt ist, daß der Gen[osse] Schirdewan Auseinandersetzungen hat. Das habe ich ihm gesagt: „Wenn Sie veranlassen könnten, daß mit Hilfe unserer sowjetischen Freunde diese Dinge geklärt werden können, tun Sie das.“

²⁵⁷ Im Manuskript fälschlicherweise Pitrowanow. Zur Person siehe Anm. 59.

(Zuruf: Aha! – Walter Ulbricht: Das heißt, die Fraktion erwartet Hilfe!)

Nein, seit einem Jahr habe ich überhaupt nicht darüber gesprochen. Ich habe das damals gesagt, und, Genossen, ich halte das für kein Verbrechen. Ich will erst gar nicht sagen und weiß auch gar nicht, ob er mich gefragt hat oder ich es ihm gesagt habe, aber ich war wirklich in Sorge und wollte, daß die Dinge sich entwickeln sollten, und habe gesagt: Bitte schön, wenn es geht, klärt die Sache!

(Zuruf: Das war doch eine innerparteiliche Angelegenheit! Das hättest Du dem ZK sagen sollen!)

Genossen, ich werde dazu noch etwas sagen. Das ist richtig, aber ich hatte jetzt Unterhaltungen vor ein paar Tagen mit dem Genossen Matern, nicht die zweite, die erste. Da haben wir uns unterhalten und jetzt noch gesagt: Man muß alles vermeiden, was die Lage verschärft. Wir waren uns einig: Jawohl, das muß man. Wir haben doch eine offene Flanke! Wir waren sogar einig, daß die Dinge herauskommen und draußen schlecht wirken können. Das ist keine Beschuldigung gegen ein ZK-Mitglied oder sonst.

(Walter Ulbricht: Wie erklärst Du, daß zwei Jahre lang die Dinge herausgekommen sind und der Minister für Staatssicherheit hier davon nichts merkt? Wie erklärt sich das? Du hast genau so gut gewußt wie ich, daß der Gegner Kenntnis hatte. Ich war doch nicht Minister für Staatssicherheit, das warst Du doch!)

Ich sage Dir ganz offen, das ist eben einer der Fehler, daß ich nicht alles kannte und auch nicht jede feindliche Verbindung aufdecken kann. Das habe ich gemacht, und, Genossen, ich muß sagen, ich habe es gemacht, damit die Dinge geklärt werden konnten. Und ich werde Euch sagen: Wenn das richtig gegangen wäre, wäre das gut gewesen, dann hätten wir jetzt nicht diese Situation. Ich betrachte das nicht als ein Verbrechen, sowjetischen Genossen zu sagen: Bitte schön, so ist die Lage. Sehen Sie, wie Sie die in Ordnung bringen können, natürlich in der Spitze in Moskau. Gegen niemand[en] kann sich das richten, und ich verwahre mich gegen die Absicht oder wenigstens gegen die Unterstellung der Absicht, als sei damit geplant gewesen, irgendwelche – was weiß ich – Gegensätze zu schaffen. Ich darf daran erinnern: Ich sehe sehr genau die Gefahr der offenen Flanke.

(Paul Verner: Hier sitzt doch eine gewählte Parteiführung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands! Sprich doch mal dazu! – Weiterer Zuruf: Was wäre richtig gegangen? Der internationale Proletarismus besteht nicht darin, daß ich mich nach Moskau wende.)

Ich bin gar nicht nach Moskau gegangen. Es gibt auch keinen Bericht nach Moskau, sondern ich habe das Pitowranow gesagt und bestreite das gar nicht, sondern gebe das zu. Das Zentralkomitee mag das beurteilen. Meine Meinung war die, daß man das kann. Deshalb habe ich es getan und nicht aus Mißachtung der gewählten Leitung.

(Unruhe)

Genossen! Das sind die Bemerkungen, die ich hier zu machen habe. Ich gebe doch keinen Bericht nach Moskau, weil ich damit irgend etwas erreichen will. Ich wollte nichts weiter, als eine Klärung der Fragen mit Hilfe der sowjetischen Genossen. Das ist leider nicht geschehen.

(Zuruf: Welche Fragen denn? Das wird uns doch interessieren. Wie sollte die Klärung aussehen?)

Indem man mit den Genossen spricht über die Differenzen, die bestanden.

(Zuruf: Man konnte doch hier darüber reden!)

Die Genossen können ja der Meinung sein. Sie mögen das meinetwegen verurteilen. Ich muß mich dem Beschluß des ZK fügen. Aber ich sage hier: Ich habe das nicht als einen Verstoß [sic!] gegen die Partei betrachtet. Ich gebe das zu, und die Genossen sollen darüber entscheiden. Aber das ist meine Meinung. Entscheidet das Zentralkomitee anders, so füge ich mich natürlich, wie sich das für ein Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei gehört, jedem Beschluß des ZK.

Abkürzungsverzeichnis

Abt.	Abteilung
AG	Aktiengesellschaft
AIM	Archivierter IM-Vorgang oder IM-Vorlauf
AOP	Archivierter Operativer Vorgang
BA	Bundesarchiv
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DSt	Dokumentenstelle
GI	Geheimer Informator
GM	Geheimer Mitarbeiter
GVS	Geheime Verschlusssache
KL-SED	Kreisleitung der SED im MfS Berlin
KGB	Komitet gosudarstwennoj bezopasnosti (Komitee für Staatssicherheit der UdSSR, ab 1954)
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdsU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
M-Apparat	Militär-Apparat (der KPD)
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MGB	Ministerstwo gosudarstwennoj bezopasnosti (Ministerium für Staatssicherheit der UdSSR, 1946–1953)
MZA P	Militärisches Zwischenarchiv Potsdam
NL	Nachlaß
RIAS, Rias	Rundfunk im amerikanischen Sektor (Berlin)
SAPMO-BA	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SdM	Sekretariat des Ministers
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SfS	Staatssekretariat für Staatssicherheit
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
ZA	Zentralarchiv

ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZPA	Zentrales Parteiarchiv der SED
ZK	Zentralkomitee der SED